



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Südländer töten häufiger“*

Die Effekte der Darstellung von Gastarbeitern durch JournalistInnen und PolitikerInnen im *Spiegel*-Magazin auf die westdeutsche Gastarbeiter-Politik zwischen 1955 und 1990

verfasst von / submitted by

Gregor Maxime Akmann, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2021 / Vienna, 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

MMag. DDr. Ursula Naue

Eidesstattliche Erklärung

Ich, Gregor Maxime Akmann, erkläre hiermit an Eides Statt durch meine eigenhändige Unterschrift, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'G' followed by a series of loops and a horizontal line at the end.

Wien, Juni 2021

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
1.1. Einführung in das Thema	7
1.2. Grundidee und Vorgehensweise	10
1.3. Forschungsfragen	11
1.4. Ziel und Relevanz der Arbeit	14
2. Die Geschichte und die Bedeutung des <i>Spiegels</i>	15
3. Gastarbeiter	21
3.1. Der Begriff 'Gastarbeiter' und seine Implikationen	21
3.2. Der Begriff 'Integration'	24
3.3. Die Geschichte der Gastarbeiter in Deutschland	26
3.4. Gastarbeiter in den Medien	36
3.5. Zwischenfazit zu Kapitel 3	40
4. Politik	41
4.1. Die bundesdeutschen Wahlen zwischen 1955 und 1990 im Kontext der Gastarbeiterbeschäftigung	41
4.2. Meilensteine der deutschen Integrationspolitik zwischen 1955 und 1990	50
4.2.1 <i>Das Ausländergesetz (AuslG)</i>	51
4.2.2. <i>Die Arbeitserlaubnisverordnung (AEVO)</i>	53
4.2.3. <i>Der Familiennachzug seit dem Anwerbestopp</i>	54
4.2.4. <i>Die Vereinbarung „Unterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer“ als Beschluss der Kultusministerkonferenz 1976</i>	55

* Überschrift eines *Spiegel*-Artikels aus der Ausgabe 39/1972

4.2.5. Die vierte Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung	56
4.2.6. Die Neuregelung der Verwaltungsvorschrift zum AuslG	57
4.2.7. Die Beschlüsse der Bundesregierung zur „Weiterentwicklung der Ausländerpolitik“	58
4.2.8. Die fünfte Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung	58
4.2.9. Die sechste Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung	59
4.2.10. Das Rückkehrhilfegesetz (RückHG)	59
4.3. Zwischenfazit zu Kapitel 4	60
5. Medien	62
5.1. Die Funktionen und die Funktionsweisen der Medien	62
5.2. Die Determinanten des Nachrichtenwertes	69
5.3. Die Wirkung der Medien auf die Meinungsbildung	72
5.4. Die wechselseitige Beziehung zwischen den Medien und der Politik	74
5.5. Zwischenfazit zu Kapitel 5	82
6. Politische Kommunikationskultur	83
6.1. Arten der politischen Kommunikationskultur nach Pfetsch	83
6.1.1. Die 'medienorientierte politische Kommunikationskultur'	84
6.1.2. Die 'PR-orientierte politische Kommunikationskultur'	84
6.1.3. Die 'parteipolitische Kommunikationskultur'	85
6.1.4. Die 'strategische politische Kommunikationskultur'	85
6.2. PolitikerInnen als ProtagonistInnen der Medien nach Kepplinger	87
6.2.1. 'Selbstwahrnehmung'	88

6.2.2. 'Berichtswahrnehmung'	88
6.2.3. 'Wirkungsvermutungen'	88
6.2.4. 'Wirkungserfahrungen'	89
6.3. Mediale Kommunikations- und Verhaltensstrategien von PolitikerInnen	91
6.4. Zwischenfazit zu Kapitel 6	95
7. Methodik	96
7.1. Die wissenschaftstheoretische Herangehensweise	96
7.2. Die Wahl der methodischen Ausrichtung	98
7.3. Die empirische (quantitative) Inhaltsanalyse	99
7.4. Das Datenmaterial	102
7.5. Die Variablen und Ausprägungen im Codebuch	103
7.6. Die Verfahren der statistischen Auswertung	106
8. Analyse	108
8.1 Deskriptive Statistiken	108
8.2. Prüfung möglicher Zusammenhänge	118
8.3. Stellungnahmen von <i>Spiegel</i> -JournalistInnen und PolitikerInnen zu Gesetzen und Reformen im Kontext der Gastarbeiter-Thematik	123
8.3.1. Positionen von <i>Spiegel</i> -JournalistInnen bezüglich der Rechte der Gastarbeiter	123
8.3.2. Positionen von PolitikerInnen bezüglich der Rechte der Gastarbeiter	127
9. Zusammenfassung und Fazit	130
9.1. Zusammenfassung	130
9.2. Fazit	142

10. Literaturverzeichnis	145
10.1. Quellenverzeichnis	145
10.2. Abbildungsverzeichnis	154
 11. Anhang	 156
11.1. Abstract (deutsch)	156
11.2. Abstract (englisch)	156
11.3. Codebuch	157

1. Einleitung

Im ersten Kapitel werden das Forschungsthema und dessen theoretischer Überbau sowie die konkreten Forschungsfragen und der Aufbau der Arbeit vorgestellt.

1.1. Einführung in das Thema

Das Verhältnis zwischen der medialen und der politischen Sphäre ist multidimensional¹ und wird in wissenschaftlichen Arbeiten nicht selten aufgegriffen.² Es werden dabei vielerlei mögliche Szenarien beschrieben, in denen die Medienhäuser und die politischen AkteurInnen entweder verhältnismäßig unabhängig voneinander agieren, sich gegenseitig beeinflussen oder in denen es zu einer eher einseitigen Einflussnahme kommt (die Ausprägung dieser Beziehung kennzeichnet die jeweilige 'Kommunikationskultur'³).⁴ Dieser Reichtum an möglichen Konstellationen bedeutet jedoch auch, dass es empirischer Arbeiten bedarf, um einen gegebenenfalls vorhandenen Einfluss der einen Sphäre auf die andere nachzuweisen.

Ein erster wichtiger Faktor für das Verhältnis zwischen den Medien und der Politik ist das politische System des Staates (siehe auch Kapitel 5.4.), in dem das Verhältnis untersucht wird.⁵

Dies bedeutet jedoch nicht, dass zum Beispiel zwei demokratische Staaten automatisch über die gleiche Kommunikationskultur verfügen, wie die Kommunikationswissenschaftlerin Barbara Pfetsch in ihrer Habilitationsschrift

1 Vgl. Fawzi, 2014, S.438

2 Siehe beispielsweise Sarcinelli, 2011 & Hoffmann-Riem, 2000 & Fawzi, 2014

3 Vgl. Pfetsch & Maurer, 2008, S.104-107

4 Vgl. Pfetsch & Maurer, 2008, S.104-107 & Fawzi, 2014, S.438

5 Vgl. Hallin & Mancini, 2012, S.49-65

erläutert. Ihr zufolge sind vor allem die Unabhängigkeit der Medien und der Einfluss dieser auf die öffentliche Meinung sowie die Nähe zwischen medialen und politischen Akteuren entscheidend für die jeweilige Ausprägung der Beziehung zwischen der medialen und der politischen Sphäre in einem Staat (siehe auch Kapitel 6.1., in welchem Pfetsch's Ansatz noch eingehender beleuchtet wird).⁶

Nun muss man sich jedoch auch fragen, ob es nicht vielleicht möglich ist, dass sich je nach politischem Themenbereich eine andere Kommunikationskultur manifestiert. So gibt es schließlich bestimmte Themen, die Teil der übergeordneten politischen Agenda sind, die aber gleichzeitig wenig(er) mediale Aufmerksamkeit erfahren, weil sie für die BürgerInnen aus diversen Gründen weniger interessant oder attraktiv sein können (als Beispiel hierfür eignet sich das deutsche Fluggastdatengesetz, das einer EU-Richtlinie folgend im Juni 2017 erlassen wurde und in Kraft getreten ist, welches trotz der Tatsache, dass es weitreichende Folgen für den Datenschutz hatte, von den deutschen Medien kaum beachtet wurde⁷). In solchen Fällen kann sich aufgrund der fehlenden medialen Berichterstattung schwerlich eine öffentliche Meinung entwickeln, die als 'herrschende Meinung'⁸ im öffentlichen Diskurs Druck auf die politischen AkteurInnen ausüben könnte. Es ist daher naheliegend, dass die Intensität des Verhältnisses von medialer Berichterstattung und politischer Handlung je nach politischem Themenfeld variieren kann, weshalb es wichtig ist, die Beziehung dieser beiden Pole für jedes Themenfeld einzeln zu untersuchen.

Ein gewichtiges Indiz für die Verfasstheit der Beziehung zwischen den Medien und der Politik kann eine Aussage von einer Person mit politischer

⁶ Vgl. Pfetsch, 2003, S.102

⁷ Vgl. Deutschlandfunk, 2019, S.1, verfügbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/wenn-wichtiges-in-den-medien-fehlt-vergessene-nachrichten.2852.de.html?dram:article_id=442176 [13.11.2020]

⁸ Sarcinelli, 2009, S.57 direkt zit. n. Leiner, 2016, S.16

Verantwortung sein, die diese im Beisein von JournalistInnen tätigt. Laut Hans Matthias Kepplinger (dessen Ansatz in Kapitel 6.2. noch genauer dargelegt wird) kann eine jede solche PolitikerInnen-Aussage prinzipiell im Hinblick auf die vergangene Berichterstattung in dem jeweiligen Medium gemacht worden sein (was eine Anlehnung an die Medien-Logik bedeuten würde), was aber natürlich nicht der Fall sein muss.⁹ Grundsätzlich können aus der Berichterstattung und den eigenen Äußerungen Handlungsaufträge für PolitikerInnen erwachsen (diese möchten ja auch nicht unglaubwürdig erscheinen¹⁰), womit das individuelle mediale und praktische Verhalten von PolitikerInnen also durchaus stark durch die Medienberichterstattung beeinflusst werden kann.¹¹

Der Punkt ist hier, dass Interviewaussagen in Kombination mit anderen Elementen wie beispielsweise der zeitlichen Abfolge von gesetzlichen Maßnahmen durchaus dazu geeignet sind, Hinweise in Bezug auf die Beziehung zwischen den Medienhäusern und den politischen AkteurInnen zu geben.

Wie bereits angesprochen, ist es mit Sicherheit sinnvoll, für jedes politische Themenfeld eine gesonderte Analyse dieser Beziehung durchzuführen, indem man die journalistische Berichterstattung mit öffentlichen Äußerungen und Statements von PolitikerInnen abgleicht.

9 Vgl. Kepplinger, 2007a, S.274/281

10 Vgl. Matuschek & Lange, 2016, S.20-21

11 Vgl. Kepplinger, 2007a, S.274

1.2. Grundidee und Vorgehensweise

Eine solche Abgleichung wurde in der vorliegenden Arbeit durchgeführt, und zwar für das politische Themenfeld Gastarbeiterintegration in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1955 und 1990.

Dafür wurde eruiert, wie die von der Bundesrepublik Deutschland ab 1955 angeworbenen Gastarbeiter(-gruppen) im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* (im folgenden *Spiegel*) zwischen 1955 und 1990 durch JournalistInnen und PolitikerInnen dargestellt wurden. Das schließt auch die Familienangehörigen und die Nachkommen der Gastarbeiter ein (sowie diejenigen Gastarbeiter die später deutscher Staatsbürger wurden), da diese Personen von den Medien und der Politik nicht separat sondern als Teil der gesellschaftlichen Gruppe Gastarbeiter betrachtet wurden (siehe Kapitel 3.1.). Weiterhin wird auch hinsichtlich der Nationalität der Gastarbeiter differenziert, wobei die Nationalität zumindest in dieser Arbeit gleichbedeutend mit dem Herkunftsland der Gastarbeiter ist.

Grundsätzlich wurde die Analyse in Form einer quantitativen Inhaltsanalyse (siehe Kapitel 7.3.) durchgeführt. Die Erstellung und Interpretation von deskriptiven Statistiken wurden durch die Untersuchung eines möglichen Zusammenhangs zwischen der Berichterstattung im *Spiegel* und den Interviewaussagen von PolitikerInnen im *Spiegel* ergänzt.

Weiterhin wurden die Interviewaussagen der PolitikerInnen mit den getroffenen integrationspolitischen Maßnahmen abgeglichen, um sehen zu können, ob PolitikerInnen ihren Worten in einem bedeutsamen Nachrichtenmedium, dem *Spiegel*, in der politischen Praxis Taten folgen lassen. In diesem Zusammenhang sind auch die Parteizugehörigkeiten (beziehungsweise Parteimitgliedschaften) der PolitikerInnen zentral, da CDU-geführte

Koalitionen im Untersuchungszeitraum vornehmlich Gesetze erlassen haben, die die Rechte der Gastarbeiter beschränkten (vor allem das Ausländergesetz von 1965), während SPD-geführte Koalitionen vornehmlich Gesetze, die die Rechte der Gastarbeiter stärkten (vor allem die Arbeitserlaubnisverordnung von 1971 und die Änderungen der Arbeitserlaubnisverordnung in den nachfolgenden Jahren). Die Entwicklung der Gastarbeiterrechte wird in Kapitel 4.2. weiter vertieft.

1.3. Forschungsfragen

Zentral ist grundsätzlich zunächst die Frage, wie sich die Darstellung von Personen mit Gastarbeiter-Hintergrund durch *Spiegel*-JournalistInnen zwischen 1955 und 1990 entwickelt hat (siehe Forschungsfrage 1a). Es geht also darum, herauszufinden, ob sich die Bezeichnungen, mit denen Personen mit Gastarbeiterhintergrund bedacht wurden, wie auch die thematischen Kontexte, in denen von diesen gesprochen wurde, im Untersuchungszeitraum verändert haben. Weiterhin ist es relevant, zu untersuchen, ob sich die Bewertungen der Personen mit Gastarbeiter-Hintergrund und die Häufigkeiten der Nennung von bestimmten Herkunftsgruppen im Untersuchungszeitraum gewandelt haben. Diese Punkte sind auch für die Analyse der PolitikerInnen-Interviews unverzichtbar (siehe Forschungsfrage 2a). Weiterhin ist es sinnvoll, die Ergebnisse von Forschungsfrage 1a und Forschungsfrage 2a zu vergleichen (siehe Forschungsfrage 4).

Grundsätzlich hat die Herkunft von Personen mit Gastarbeiter-Hintergrund durchaus einen Einfluss auf die mediale und öffentliche Beurteilung dieser (siehe auch Kapitel 3.4.),¹² weswegen es auch in dieser Arbeit notwendig ist, zu

¹² Vgl. Ulrich, 1982, S.21

eruiieren, ob die konkrete Nationalität einer Person mit Gastarbeiter-Hintergrund eine Einfluss auf die Darstellung durch die Spiegel-JournalistInnen und durch die PolitikerInnen hat. Darauf zielen die Forschungsfragen 1b und 2c ab.

Weiterhin stellt sich auch die Frage, ob die Parteizugehörigkeit eines/r PolitikerIn sich darauf auswirkt, wie diese Personen mit Gastarbeiter-Hintergrund darstellen. Dies liegt nahe, da sich manche Parteien im Untersuchungszeitraum mehr für die Rechte und die Integration von Personen mit Gastarbeiterhintergrund eingesetzt haben als andere Parteien (siehe Kapitel 4). Die Forschungsfrage 2b zielt darauf ab, diese Frage zu beantworten.

Ein weiterer interessanter Punkt betrifft die Bedeutung der Gastarbeiter-Thematik für die Wahlkämpfe im Untersuchungszeitraum, wobei zumindest für die Bundestagswahl 1980 angenommen werden kann, dass die Gastarbeiter-Thematik eine signifikante Rolle im Wahlkampf gespielt hat.¹³ Aus diesem Grund wird in dieser Arbeit untersucht, ob PolitikerInnen Personen mit Gastarbeiter-Hintergrund in der Wahlkampfzeit anders dargestellt haben als in der Nichtwahlkampfzeit (siehe Forschungsfrage 3). In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob VertreterInnen von Regierungsparteien Personen mit Gastarbeiter-Hintergrund anders darstellen als VertreterInnen von Oppositionsparteien (siehe Forschungsfrage 2d). Tatsächlich schien beispielsweise das Interesse der CDU an der Thematik 'Gastarbeiter/Ausländer' nach dem erfolgreichen Wahlkampf zur Bundestagswahl 1982 weitgehend zu erlöschen,¹⁴ was einen rhetorischen Unterschied zwischen Regierungsparteien und Oppositionsparteien in diesem Kontext durchaus möglich erscheinen lässt.

Wie bereits in Kapitel 1.1. bereits angesprochen, helfen die Interviewaussagen von PolitikerInnen vor allem in Kombination mit den im Untersuchungszeitraum getroffenen integrationspolitischen Maßnahmen im

¹³ Vgl. Herbert, 1982, S.249

¹⁴ Vgl. Thränhardt, 1984, S.125-126

Untersuchungszeitraum dabei, das Verhältnis zwischen den Medien (beziehungsweise dem Medium) und der Politik besser zu verstehen, weswegen es wichtig ist, Parallelen zwischen Worten und Taten ausfindig zu machen, so es denn welche gibt (siehe Forschungsfrage 5).

Die diesbezüglichen Ergebnisse werden weiterhin dabei helfen, eine Einschätzung im Hinblick auf die politische Kommunikationskultur in der alten BRD für den Bereich der Ausländer- und Integrationspolitik zu geben (siehe Forschungsfrage 6).

Aus dem oben Argumentierten ergeben sich also folgende Forschungsfragen:

1a: Wie hat sich die Darstellung von Personen mit Gastarbeiter-Hintergrund im Spiegel zwischen 1955 und 1990 entwickelt?

1b: Inwiefern lässt sich ein Zusammenhang zwischen Nationalität und Darstellung (durch den Spiegel) erkennen?

2a: Wie hat sich die Darstellung von Personen mit Gastarbeiter-Hintergrund durch PolitikerInnen in Spiegel-Interviews zwischen 1955 und 1990 entwickelt?

2b: Inwiefern lässt sich ein Zusammenhang zwischen Parteizugehörigkeit (der PolitikerInnen) und Darstellung erkennen?

2c: Inwiefern lässt sich ein Zusammenhang zwischen Nationalität und Darstellung (durch die PolitikerInnen) erkennen?

2d: Inwiefern lässt sich ein Zusammenhang zwischen Situation der Partei (Regierungspartei oder Oppositionspartei) und Darstellung erkennen?

3: Inwiefern beeinflusst die Wahlkampfzeit (die ein Jahr vor dem Wahltermin beginnt)¹⁵

¹⁵ Siehe „Wahlkampfphase“ auf der Internetseite des Bundeswahlleiters, verfügbar unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/w/wahlkampfphase.html> [Zugriff am 16.04.2020]

die Aussagen von PolitikerInnen in Spiegel-Interviews?

4: Inwiefern lassen sich Parallelen zwischen der Darstellung von Personen mit Gastarbeiterhintergrund im Spiegel und der Darstellung von Personen mit Gastarbeiterhintergrund durch PolitikerInnen in Spiegel-Interviews erkennen?

5: Inwiefern bestehen Parallelen zwischen a) den Vorschlägen der PolitikerInnen in Spiegel-Interviews sowie b) den Vorschlägen aus der Spiegel-Berichterstattung und später getroffenen integrationspolitischen Maßnahmen?

6: Auf was für eine politische Kommunikationskultur (zumindest im Bereich der Ausländer- und Integrationspolitik) in der alten BRD deuten die Resultate hin?

All diese Forschungsfragen sind zentral, möchte man zu einer Einschätzung hinsichtlich der Verfasstheit der Beziehung(en) zwischen dem *Spiegel* und den deutschen PolitikerInnen gelangen.

1.4. Ziel und Relevanz der Arbeit

Insgesamt war es das erklärte Ziel der Arbeit, aus der konkreten Verfasstheit der Beziehungen zwischen dem *Spiegel* (als Repräsentant der medialen Sphäre) und den PolitikerInnen Teilerklärungen für die Integrationspolitik im gewählten Zeitraum abzuleiten, also einen medialen Einfluss auf den politischen Prozess nachzuzeichnen, so er denn besteht. Auch wenn Ansätze aus der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft einen großen Teil dieser Arbeit einnehmen, ist das übergeordnete Thema eindeutig ein politikwissenschaftliches, da es sich nicht nur den im politischen Prozess wirkenden Mechanismen widmet sondern auch den konkreten Inhalten der Integrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1955 und 1990. Die Relevanz des Themas ergibt sich

nicht zuletzt aus den seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien wieder gestiegenen Einwanderungszahlen in Deutschland. Wie wurde Einwanderung und Integration in der alten Bundesrepublik Deutschland medial verhandelt und welche Schlüsse lassen sich daraus für die Gegenwart und für die Zukunft ziehen?

2. Die Geschichte und die Bedeutung des *Spiegels*

Der *Spiegel* ist ein von Rudolf Augstein gegründetes deutsches Nachrichtenmagazin, dessen Erstausgabe am 4. Januar 1947 herausgegeben wurde und das seitdem wöchentlich (samstags) in Hamburg (bis 1952 in Hannover) erscheint.¹⁶

Grundsätzlich wird das Medium in einem Links-Rechts-Spektrum als Mitte-links wahrgenommen. Im Vergleich zu den anderen wesentlichen Nachrichtenanbietern in Deutschland wird der *Spiegel* sowie dessen Publikum als am stärksten linksgerichtet angesehen. Gleichzeitig gibt es in Deutschland kein Printmedium, das so viel Vertrauen genießt wie der *Spiegel* (eine 2017 durchgeführte Umfrage hat ergeben, dass 57% der deutschen BürgerInnen dem *Spiegel* vertrauen, der *Süddeutschen Zeitung* beispielsweise nur 48% und der *BILD-Zeitung* nur 13%).¹⁷

Der 'IVW' (Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.) zufolge betrug die verkaufte Auflage des *Spiegels* im ersten Quartal 1950 (dem Beginn der Datenerfassung) 84.001 Exemplare¹⁸, im vierten Quartal 1962 528.092 Exemplare¹⁹ (das erste Mal, das über eine halbe Million

¹⁶ Vgl. Altenmüller, 2017, S.1

¹⁷ Vgl. Pew Research Center, 2018, S.1, verfügbar unter: <https://www.pewresearch.org/global/fact-sheet/datenblatt-nachrichtenmedien-und-politische-haltungen-in-deutschland/> [Zugriff am 04.03.2020]

¹⁸ Vgl. IVW, 1950, S.3, verfügbar unter: https://www.ivw.de/ali/19501-1_ivw_auflagenliste.pdf [Zugriff am 22.03.2020]

¹⁹ Vgl. IVW, 1963 S.5, verfügbar unter: https://ivw.de/ali/19624_ivw_auflagenliste.pdf [Zugriff am 22.03.2020]

Exemplare verkauft wurden) und im dritten Quartal 1980 1.010.277 Exemplare²⁰ (das erste Mal, das über eine Million Exemplare verkauft wurden). Die Geschichte des *Spiegels* für den Zeitraum von der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung ist also von einer sich stetig erhöhenden Reichweite geprägt.

Bereits im Jahr 1950 stieg der *Spiegel*, trotz einer damals noch recht geringen Auflage, zu einem bedeutenden Akteur in der politisch-medialen Sphäre auf, als dessen RedakteurInnen über Schmiergelder berichteten, die im Rahmen der Hauptstadtwahl Bonns an Abgeordnete des Bundestags flossen. Dieser Skandal führte zum ersten Untersuchungsausschuss im Bundestag ('*Spiegel-Ausschuss*' genannt) und resultierte letztlich darin, dass mehrere Parlamentarier der Bayernpartei ihre Mandate niederlegten. Dieses Beispiel herrschaftskritischer Berichterstattung machte den *Spiegel* in den Augen der Bevölkerung zu einem Schützer der Demokratie und steigerte die Popularität des Magazins enorm.²¹

Später, am 10. Oktober 1962, erschien schließlich eine *Spiegel*-Ausgabe, die eine regelrechte Staatskrise auslösen sollte. Die Titelgeschichte mit dem Namen „Bedingt abwehrbereit“ behandelte die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland und bezog sich dabei auf Erkenntnisse aus dem NATO-Herbstmanöver 'Fallex 62'. Die Autoren des Artikels kamen zu dem Schluss, dass „die Vorbereitungen der Bundesregierung für den Verteidigungsfall völlig ungenügend“²² seien. Zweieinhalb Wochen später wurden der Herausgeber und Gründer des *Spiegel*, Rudolf Augstein sowie der Redakteur für Bundeswehrthemen Conrad Ahlers aufgrund des „dringenden Verdachts, Militärgeheimnisse verraten und deshalb Landesverrat begangen zu haben“²³ in Spanien verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. In der

20 Vgl. IVW, 1980, S.93, verfügbar unter: https://ivw.de/ali/19803_ivw_aufgabenliste.pdf [Zugriff am 23.03.2020]

21 Vgl. Kehnscherper, 2016, S.11

22 „Der Spiegel“, 1962, S.2

23 Kraushaar, 2006, S.1080 direkt zit. n. Jung, 2016, S.48

Nacht zuvor waren Polizeibeamte in die Redaktionsräume des *Spiegel* und in mehrere Privatwohnungen eingedrungen, um nach unrechtmäßig erworbenen Informationen zu suchen (insgesamt wurden in diesem Zusammenhang etwa 30.000 Schriftstücke konfisziert). Dieses gesetzeswidrige Vorgehen der Polizei löste bundesweit Empörung und zerrütete das Verhältnis zwischen den beiden Koalitionspartnern CDU/CSU und FDP.²⁴

Das Strafverfahren gegen Augstein und Ahlers wurde letztlich aus Mangel an Beweisen eingestellt²⁵ und das Bundesverfassungsgericht unterstrich 1966, unter Verweis auf die Affäre, die Freiheit des politischen Journalismus:

*„Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates; insbesondere ist eine freie, regelmäßig erscheinende Presse für die moderne Demokratie unentbehrlich. (...) In ihr artikuliert sich die öffentliche Meinung (...). In der repräsentativen Demokratie steht die Presse zugleich als ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung.“*²⁶

Der Skandal, der als 'Spiegel-Affäre' in die Geschichte eingehen sollte, führte im Dezember schließlich zu einer Regierungsneubildung ohne Beteiligung von Franz-Josef Strauß (CSU), der vorher das Amt des Verteidigungsministers bekleidet hatte und der als Drahtzieher des Vorgehens gegen den *Spiegel* wahrgenommen wurde. Weiterhin war Konrad Adenauer (CDU), der das staatliche Vorgehen ebenfalls für angemessen hielt, dazu gezwungen, sein Ausscheiden für den Herbst nächsten Jahres (1963) anzukündigen.²⁷

Man kann also zweifellos sagen, dass der *Spiegel* ein bedeutsamer medialer

²⁴ Vgl. Jung, 2016, S.48-50

²⁵ Vgl. Jung, 2016, S.49

²⁶ BVerfG NJW 1603, 1604, direkt zit. n. Fengler & Vestring, 2009, S.32

²⁷ Vgl. Thränhardt, 2019, S.73 & Jung, 2016, S.51-52

Akteur im politischen Bonn der 1950er und der 1960er Jahre war und dass sich dessen journalistische Arbeit auf die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland auswirkte.

Tatsächlich nahm die Bedeutung des *Spiegels* in den darauffolgenden Jahrzehnten eher noch weiter zu als ab. Seit den 1970er Jahren (und zumindest bis in 1990er Jahre) gehörte der *Spiegel* zu den überregionalen Zeitungen und Nachrichtenmagazinen, die laut Reinemann²⁸ „die wesentlichen Teile des medialen politischen Spektrums abgedeckt haben („Spektrumszeitungen“). Da sie in dieser Zeit zudem als Meinungsführer für andere Medien gelten konnten, wurden sie trotz ihrer im Vergleich zur Gesamtheit der regionalen Abonnementpresse relativ kleinen Auflage als quasi-repräsentativ für die gesamte Medienlandschaft betrachtet“.

Auch Thomas Petersen²⁹ schreibt dem *Spiegel*, vor allem in der Zeit vor der Wiedervereinigung, die Eigenschaft zu eine große Rolle bei der öffentlichen Meinungsbildung (das schließt die BürgerInnen aber auch andere politische JournalistInnen ein) innezuhaben.

Eine Umfrage von 2003 hat in diesem Zusammenhang gezeigt, dass 82% (Höchstwert!) der deutschen politischen JournalistInnen den *Spiegel* rezipieren.³⁰ Dieses Ergebnis passt wiederum zu der Aussage von Gerhard Vowe³¹, dass sich viele JournalistInnen inhaltlich am *Spiegel* orientieren würden.

Weiterhin zeigt eine 1986 von Wittkämper durchgeführte Umfrage unter deutschen PolitikerInnen, die bestätigt, dass deren Arbeit durch das in den Medien gewonnene allgemeine Stimmungsbild in einem hohen Maße

28 Reinemann, 2008, S.185

29 Vgl. Petersen, 2007, S.195

30 Vgl. Reinemann, 2003, S.186 zit n. Schulz, 2011, S.111

31 Vgl. Vowe, 2002, S.16

beeinflusst wird.³² Der *Spiegel* hat demnach nicht nur einen direkten Einfluss auf die politische Sphäre, sondern auch einen indirekten, der von der Berichterstattung anderer Medien (die sich wiederum am *Spiegel* orientieren) herrührt. Wie groß jedoch der direkte Einfluss des *Spiegel* auf die Bundespolitik ist, hat eine andere, 1997 durchgeführte Umfrage unter 184 Abgeordneten im Bundestag ergeben, in der ersichtlich wird, dass diese vor allem die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und den *Spiegel* rezipieren und dass sich diese von den eben genannten Medienhäusern auch am meisten beeinflusst sehen.³³ Insgesamt lässt sich also festhalten, dass der *Spiegel* eines der einflussreichsten Medienhäuser der Bundesrepublik Deutschland war beziehungsweise ist, und dass dieser im Laufe der Zeit durchaus auch zum Missfallen der politischen Elite über bestimmte kritische Themen berichtet hat.



Abbildung 1: „70 Jahre Spiegel“³⁴

32 Vgl. Wittkämper, 1986, S.371 zit. n. Fawzi, 2014, S.444

33 Vgl. Kepplinger, 2007a, S.278

34 Siehe „DER SPIEGEL Archiv“, verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2017-1.html> [16.11.2020]

Von der Unzufriedenheit von bedeutenden BundespolitikerInnen, in diesem Fall BundeskanzlerInnen, mit dem *Spiegel* zeugt unter anderem auch das scherzhafte Titelbild der 70-Jahre-Jubiläums-Ausgabe (1/2017).

Grundsätzlich kann also gesagt werden, dass der *Spiegel* im Untersuchungszeitraum ein sehr einflussreiches Medium war, das zum Missfallen der politischen Parteien (vor allem der CDU) offen über politische Misstände berichtete.

3. Gastarbeiter

Kapitel 3 behandelt die für diese Arbeit essentiellen Begriffe 'Gastarbeiter' und 'Integration' und gibt einen Überblick über die Geschichte der Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus erläutert Kapitel 3.4., wie das Thema Gastarbeiter Einzug in die massenmediale Berichterstattung gehalten hat.

3.1. Der Begriff 'Gastarbeiter' und seine Implikationen

Der Begriff 'Gastarbeiter' wurde von den Nationalsozialisten gegen Ende des zweiten Weltkrieges eingeführt und bezeichnete damals die nicht-deutschen Arbeiter im Deutschen Reich. Ab Mitte der 1950er Jahre tauchte der Begriff im Zuge des Anwerbeabkommens mit Italien wieder auf und wurde seitdem für aus Anwerbestaaten in die Bundesrepublik Deutschland kommende Arbeiter verwendet.³⁵

Laut Chiellino³⁶ hat der Begriff dabei eine klar negative Konnotation. Mithilfe dieses Begriffs wird subtil darauf hingewiesen, dass die Personen die so bezeichnet werden, in Deutschland nicht sesshaft werden, sondern nur für einen begrenzten Zeitraum dort verbleiben sollen, um ihre Arbeitskraft zu Verfügung zu stellen.³⁷ Überdies vermittelt dieser Ausdruck die Vorstellung, dass es sich bei den aus den Anwerbestaaten kommenden Personen nicht um gleichwertige Menschen handle, sondern vielmehr um Menschen zweiten Grades. Durch den Begriff wird weiterhin eine ethnisch und kulturell sehr heterogene Gruppe sprachlich homogenisiert.³⁸

35 Vgl. Schiller, 1997, S.6

36 Vgl. Chiellino, 1995, S.287/289

37 Vgl. Thränhardt, 1984, S.116

38 Vgl. Chiellino, 1995, S.286/289

Die problematischen Dimensionen dieses Begriffs wurden schon früh erkannt, was dazu führte dass der Westdeutsche Rundfunk (WDR) ein Preissauschreiben ins Leben rief, um den Begriff Gastarbeiter durch einen weniger diskriminierenden Begriff zu ersetzen. 32.000 Vorschläge wurden eingesendet, darunter so skurille Wortneuschöpfungen wie „Auslandsroboter“, „Eurosklaven“, „Praktizierende Europäer“ oder „Sonnengereifte Produktionsverstärker“. Keine der Einsendungen wurde jedoch von der Jury für angemessen befunden, weswegen diese empfahl, zumindest den bereits geläufigen Begriff ausländische Arbeitnehmer anstelle von Gastarbeiter zu verwenden.³⁹

Tatsächlich kam der Begriff Ende der 1970er Jahre allmählich aus der Mode und wurde durch den ebenfalls kontroversen Begriff 'Ausländer' ersetzt.⁴⁰ Es ist in diesem Zusammenhang entscheidend zu verstehen, dass zu der damaligen Zeit der Pass nicht allein ausschlaggebend dafür war, ob man als Ausländer betrachtet wurde oder nicht. So wurden beispielsweise Amerikaner oder Japaner im gesellschaftlichen Diskurs in der Regel nicht als Ausländer wahrgenommen. Die Ausländer, das waren die Gastarbeiter (und später auch die Asylbewerber), vor allem die Menschen aus den aus westlicher Sicht weniger entwickelten Staaten wie der Türkei. Der Begriff Ausländer hat(te) im alltäglichen Gebrauch also durchaus einen rassistischen Unterton.⁴¹

Dieser Hintergrund ist wichtig, um die vorliegende Arbeit verstehen und deuten zu können. Die Begriffe Gastarbeiter und Ausländer werden in den wissenschaftlichen Texten der später 1960er und 1970er, die für diese Arbeit verwendet wurden, weitestgehend als Synonyme gebraucht.⁴² In den 1980er

39 Vgl. Klee, 1981b, S.149

40 Vgl. Müller, 2005, S.85 & Thränhardt, 1984, S.116

41 Vgl. Thränhardt, 1984, S.116/120

42 Ein Beispiel hierfür kann im Vorwort von Hartmut M. GRIESE zum Sammelwerk „Der gläserne Fremde“ auf Seite 5 gefunden werden

Jahren ändert sich das teilweise, da nun auch Asylbewerber zu den Ausländern zählen (wobei sie im Verhältnis zu den Gastarbeitern nur einen relativ geringen Teil der Ausländer ausmachen). Das wirft die Frage auf, wie in dieser Arbeit mit Artikeln umgegangen werden soll, die sich mit Asylbewerbern befassen. Ich habe dabei die Entscheidung getroffen, Artikel und Interviews die sich mit dem Thema Asyl befassen, nicht zu untersuchen, da ein Gastarbeiterbezug, auf den die gesamte Arbeit aufbaut, in dem Fall nicht vorliegt. Asylbewerber werden also nur als eine Untergruppe des Begriffs Ausländer Teil dieser Forschungsarbeit.

Auch um dieser Tatsache Rechnung zu tragen und um eventuellen Unklarheiten vorbeugen zu können, werde ich in dieser Arbeit ausschließlich von Gastarbeitern und nicht von Ausländern sprechen, sind es doch diese, die vornehmlich gemeint werden. Um die Verständlichkeit der Arbeit nicht zu beeinträchtigen, werde ich außerdem sämtliche Personen mit einer Gastarbeiter-Herkunft als Gastarbeiter einordnen, auch wenn sie möglicherweise inzwischen deutsche Staatsangehörige geworden oder in Deutschland aufgewachsen sind. Erforderlich ist diese Handhabung auch deswegen, da die deutschen Medien und die deutsche Politik zumindest bis zur Wiedervereinigung niemals wirklich aufgehört haben, ehemalige Gastarbeiter und Kinder von Gastarbeitern als Gastarbeiter zu betrachten.

3.2. Der Begriff 'Integration'

Unabhängig davon wie die angeworbenen Arbeiter genannt wurden, eines ist gewiss: sie waren Migranten.

Nun ist es wichtig zu anzuzeigen, dass der Begriff 'Migration', der die innerstaatliche oder internationale Mobilität von Menschen beschreibt, die mit einer dauerhaften Wohnsitzänderung einhergeht (was auf die Gastarbeiter in Deutschland inzwischen zutrifft),⁴³ ist immer auch diskursiv verknüpft mit dem Begriff 'Integration'.⁴⁴ Diese beiden Begriffe werden daher auch als „zwei Seiten einer Medaille“ beschrieben.⁴⁵

Was wird mit Integration aber eigentlich gemeint? Im Duden werden vier Definitionen für das Wort Integration angegeben: „1. Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes; 2. [Wieder]herstellung einer Einheit [aus Differenziertem], Vervollständigung; 3. Verbindung einer Vielheit von einzelnen Personen oder Gruppen zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Einheit und 4. Berechnung eines Integrals“,⁴⁶ was bereits verdeutlicht, dass Integration ein Begriff ist, der auf viele verschiedene Art und Weisen ausgelegt werden kann.

Im wissenschaftlichen Diskurs wird Integration grundsätzlich als Teilhabe am öffentlichen Leben interpretiert, wohingegen im politischen Diskurs Integration oftmals mit Assimilation gleichgesetzt wird.⁴⁷ Die Assimilation also Anpassung, kann dabei kultureller („Übernahme von Wissen, Fertigkeiten, Sprache“), struktureller („Übernahme von Rechten, Statuspositionen über Bildung und Arbeitsmarkt“), sozialer („Aufnahme sozialer Beziehungen, Netzwerke“)

43 Vgl. Pries, 2010, S.475

44 Vgl. Hoesch, 2018, S.13

45 Vgl. Hoesch, 2018, S.13 zit. n. Düvell, 2006, S.3

46 Duden, 2020, S.1, verfügbar unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Integration> [Zugriff am 14.11.2020]

47 Vgl. Esser, 2004, S.45

und/oder emotionaler („Übernahme von Werthaltungen und Loyalitäten“) Natur sein.⁴⁸ Während die kulturelle und die strukturelle Assimilation grundsätzlich unverzichtbar sind, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, bergen gerade die Kategorien soziale und emotionale Assimilation einige Schwierigkeiten, wie Dieter Oberndörfer darlegt: „Wer die Integration der Ausländer in die deutsche Kultur fordert, müsste die Frage beantworten können: was ist ein integrierter Deutscher? Sind Süd- oder Norddeutsche, Katholiken, Protestanten, säkularisierte und kirchlich-konfessionell nicht gebundene Bürger, zum Islam oder Buddhismus konvertierte Deutsche, Akademiker, oder Bauern, Mitglieder der SPD oder der CSU jeweils das Modell für den gut integrierten Deutschen?“⁴⁹ Es ist also durchaus streitbar, was für eine individuelle Anpassungsleistung die ImmigrantInnen erbringen müssen und wie weitgehend diese sein muss. So ist das grundlegende Ziel von Integration, „als zugehörig akzeptiert zu werden“⁵⁰, ja auch äußerst unscharf, zumal innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zwangsläufig unterschiedliche Annahmen darüber bestehen, wann jemand als zugehörig akzeptiert werden soll.

In jedem Fall darf Integration kein einseitiger Prozess sein, vielmehr muss auch die Aufnahmegesellschaft die Bereitschaft zeigen, sich den neuen Mitgliedern der Gesellschaft zu öffnen.⁵¹ Laut Krauss ist das „Daueraufenthaltsrecht mit gleichberechtigter politischer Teilhabe“⁵² spätestens aber der zweiten Generation eine zwingende Voraussetzung für Integration.⁵³ Weiterhin ist sie der Ansicht, dass Integration einen Prozess über mehrere Generationen darstellt, während dessen die Zuwanderer in Schüben in die aufnehmende Gesellschaft

48 Esser, 2004, S.46

49 Hoesch, 2018, S.81 direkt zit. n. Oberndörfer, 2001, S.13

50 Hoesch, 2018, S.81 direkt zit. n. Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration, 2004, S.233

51 Vgl. Hoesch, 2018, S.18 & Krauss, 1997, S.15 & Hamburger, 1984, S.68

52 Krauss, 1997, S.15

53 Vgl. Krauss, 1997, S.15

hineinwachsen“.⁵⁴

Die Integrationsbemühungen vor allem von staatlicher Seite sind zwangsläufig auch ein wichtiger Bestandteil der Geschichte der Gastarbeiter in Deutschland und werden in Kapitel 4.2. noch ausführlich behandelt.

3.3. Die Geschichte der Gastarbeiter in Deutschland

Die Geschichte der Gastarbeiter in Deutschland beginnt am 22.12.1955. An diesem Tag schließt die Bundesrepublik Deutschland ein Anwerbeabkommen mit Italien, um dem drohenden Mangel an einfachen Arbeitskräften entgegenzuwirken. Dieser Maßnahme, die gleichbedeutend mit dem ersten substanziellen Zuzug von ausländischen Personen in das wiederaufgebaute Deutschlands war (Vertriebene werden von der wissenschaftlichen Literatur nicht mitgezählt, da es sich hierbei um deutschsprachige Personen handelte, die sich in der Regel nahtlos in deutsche Nachkriegsgesellschaft einfügen konnten⁵⁵), ging eine Reihe von Beratungen zwischen der Bundesregierung und den Arbeitgebern, den Gewerkschaften sowie den Vertretern der Bundesanstalt für Arbeit voraus.⁵⁶ Der damalige Wirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard begründete diesen Schritt damit, dass „durch die beginnende Rüstungsproduktion und die Einbeziehung der ersten militärpflichtigen Jahrgänge in der Bundesrepublik bald mit einem Arbeitskräftedefizit zu rechnen sei“.⁵⁷ Das Anwerbeabkommen mit Italien führte schließlich dazu, dass sich von 1955 bis 1960 die Zahl der in der

⁵⁴ Krauss, 1997, S.15

⁵⁵ Vgl. Herbert, 1982, S.197

⁵⁶ Vgl. Mehrländer, 1984, S.89

⁵⁷ Vgl. Herbert, 1982, S.202

Bundesrepublik arbeitenden Italiener fast verzwanzigfache (waren 1955 7,500 Italiener in der Bundesrepublik beschäftigt, so waren es 1960 schon 144,200).⁵⁸ In der Präambel des Abkommens nun unterstrichen die beiden Parteien „*von dem Wunsche geleitet zu sein, die Beziehungen zwischen ihren Völkern im Geiste europäischer Solidarität zum beiderseitigen Nutzen zu vertiefen und enger zu gestalten, bestrebt zu sein, einen hohen Beschäftigungsstand der Arbeitskräfte zu erreichen und die Produktionsmöglichkeiten voll ausnutzen und überzeugt zu sein, dass diese Bemühungen den gemeinsamen Interessen ihrer Völker dienen und ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern*“.⁵⁹

Dieser Satz verdeutlicht, dass die daraufhin in der Bundesrepublik eintreffenden italienischen Arbeiter in keinsten Weise als Einwanderer betrachtet wurden, sondern vielmehr als verlängerter Arm des Herkunftslandes. So waren sich zu diesem Zeitpunkt alle Beteiligten sicher, dass es sich bei der Beschäftigung von Gastarbeitern um ein „zeitlich begrenztes Phänomen“⁶⁰ handele.⁶¹ Die Gastarbeiter sollten der Bundesrepublik ihre „besten Jahre zur Verfügung stellen“⁶² und danach im Sinne des Rotationsprinzips nach spätestens fünf Jahren in ihre Heimatländer zurückkehren, um eine Niederlassung in Deutschland zu verhindern.⁶³ Ab 1960 führte eine Reihe von Faktoren dazu, weitere Anwerbeabkommen mit anderen Staaten zu vereinbaren. Der Bedarf an Arbeitskräften stieg vor allem deshalb, weil nun die spärlichen Kriegsjahrgänge in den Arbeitsmarkt eintraten, weil die Ausbildungszeit verlängert wurde und weil die inzwischen verbesserte Altersversorgung einen früheren Eintritt in den Ruhestand ermöglichte.⁶⁴ Hinzu kam, dass mit dem Bau der Mauer der Zustrom

58 Vgl. Herbert, 1982, S.198

59 Vgl. Röhrich, 1982, S.12

60 Vgl. Herbert, 1982, S.211

61 Vgl. Herbert, 1982, S.211 & Mehrländer, 1984, S.90

62 Vgl. Herbert, 1982, S.210

63 Vgl. Geißler, 2005, S.16 zit. n. Bade, 1994, S.19

64 Vgl. Geißler, 2005, S.15 & Herbert, 1982, S.208

an ostdeutschen Flüchtlingen versiegt, der bis dahin einen wichtigen Faktor für das Wirtschaftswachstums dargestellt hatte.⁶⁵ Aus diesen Gründen wurden weitere Abkommen geschlossen, 1960 mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko und Südkorea, 1964 mit Portugal und Tunesien und 1968 mit Jugoslawien.⁶⁶ Die angeworbenen Gastarbeiter wurden ganz überwiegend im sekundären Sektor eingesetzt.⁶⁷ 1961 arbeiteten etwa 72 Prozent der ausländischen Arbeiter in diesem Sektor⁶⁸, 1971 etwa 75 Prozent⁶⁹ und 1982 sogar fast 80%.⁷⁰ Die meisten ausländischen Arbeitnehmer arbeiteten vor allem in der Eisen- und Metallindustrie, im Baugewerbe, im verarbeitende Gewerbe sowie im Bergbau.⁷¹ Dass die Bundesrepublik gezielt ungelernte Arbeiter für niedere Tätigkeiten anwarb, spiegelte sich auch in einer Statistik der Bundesanstalt für Arbeit von 1970 wider, derzufolge in diesem Jahr weniger als ein Prozent der Gastarbeiter in einem Angestelltenverhältnis beschäftigt war.⁷² Grundsätzlich bedeutete das Anwerben der Gastarbeiter eine „Unterschichtung“ der deutschen Gesellschaft.⁷³ Die Gastarbeiter übernahmen fortan die „Knochen-Jobs“,⁷⁴ beziehungsweise die Arbeiten, für die laut dem damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger „deutsche Arbeitnehmer kaum noch zu gewinnen“ waren.⁷⁵ Gleichzeitig verschafften sie so ehemaligen Angehörigen der deutschen Unterschicht einen sozialen Aufstieg, so stiegen zwischen 1960 und 1970 2,3 Prozent der deutschen Arbeiterschaft in Angestelltenpositionen auf.⁷⁶

65 Vgl. Herbert, 1982, S.208 & Geißler, 2005, S.16

66 Vgl. Geißler, 2005, S.16

67 Vgl. Lauff, 1982, S.351

68 Vgl. Herbert, 1982, S.212

69 Vgl. Klee, 1981a, S.25

70 Vgl. Weber, 1982, S.26

71 Vgl. Franz, 1981, S.36 & Herbert, 1982, S.212 & Klee, 1981a, S.25

72 Vgl. Klee, 1981a, S.31

73 Vgl. Nowotny, 1987, S.49 & Hamburger, 1984, S.62 & Herbert, 1982, S.237

74 Vgl. Anagnostidis, 1981, S.106 & Klee, 1981a, S.31 & Herbert, 1982, S.212

75 Vgl. Klee, 1981a, S.25

76 Vgl. Herbert, 1982, S.213

Die Gastarbeiter waren somit sowohl für spezifische Gruppen der deutschen Gesellschaft nützlich als auch für deutsche Volkswirtschaft im Allgemeinen, da die Flexibilität ihrer Verwendung als ein Gegenmittel für etwaige krisenhafte Tendenzen auf dem deutschen Arbeitsmarkt diene und da der Umstand, dass sie den Großteil ihres Lohnes nicht ausgaben, sondern das Geld sparten, eine stabilisierende Wirkung auf die Preisentwicklung hatten.⁷⁷ Dieser Nutzen hatte jedoch einen humanitären Preis. Die überwiegende Mehrheit der Gastarbeiter lebte während der gesamten 1960er Jahre unter entsetzlichen Bedingungen.⁷⁸ Meist kamen die männlichen Gastarbeiter in „Barackensiedlungen“ unter, in denen sie nicht einmal von ihren Ehefrauen besucht werden durften (teilweise 'wohnten' in notdürftig zusammengezimmerter Räumen sechs Gastarbeiter auf 15 Quadratmetern zusammen⁷⁹).⁸⁰ Ihre Arbeitsverträge sahen darüber hinaus vor, dass ihre wöchentliche Arbeitszeit beliebig erhöht werden könnte. So kam es beispielsweise dazu, dass im Torfwerk Most in Ucht Gastarbeiter 80 Stunden pro Woche für zwei Mark pro Stunde arbeiteten.⁸¹ Die Gastarbeiter ertrugen die menschenunwürdigen Wohn- und Arbeitsbedingungen aus zwei Gründen: erstens verglichen sie Umstände mit denen aus ihren Herkunftsländern, was die Arbeitsbedingungen erträglicher erscheinen ließ,⁸² und zweitens lebten sie in der ständigen Angst ihre Arbeits- und somit auch Aufenthaltserlaubnis zu verlieren, was sehr einfach geschehen konnte (es hätte ausgereicht, dass ein Gericht entscheidet, dass der Aufenthalt des Gastarbeiters die „Belange der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt“⁸³.⁸⁴ Abgesehen davon war der Großteil der Gastarbeiter bis Anfang der 1970er immer noch davon überzeugt,

77 Vgl. Herbert, 1982, S.209-210

78 Vgl. Herbert, 1982, S.214

79 Vgl. Herbert, 1982, S.215

80 Vgl. Klee, 1981a, S.26

81 Vgl. Klee, 1981a, S.31

82 Vgl. Herbert, 1982, S.214

83 Vgl. Röhrich, 1982, S.14

84 Vgl. Röhrich, 1982, S.13-14 & Herbert, 1982, S.213 & Franz, 1981, S.44

früher oder später mit dem angesparten Geld in das jeweilige Heimatland zurückzukehren (was tatsächlich viele aufgrund des Rotationsprinzipes auch taten⁸⁵).⁸⁶ Ein Wendepunkt in der Geschichte der Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland stellt der am 23.11.1973 von der Bundesregierung verhängte Anwerbestopp dar, der es Ausländern aus Nicht-EG-Staaten verbot, in die Bundesrepublik einzureisen, um ein Arbeitsverhältnis zu beginnen.⁸⁷ Für die in Deutschland lebenden Gastarbeiter bedeutete dies, dass eine Rückkehr in ihr Heimatland endgültig sein würde.⁸⁸ Die Gründe für den Anwerbestopp waren mannigfaltig und gingen über den bloßen Verweis auf die globale Ölkrise und die daraus resultierende volkswirtschaftliche Situation⁸⁹ hinaus. Der Anwerbestopp war ebenso eine Maßnahme, die darauf ausgerichtet war, die Zahl der Ausländer in Deutschland zu verringern, um die sozialen Folgekosten der Ausländerbeschäftigung einzudämmen.⁹⁰ Gleichzeitig hatten auch die Arbeitgeber der Gastarbeiter auf den Anwerbestopp hingewirkt, da dieser eine endgültige Abkehr vom Rotationsprinzip bedeutete, wodurch die Arbeitgeber ihre ausländischen Arbeitskräfte die sich bewährt hatten, behalten konnten und keine neuen anlernen mussten.⁹¹

Der Anwerbestopp beinhaltete somit indirekt das Zugeständnis an die Gastarbeiter, dauerhaft bleiben zu dürfen und führte somit bei vielen Gastarbeitern zu einem Umdenken, die dann fortan ihre Zukunft in Deutschland planten.⁹² Da laut Artikel 6 des deutschen Grundgesetzes die Familie unter dem besonderen Schutz des Staates steht, war es den Gastarbeitern möglich, ihre Kinder und Ehefrauen nachkommen zu lassen (dafür mussten einige wenige

85 Vgl. Geißler, 2005, S.16

86 Vgl. Herbert, 1982, S.212

87 Vgl. Mehrländer, 1984, S.90

88 Vgl. Herbert, 1982, S.237

89 Vgl. Geißler, 2005, S.17 & Franz, 1984, S.84

90 Vgl. Herbert, 1982, S.244 & Röhrich, 1982, S.16

91 Vgl. Chiellino, 1995, S.287 & Geißler, 2005, S.19

92 Vgl. Herbert, 1982, S.232

Bedingungen erfüllt werden: der Gastarbeiter hält sich seit mindestens einem Jahr in der Bundesrepublik auf, er verfügt über eine angemessene Wohnung und über ein geregeltes und ausreichendes Einkommen⁹³).⁹⁴ Die Tatsache, dass 1975 das Kindergeld für im Ausland lebende Kinder gekürzt wurde, befeuerte den Familiennachzug zusätzlich.⁹⁵ Unter dem Strich führte der Anwerbestopp dazu, dass sich die Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik verringerte, wohingegen jedoch die ausländische Wohnbevölkerung aufgrund des Familiennachzugs zahlenmäßig zunahm.⁹⁶

Vor allem der Anwerbestopp machte die oft zitierte Formel „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ somit de facto obsolet⁹⁷ und ließ Arbeitskräfte Menschen sein. Die zweite Hälfte der 1970er Jahre sowie die der Anfang der 1980er Jahre beinhalteten einige Verbesserungen des Status’ der Gastarbeiter, auf die in Kapitel 4.2. näher eingegangen wird. Trotz einer teilweise fremdenfeindlichen Rhetorik der CDU in den 1980er Jahren, hat sich in diesem Jahrzehnt keine wirkliche Verschlechterung der Situation für die Gastarbeiter und deren Kinder ergeben. Deutschland wurde schließlich zu einem „Zuwanderungsland wider Willen“⁹⁸.

Insgesamt kann die Geschichte der Gastarbeiter in der westdeutschen Bundesrepublik Deutschland damit in drei Phasen unterteilt werden⁹⁹:

1. Phase: Anwerbung und Annahme der Rückkehr (bis 1973)
2. Phase: Konsolidierung und Familiennachzug (bis 1981)
3. Phase: (symbolische) Abwehr (bis 1990)

Erwähnenswert ist unter anderem noch die Verteilung der Gastarbeiter im Bundesgebiet, die auch in Bezug auf Wahlen und Wahlkampfaussagen noch

93 Vgl. Quaritsch, 1987, S.106

94 Vgl. Bodenbender, 1982, S.41

95 Vgl. Meier-Braun, 1998, S.226

96 Vgl. Geißler, 2005, S.19 & Herbert, 1982, S.232

97 Vgl. Hamburger, 1984, S.61 & Mehrländer, 1984, S.99

98 Vgl. Geißler, 2005, S.20

99 Vgl. Geißler, 2005, S.15 & Meier-Braun, 1998, S.224-225 & Hamburger, 1984, S.65

relevant werden könnte. Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen waren seit jeher die Gastarbeiter-Ballungszentren.¹⁰⁰ Da im Jahr 1975 77 Prozent aller Ausländer Personen aus den Anwerbeländern waren¹⁰¹ und sich dieser Anteil aufgrund des Familiennachzuges eher noch erhöht haben dürfte, sollten die unten angegebenen Zahlen aussagekräftig genug sein, um die Verteilung der Gastarbeiter einzuschätzen. Die unten angegebenen Zahlen stammen aus dem Jahr 1980, da in den 1980er Jahren ein klarer Anstieg in den Asylbewerbungen zu verzeichnen war,¹⁰² der spätere Statistiken im Hinblick auf die Gastarbeiterverteilung tatsächlich verfälscht hätte (das gilt im Übrigen auch für die zwei weiteren Tabellen, da der Putsch in der Türkei 1980 viele Türken dazu bewog Asylanträge in Deutschland zu stellen¹⁰³).

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und NRW im Jahr 1980

Bundesland	gesamte Bevölkerung	ausländ. Bevölkerung	Prozentsatz
Baden-Württemberg	9,26 Millionen	900000	9,7
Bayern	10,93 Millionen	700000	6,4
Hessen	5,60 Millionen	500000	8,9
NRW	17,06 Millionen	1300000	7,6

Abbildung 2: Der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Bayern, BW, Hessen, NRW (1980)¹⁰⁴

In ganz Deutschland lebten 1980 etwa 4,45 Millionen Ausländer (2,07 Millionen von ihnen waren zu diesem Zeitpunkt in einem Arbeitsverhältnis

100 Vgl. Franz, 1981, S.36 & Weber, 1982, S.26 & Lauff, 1982, S.345

101 Vgl. Geißler, 2005, S.17

102 Vgl. Herbert, 1982, S.265 & Geißler, 2005, S.20

103 Vgl. Herbert, 1982, S.265

104 Eigene Darstellung, beruhend auf den Daten von Statistisches Bundesamt direkt zit. n. Lauff, 1982, S.345 (ausländische Bevölkerung) & Statista (gesamte Bevölkerung)

beschäftigt), ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug etwa 7,5 Prozent.¹⁰⁵ Interessant ist auch, dass somit 3,4 von 4,45 Millionen Ausländern 1980 in den oben aufgeführten Bundesländern gelebt haben (das sind etwa 76 Prozent). Unter den 4,45 Millionen Ausländern waren 1,12 Millionen Kinder,¹⁰⁶ was durchaus als ein Anzeichen für dauerhafte Niederlassung gesehen werden kann.¹⁰⁷ Die Städte (mit mehr als 100 000 Einwohnern) mit den höchsten Ausländeranteilen waren 1980 Frankfurt (Ausländeranteil 23,2%), Offenbach (21,3%), Stuttgart (18,3%) und München (17,3%).¹⁰⁸

Nennenswert ist außerdem, dass sich die Zahl der in der Bundesrepublik wohnhaften Ausländer zwischen 1955 und 1980 etwa verzehnfacht hat (466 675 – 4 450 000),¹⁰⁹ wohingegen sich die Anzahl der in der Bundesrepublik beschäftigten Ausländer in diesem Zeitraum verfünfundzwanzigfach hat (79 607 – 2 070 000).¹¹⁰

Ein anderer Aspekt, der für diese Arbeit sehr wichtig sein wird, um Überbeziehungsweise Unterrepräsentation im „Spiegel“ beurteilen zu können, betrifft die verschiedenen Herkunftsgruppen der Gastarbeiter. Grundsätzlich lässt sich eine zahlenmäßige Dominanz der beschäftigten Italiener bis etwa 1970 feststellen, bis sie kurz von den Jugoslawen¹¹¹ und dann von den Türken abgelöst wurden.¹¹² Es ist dennoch sinnvoll, eine genauere Aufschlüsselung zu leisten (die Tabellen rechnen nur beschäftigte Personen mit ein):

105 Vgl. Herbert, 1982, S.199

106 Vgl. Röhrich, 1982, S.9

107 Vgl. Hamburger, 1984, S.61

108 Vgl. Lauff, 1982, S.349

109 Vgl. Lauff, 1982, S.343 & Herbert, 1982, S.199

110 Vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit direkt zit. n. Lauff, 1982, S.343 & Herbert, 1982, S.199

111 Der Begriff Jugoslawen wird in dieser Arbeit für Menschen verwendet, die aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland eingewandert sind, um dort einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Die ethnische, sprachliche und kulturelle Vielfalt des ehemaligen Jugoslawiens und der anderen Herkunftsstaaten soll durch eindimensionale Begriffe wie Jugoslawen, Türken etc. natürlich nicht negiert werden, nur ist es zwingend notwendig, mit diesen verallgemeinernden Begriffen zu arbeiten, da vonseiten des *Spiegels* und der PolitikerInnen zu keinem Zeitpunkt im Untersuchungszeitraum weiter differenziert wurde.

112 Vgl. Geißler, 2005, S.17 & Weber, 1982, S.25

Die zahlenmäßig stärksten drei Gastarbeitergruppen für jedes Jahr von 1955 bis 1980

Jahr	1. Platz	2. Platz	3. Platz
1955	Italiener	Jugoslawen	Griechen
1956	Italiener	Jugoslawen	Griechen
1957	Italiener	Jugoslawen	Griechen
1958	Italiener	Jugoslawen	Griechen
1959	Italiener	Jugoslawen	Griechen
1960	Italiener	Griechen	Spanier
1961	Italiener	Spanier	Griechen
1962	Italiener	Spanier	Griechen
1963	Italiener	Spanier	Griechen
1964	Italiener	Griechen	Spanier
1965	Italiener	Griechen	Spanier
1966	Italiener	Griechen	Spanier
1967	Italiener	Griechen	Türken
1968	Italiener	Türken	Griechen
1969	Italiener	Jugoslawen	Türken
1970	Jugoslawen	Italiener	Türken
1971	Jugoslawen	Türken	Italiener
1972	Türken	Jugoslawen	Italiener
1973	Türken	Jugoslawen	Italiener
1974	Türken	Jugoslawen	Italiener
1975	Türken	Jugoslawen	Italiener
1976	Türken	Jugoslawen	Italiener
1977	Türken	Jugoslawen	Italiener
1978	Türken	Jugoslawen	Italiener
1979	Türken	Jugoslawen	Italiener
1980	Türken	Jugoslawen	Italiener

Abbildung 3: Die zahlenmäßig stärksten drei Gastarbeitergruppen für jedes Jahr von 1955 bis 1980¹¹³

Weiterhin gibt auch der unten abgebildete Anteil der vorherrschenden Gastarbeitergruppe an der Gesamtheit der ausländischen Beschäftigten in den Jahren zwischen 1955 und 1980 einen guten Überblick über die Zusammensetzung der Gastarbeiter-Gesamtheit.

¹¹³ Eigene Darstellung, beruhend auf den Daten von Herbert, 1982, S.198-199

Der Anteil der zahlenmäßig stärksten Gastarbeitergruppe an der Gesamtheit der ausländischen Beschäftigten

Jahr	1. Platz	Anteil in %
1955	Italiener	9,4
1956	Italiener	18,8
1957	Italiener	17,7
1958	Italiener	20,1
1959	Italiener	29,3
1960	Italiener	43,8
1961	Italiener	40,9
1962	Italiener	38,9
1963	Italiener	34,6
1964	Italiener	30
1965	Italiener	30,6
1966	Italiener	29,8
1967	Italiener	26,9
1968	Italiener	27,9
1969	Italiener	23,2
1970	Jugoslawen	21,7
1971	Jugoslawen	21,3
1972	Türken	21,7
1973	Türken	23,3
1974	Türken	26,5
1975	Türken	26,6
1976	Türken	27,1
1977	Türken	27,4
1978	Türken	27,5
1979	Türken	27,9
1980	Türken	28,6

Abbildung 4: Der Anteil der zahlenmäßig stärksten Gastarbeitergruppe an der Gesamtheit der ausländischen Beschäftigten¹¹⁴

Um das Wachstum der absoluten Zahlen zu verdeutlichen, kann gesagt werden, dass **1960** lediglich 144 200 beschäftigte Personen 43,8 Prozent ausmachten, wohingegen **1970** 423 200 Personen für 21,7 Prozent verantwortlich zeichneten. **1980** hatten 591 800 Türken schließlich einen Anteil von 28,6 Prozent an der gesamten beschäftigten ausländischen Bevölkerung.¹¹⁵

¹¹⁴ Eigene Darstellung, beruhend auf den Daten von Herbert, 1982, S.198-199

¹¹⁵ Vgl. Herbert, 1982, S.198-199

3.4. Gastarbeiter in den Medien

Interessanterweise lässt sich feststellen, dass bis Mitte der 1960er Jahre, die Gastarbeiter, ihre Lebenswirklichkeiten und ihre Auswirkungen auf das Leben in Deutschland in der massenmedialen Berichterstattung fast nicht vorkamen.¹¹⁶ Ein Grund für das Ausbleiben von öffentlichen Debatten über die Gastarbeiter zu diesem Zeitpunkt war schlichtweg, dass man sich darüber einig war, diese für weiteres Wirtschaftswachstum zu benötigen.¹¹⁷ Diese an Bedingungen geknüpfte Tolerierung der Gastarbeiter (in der Bevölkerung und in den Medien) begann mit den ersten Anzeichen der Wirtschaftskrise zu bröckeln.¹¹⁸ Es kam zu einer 'Ausländerwelle' in den Medien, in der die Gastarbeiter für wirtschaftliche Probleme verantwortlich gemacht und somit zu Sündenböcken auserkoren wurden.¹¹⁹ Der Höhepunkt dieser Entwicklung wurde mit einer kontroversen *BILD*-Schlagzeile erreicht, die auf eine vermeintliche Bevorzugung der Ausländer anspielte und die zu einem Zeitpunkt gedruckt wurde, als die Gastarbeiterbeschäftigung und eine hohe Arbeitslosenrate in der deutschen Bevölkerung zusammenfielen und die wie folgt lautete: „Gastarbeiter fleißiger als deutsche Arbeiter?“. Dieses plumpe Gegeneinanderausspielen der beiden Gruppen war von Erfolg gekrönt und führte vorübergehend zu Streiks aus Protest gegen die Beschäftigung von Ausländern.¹²⁰ Die Wirtschaftskrise von 1966/67 wurde schließlich schnell überwunden und die Gastarbeiterbeschäftigung hatte sich, wie von Wirtschaftsexperten erhofft, als flexibles Gegengewicht zu konjunkturellen Schwankungen bewährt.¹²¹ Dennoch stieg das mediale Interesse an den Gastarbeitern nach diesen gesellschaftlichen

116 Vgl. Herbert, 1982, S.204

117 Vgl. Herbert, 1982, S.208

118 Vgl. Herbert, 1982, S.218

119 Vgl. Anagnostidis, 1981, S.110 & Leuninger, 1984, S.108

120 Vgl. Anagnostidis, 1981, S.112 & Herbert, 1982, S.222

121 Vgl. Herbert, 1982, S.220

Spannungen immer weiter an und mündete vor allem in Artikel, die die angebliche kriminelle und sexuelle Gier der Gastarbeiter proklamierten.¹²² Vor allem Anfang der 1980er Jahre griffen die Massenmedien die in der Bevölkerung vorhandene Fremdenfeindlichkeit wieder verstärkt auf und befeuerten diese.¹²³

Der Erste, der sich der Thematik der Gastarbeiterberichterstattung aus einer wissenschaftlichen Perspektive heraus annahm, war Juan Manuel Delgado. Im Auftrag der nordrhein-westfälischen Landeszentrale für politische Bildung führte dieser im Jahr 1972 eine umfassende quantitative Inhaltsanalyse von zahlreichen Artikeln durch, die in der NRW-Presse erschienen und die die Gastarbeiter behandelten. Insgesamt bestand sein Sample aus 84 regionalen Tageszeitungen, deren sämtliche gastarbeiterbezogenen Artikel zwischen Mai 1966 und August 1969 Delgado analysierte. Das erklärte Ziel dieser Untersuchung war, eine allgemeine Darstellung der Gastarbeiter in den NRW-Medien zu erarbeiten, wobei es zugleich Delgado's Hypothese war, dass die wirtschaftliche Situation stets einen entscheidenden Faktor für die Tendenz der Artikel bedeutete. Delgado bildete für seine Analyse vier Kategorien: 1. Sensation / Kriminalität 2. Good-Will 3. Sachberichte und 4. Arbeitsmarktberichte. Die ersten drei Kategorien können analog zu positiv – negativ – ambivalent gesehen werden. Grundsätzlich ließen sich 31% der Berichte in die erste Kategorie einordnen, 11% in die zweite Kategorie, 26% in die dritte Kategorie und 32% in die vierte Kategorie. Ein weiteres Kernergebnis war das gleichwohl nicht überraschende Auftauchen einer negativen Korrelation von den ersten beiden Kategorien: je mehr negative/positive Berichte über Gastarbeiter eine Zeitung druckte, desto weniger positive/negative druckte sie. Weiterhin beobachtete Delgado einen regelrechten

122 Vgl. Reimann, 1987, S.142//145/147 & Anagnostidis, 1981, S.111

123 Vgl. Thränhardt, 1984, S.124 & Leuninger, 1984, S.105

Abfall der Good-Will Berichte, die Quote dieser fiel von anfangs 14,4% auf später 7,2%. Insgesamt wurde die Berichterstattung immer häufiger als auch negativer (was Delgado's Hypothese widerlegte, da ansonsten mit der volkswirtschaftlichen Erholung die Berichterstattung wieder wohlwollender hätte werden müssen). Er stellte außerdem fest, dass in der Regel Türken die Objekte der Berichterstattung waren, obwohl diese zu dem damaligen Zeitpunkt zahlenmäßig die lediglich drittstärkste Gruppe nach den Italienern und den Griechen waren. Delgado's Konklusion besagt unter anderem, „dass die Kommunikationsinhalte der nordrhein-westfälischen Tagespresse wohl zu einer Überbetonung der Sensations-Kriminalitäts-Kategorie führen“¹²⁴ und dass die gegebenen Informationen eindimensional und nicht differenziert seien.¹²⁵

Der große Wert von Delgado's Arbeit liegt abgesehen von den erzielten Ergebnissen in Tatsache, dass er sich als Erster an die Thematik herangewagt hat, weswegen sich viele der später erfolgten Analysen stark an seiner Arbeit orientieren und sich in verschiedenen Punkten auf diese beziehen.¹²⁶

Weitere als wichtig erachtete (nichtsdestotrotz teilweise kritisch hinterfragte) Untersuchungen wurden unter anderem von Segal (1981), von Merten (1986), von Ruhrmann & Kollmer (1987) sowie von Galanis (1989) durchgeführt. In den von Segal untersuchten Artikeln überwog die Kriminalitätsberichterstattung ebenfalls deutlich, die einher ging mit einer grundsätzlich diskriminatorischen Rhetorik. Merten ermittelte zuzüglich als Erster eine krasse Schere der Berichterstattung zwischen der Herkunft der Gastarbeiter. Türken wurden demnach unverhältnismäßig oft häufiger negativ dargestellt als Gastarbeitern aus anderen Ländern. Ruhrmann & Kollmer kamen zu dem Ergebnis, dass die von ihnen untersuchten Medieninhalte die Gastarbeiter als Gefahr für den

124 Leuninger, 1984, S.106

125 Vgl. Leuninger, 1984, S.103-105 & Müller, 2005, S.87-88

126 Vgl. Reimann, 1987, S.143 & Griese, 1984, S.5

deutschen Wohlstand sowie für deutsche Werte ansehen und dass darüber hinaus Gastarbeiter immer nur als Objekte, aber nie als Handelnde in Erscheinung treten. Galanis hingegen zog in seiner Analyse das Resümee, dass Gastarbeiter in der Berichterstattung Arbeitskräfte und mitunter Sündenböcke seien, man ihnen aber nicht den Status 'Mensch' zugestehe.¹²⁷

Grundsätzlich ergibt sich hinsichtlich der Berichterstattung über Gastarbeiter/Ausländer seit den 1960ern bis Ende der 1980er Jahre ein wenig verblüffendes Bild: sie werden als kriminell/bedrohlich, sexsüchtig, fremd, minderwertig, rückständig, als schädlich für die deutsche Kultur und Werte und als finanzielle Belastung dargestellt.¹²⁸

Dabei gibt es je nach Herkunft und Status deutliche Unterschiede in der Bewertung der Gastarbeiter/Ausländer. So werden Nicht-Türken (tatsächlich dreht sich die Integrations-Debatte fast ausschließlich um Türken¹²⁹) und Nicht-Arbeiter (also zum Beispiel Künstler oder Sportler) positiver beschrieben.¹³⁰ Auffällig ist außerdem, dass ausländische Frauen fast nie ein Gegenstand der medialen Berichterstattung waren.¹³¹

Das Ausländer negativer dargestellt werden Nicht-Ausländer ist unabhängig von diesem spezifischen Kontext so naheliegend wie nachgewiesen.¹³²

Klaus F. Geiger begründet den Tenor der Berichterstattung, in dem er sagt, dass „auf kommerziellen Erfolg hin ausgerichtete Massenzeitungen ihre Ausländerberichterstattung in eine negativistische Sensationsberichterstattung einbinden“¹³³. Anders gesprochen: *crime sells*. Die Medien würden also bereits vorhandene „kulturrassistische Vorurteile“¹³⁴ bedienen, um ihren Erfolg zu

127 Vgl. Müller, 2005, S.88-101

128 Vgl. Weber-Menges, 2005, S.128 & Leuninger, 1984, S.105-108 & Anagnostidis, 1981, S.111 & Reimann, 1987, S.145-147 & Müller, 2005, S.87-101

129 Vgl. Ulrich, 1982, S.21

130 Vgl. Müller, 2005, S.101

131 Vgl. Müller, 2005, S.105

132 Vgl. Schulz, 2011, S.70

133 Geiger, 1985, S.309 direkt zit. n. Müller, 2005, S.103

134 Müller, 2005, S.103

maximieren. Dieses Vorgehen wirkt jedoch integrationshemmend und begünstigt gesellschaftliche Segregation im Allgemeinen sowie sogenannte Parallelgesellschaften im Speziellen,¹³⁵ was wiederum die Entfremdung verstärken und die Berichterstattung noch negativer lassen werden dürfte (also zu einem Teufelskreis führen würde).

3.5. Zwischenfazit zu Kapitel 3

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der in Kapitel 3.1. behandelte Begriff 'Gastarbeiter' in den 1970er Jahren allmählich aus der Mode kam und durch den Begriff 'Ausländer' ersetzt wurde. Es ist dabei wichtig zu beachten, dass der Begriff 'Ausländer' nicht neutral war, sondern nur Personen bezeichnete, die aus vermeintlich weniger entwickelten südlichen Staaten wie beispielsweise der Türkei und Griechenland stammten. Der in Kapitel 3.2. behandelte Begriff 'Integration' kann auf vielerlei Art und Weise ausgelegt werden. Es besteht jedoch weitestgehende Einigkeit darüber, dass Immigranten nicht vollumfänglich assimiliert werden sollen, sondern dass sie, trotz der Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft, auch ein Recht darauf haben, 'anders' zu sein. Die Kapitel 3.3. besprochene Geschichte der Gastarbeiter in Deutschland beginnt 1955 mit dem zwischen Deutschland und Italien geschlossenen Anwerbeabkommen. Im Laufe der Jahre werden solche Abkommen mit immer mehr Staaten geschlossen, die daraufhin ungebildete Arbeitskräfte nach Deutschland schicken. Im Jahr 1973 wird ein Anwerbestopp verhängt. Familienangehörige dürfen dennoch unter bestimmten Auflagen in die Bundesrepublik Deutschland nachziehen. Die in Kapitel 3.4. besprochene mediale Berichterstattung über Gastarbeiter ist im Untersuchungszeitraum

¹³⁵ Vgl. Müller, 2005, S.84

vornehmlich negativ. Bestimmte Gastarbeitergruppen wie türkische Gastarbeiter werden dabei noch negativer dargestellt als andere Gastarbeitergruppen.

4. Politik

Kapitel 4 gibt Aufschluss darüber inwieweit das Thema Gastarbeiter eine Rolle in den Wahlen zum Deutschen Bundestag gespielt hat und behandelt außerdem die wichtigsten integrationspolitischen Maßnahmen die zwischen 1955 und 1990 getroffen wurden.

4.1. Die bundesdeutschen Wahlen zwischen 1955 und 1990 im Kontext der Gastarbeiterbeschäftigung

Die zweite Hälfte der 1950er Jahre läutete, auch dank der angeworbenen Gastarbeiter, die Ära des deutschen „Wirtschaftswunders“ ein, das auf der „sozialen Marktwirtschaft“ des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard fußte. Die wirtschaftliche Erholung Deutschlands und die daraus finanzierten sozialpolitischen Maßnahmen (die sich unter anderem in stark steigenden Altersrenten, sozialem Wohnungsbau, Entschädigungen für Vertriebene und Stipendien für mittellose Studenten manifestierte) war das beherrschende politische Thema der damaligen Zeit und führte bei den Wahlen zum Bundestag im Jahr 1957 zu einem Erdrutschsieg der CDU (die unter anderem mit dem Slogan „Wohlstand für alle“ für sich warb¹³⁶).¹³⁷ Die CDU/CSU erreichte 50,2%, die SPD 31,8% und die FDP 7,7%.¹³⁸

¹³⁶ Vgl. Funk, 2013a, S.1

¹³⁷ Vgl. Thränhardt, 2019, S.68

¹³⁸ Siehe „Die deutschen Bundestagsergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen“ auf der Internetseite des Deutschen

Die Beschäftigung der Gastarbeiter und das Leben dieser in der Deutschland war zu diesem Zeitpunkt noch kein Wahlkampfthema und sollte es auch zu den Bundestagswahlen 1961 noch nicht werden. Das alles überschattende Thema im Wahlkampf war der Bau der Berliner Mauer, auf den Amtsinhaber Konrad Adenauer (CDU) zögerlich und insofern ungeschickt, als dass er Westberlin nicht sofort besuchte, reagierte, was dem Kandidaten der SPD Willy Brandt, der sich als staatsmännisch wirkender Bürgermeister von Westberlin profilieren konnte, zwischenzeitlich die Führung in den Umfragen brachte.¹³⁹ Schließlich gewann jedoch erneut die CDU/CSU, die 45,3% erreichte (SPD: 36,2%, FDP: 12,8%).¹⁴⁰

Ein paar Jahre später, Mitte der 1960er Jahre, kam es jedoch zu einem Aufflammen der Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die sich auch auf die politische Sphäre übertrug. So konstatiert Herbert¹⁴¹, dass „bei konservativen Politikern Kritik an der Gastarbeiterbeschäftigung und an den Gastarbeitern zur beifallssträchtigen Passage in jeder Wahlkampfrede wurde“. Die Tatsache, dass die neugegründete, rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) zu dieser Zeit zwischenzeitlich in sieben Landtagen vertreten war, spricht diesbezüglich ebenfalls eine deutliche Sprache.¹⁴² Auf diesen Zug sprang auch Ludwig Erhard, der Konrad Adenauer bereits zuvor als Bundeskanzler abgelöst hatte, auf (so war die Verhinderung der dauerhaften Niederlassung der Gastarbeiter ja auch ein klares Ziel des AuslG) und schlug schließlich in seiner nach der gewonnenen Wahl verkündeten Regierungserklärung vor, dass deutsche Arbeiter Überstunden machen sollten,

Bundestages, verfügbar unter: https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692 [Zugriff am 21.02.2020]

139 Vgl. Thränhardt, 2019, S.74 & Funk, 2013b, S.1

140 Vgl. Siehe „Die deutschen Bundestagsergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen“ auf der Internetseite des Deutschen Bundestages, verfügbar unter: https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692 [Zugriff am 21.02.2020]

141 Herbert, 1982, S.221

142 Vgl. Herbert, 1982, S.220

damit man die Gastarbeiter zurückschicken könne.¹⁴³ Es ist daher nicht abwegig, dass es auch diese Haltung Erhards war, die der CDU/CSU einen erneuten Wahlsieg bescherte, obwohl auch schlicht die Person Ludwig Erhard eine gewichtige Rolle spielte, da dieser den neu gewonnenen deutschen Wohlstand symbolisierte.¹⁴⁴ Die CDU/CSU errang insgesamt 47,6% der Stimmen, die SPD 39,3% und die FDP 9,5%.¹⁴⁵ Grundsätzlich kann in jedem Fall festgehalten werden, dass die Bundestagswahl 1965 die erste Wahl auf Bundesebene war, in deren Vorfeld sich der Gastarbeiterbeschäftigung wahlkampfpolitisch angenommen wurde (was sehr wahrscheinlich auch daran lag, dass sich sowohl CDU/CSU („Unsere Sicherheit – CDU“) als auch die SPD („Sicher ist sicher – SPD“) auf das Thema Sicherheit konzentrierten).¹⁴⁶

1969 waren die Themen andere, es ging um den Umgang mit der Studentenbewegung und um allgemeinen Reformgeist sowie, ganz konkret, um die ökonomische Frage, ob man die Deutsche Mark aufwerten sollte oder nicht.¹⁴⁷ Die CDU/CSU erhielt 46,1% der Stimmen, die SPD 42,7% und die FDP 5,8%.¹⁴⁸ Obwohl die CDU erneut stärkste Kraft geworden war, einigten sich die SPD und die FDP auf eine sozialliberale Koalition und Willy Brandt wurde der erste sozialdemokratische Bundeskanzler. Das Jahr 1970 markierte den Anfang eines Jahrzehntes, in dem das Gastarbeiterdasein in Deutschland wieder deutlich stärker in den politischen Fokus rückte, so sagte Brandt in der Bundestagsdebatte am 9.12.1970: „Wir müssen uns dieses Ausländergesetz einmal insgesamt vornehmen“¹⁴⁹. Der sogenannte 'Alternativentwurf 70', der

143 Vgl. Anagnostidis, 1981, S.110 & Thränhardt, 1984, S.116 & Kleinert, 2018, S.199

144 Vgl. Kleinert, 2018, S.199 & Nocker, 2007, S.152

145 Vgl. Siehe „Die deutschen Bundestagsergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen“ auf der Internetseite des Deutschen Bundestages, verfügbar unter: https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692 [Zugriff am 21.02.2020]

146 Vgl. Nocker, 2007, S.152

147 Vgl. Kleinert, 2018, S.210/223 & Funk, 2013c, S.1

148 Vgl. Siehe „Die deutschen Bundestagsergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen“ auf der Internetseite des Deutschen Bundestages, verfügbar unter: https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692 [Zugriff am 21.02.2020]

149 Vgl. Klee, 1981a, S.52

ausländischen Personen in der Bundesrepublik mehr „aufenthaltsrechtliche- und berufliche Sicherheit“ verleihen sollte und der dem Bundestag sowie der Bundesregierung als Petition überreicht wurde, wurde jedoch vom damaligen Bundesinnenminister Hans Dietrich Genscher abgelehnt (da deutsche Interessen vor ausländischen Interessen Vorrang haben würden).¹⁵⁰ Obwohl die Arbeitserlaubnisverordnung (AEVO) von 1971 als ein integrationsfördernder Schritt interpretiert werden konnte, vertrat auch die Bundesregierung weiterhin den Standpunkt, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei.¹⁵¹

Der Bundestagswahlkampf von 1972 (ein gescheitertes Misstrauensvotum gegen Brandt führte zu Neuwahlen) drehte sich jedoch um andere Themen, vor allem um die Ostpolitik und ganz grundsätzlich um die Person Willy Brandt, der von der SPD als „Kanzler des Vertrauens beworben“ wurde.¹⁵² Die SPD feierte 1972 schließlich den größten Wahlerfolg ihrer Geschichte und konnte 45,8% der Stimmen an sich binden, die CDU/CSU 44,9% und die FDP 8,4%.¹⁵³ Die sozialliberale Regierung, die ihre Arbeit fortsetzen konnte, betrieb in den folgenden Jahren eine Politik, die gleichzeitig auf die Verringerung der Ausländerzahlen (siehe Anwerbestopp) und auf die Integration der sich bereits über einen langen Zeitraum in Deutschland aufhaltenden Gastarbeiter abzielte.¹⁵⁴ Trotz dieses Bekenntnisses zu Integration wurde der Sachverhalt der Einwanderung nach wie vor abgelehnt, weswegen nun mitunter von „Integration auf Widerruf“ oder von „Integration auf Zeit“ gesprochen wurde.¹⁵⁵ Das sozialliberale Bündnis hatte dennoch erkannt, dass eine rechtliche Besserstellung der in Deutschland lebenden Ausländer auf Dauer dem sozialen

150 Vgl. Klee, 1981a, S.52-54

151 Vgl. Klee, 1981a, S.48

152 Vgl. Thränhardt, 1984, S.75 & Funk, 2013d, S.1

153 Vgl. Siehe „Die deutschen Bundestagsergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen“ auf der Internetseite des Deutschen Bundestages, verfügbar unter: https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692 [Zugriff am 21.02.2020]

154 Vgl. Herbert, 1982, S.244

155 Vgl. Herbert, 1982, S.238/245

Frieden zuträglich sein würde, und bewegte sich daher zaghaft in diese Richtung.¹⁵⁶

Auch wenn manche CDU-Politiker wie vor allem der damalige baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger und der damalige bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) schon damals wiederholt versuchten, die in der Gesellschaft schwelende Ausländerfeindlichkeit zu instrumentalisieren,¹⁵⁷ so war die Integrationspolitik dennoch kein bestimmendes Thema im Bundestagswahlkampf 1976. Vielmehr wurde, vor allem auf Seiten der CDU, deren Hauptslogan „Freiheit statt Sozialismus“ lautete, der Fokus darauf gelegt, die politische Konkurrenz in ein schlechtes Licht zu rücken.¹⁵⁸ Die CDU/CSU kam schließlich auf 48,6%, die SPD auf 42,6% und die FDP auf 7,9%,¹⁵⁹ die sozialliberale Koalition wurde jedoch fortgeführt und die CDU/CSU verblieb in der Opposition. Unter der Führung von Bundeskanzler Helmut Schmidt verfolgte die sozialliberale Regierung ihre grundsätzlich integrationsbejahende Vorgehensweise weiter, als zentraler Ideengeber diente unter anderem der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD), der 1978 zum ersten Ausländerbeauftragten der Bundesregierung wurde.¹⁶⁰

Dieser verfasste im Jahr darauf ein Memorandum zum „Stand und Entwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik“. Dieses Memorandum enthielt zahlreiche Vorschläge, die darauf ausgerichtet waren, eine bessere Integration zu ermöglichen (er konstatierte in diesem Zusammenhang auch, dass man die Einwanderung faktisch anerkennen müsse). So empfahl Kühn unter anderem, in der

¹⁵⁶ Vgl. Franz, 1984, S.73

¹⁵⁷ Vgl. Thränhardt, 1984, S.123-124

¹⁵⁸ Vgl. Funke, 2013e, S.1

¹⁵⁹ Vgl. Siehe „Die deutschen Bundestagsergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen“ auf der Internetseite des Deutschen Bundestages, verfügbar unter: https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692 [Zugriff am 21.02.2020]

¹⁶⁰ Vgl. Geißler, 2005, S.19

Bundesrepublik geborenen und aufgewachsenen ausländischen Kindern den Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit zu erleichtern (und im übrigen auch zu Bildung, was durch die späteren Förderprogramme auch teilweise erreicht wurde), das Ausländerrecht zu reformieren, um eine größere Rechtssicherheit für Ausländer gewährleisten zu können sowie unter bestimmten Bedingungen den Ausländern das kommunale Wahlrecht zuzuerkennen.¹⁶¹ Dieses Memorandum wurde in der politischen Öffentlichkeit ausführlich behandelt und von der CDU harsch kritisiert.¹⁶² Tatsächlich wurde das Thema Integrationspolitik nun auch zentral für den CDU/CSU-Wahlkampf für die Bundestagswahl 1980. Ein wichtiger Grund hierfür war unter anderem auch, dass die Fremdenfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft seit Ende der 1970er Jahre wieder massiv angestiegen war.¹⁶³ Als ein Ergebnis der Infas-Umfrage im Vorfeld der Bundestagswahl wurde festgehalten: „Jede Bonner Partei riskiert Konflikte mit vielen Anhängern, wenn sie das Ausländerproblem entschärft und einen Kurs steuert, der neben der Abwehr weiteren Zustroms die notwendige Integration eines erheblichen Teils der jetzigen Gastarbeiter zum Ziel hat“¹⁶⁴. Oppositionspolitiker warnten daher nun umso eifriger vor einer vermeintlichen „Türkenschwemme“¹⁶⁵. In ihrer Bedeutung für den Wahlkampf wurde die integrationspolitische/ausländerpolitische Thematik nur durch die Person des Herausforderers übertrumpft. Die stark polarisierenden, erzkonservativen Ansichten des CSU-Politikers Strauß veranlassten die Regierungsparteien eine „Stoppt Strauß“-Kampagne zu entwerfen.¹⁶⁶ Schlussendlich ließ sich die sozialliberale Koalition abermals fortsetzen (die SPD erzielte 42,9% und die FDP 10,6% wohingegen die CDU/CSU 44,5% und

161 Vgl. Mehrländer, 1984, S.91 & Herbert, 1982, S.245

162 Vgl. Herbert, 1982, S.247

163 Vgl. Mehrländer, 1984, S.95 & Giese, 1984, S.12

164 Vgl. Herbert, 1982, S.249

165 Vgl. Giese, 1984, S.13

166 Vgl. Funke, 2013f, S.1

erstmals angetretenen Grünen 1,5% erreichten¹⁶⁷⁾

Die Stimmung in der Bevölkerung in Bezug auf Ausländer kippte in den Monaten und Jahren nach dieser Wahl jedoch endgültig. Auch die mediale Berichterstattung wurde deutlich fremdenfeindlicher, was den Ton, auch in der SPD, deutlich rauher werden ließ, so sagte Bundeskanzler Schmidt in einem Interview mit der Münsterschen Zeitung am 8.11.1980, dass „der Fokus auf Integration gegen die Interessen unserer Kernwähler geht“, der damalige hessische Ministerpräsident Holger Börner sagte in einem Interview mit der WAZ am 10.07.1981 sogar: „Es kommt, solange ich in Hessen was zu sagen habe, kein Türke mehr ins Land“¹⁶⁸. Die immer intensiver werdende Kritik der CDU/CSU an der Ausländerpolitik der sozialliberalen Regierung trieb mitunter äußerst bizarre Blüten, so erklärte der CSU-Parlamentarier Carl-Dieter Spanger im Bundestag, dass man in der CSU „das Festhalten der Ausländer, wie es jetzt geschieht, für eine Privilegierung der hier lebenden und eine Benachteiligung der anderen Ausländern in den Herkunftsländern“¹⁶⁹ halte. So war die Ausländerpolitik der sozialliberalen Regierung, der „Handlungsunfähigkeit und Versagen bei der Begrenzung des Zuzugs“¹⁷⁰ vorgeworfen wurde, im Wahlkampf der CDU zu der Bundestagswahl 1983 nun auch das dominierende Thema, es wird für eine „neue Ausländerpolitik“ geworben.¹⁷¹ Der christdemokratische Spitzenkandidat Helmut Kohl sagte in diesem Kontext beispielsweise während einer Wahlkampfrede in Dortmund: „Die Zahl der ausländischen Mitbürger muss vermindert werden“¹⁷². Dieser absolute Fokus der Union auf Begrenzungs politik hat laut Thränhardt¹⁷³ „wesentlich zum

167 Vgl. Siehe „Die deutschen Bundestagsresultate seit 1949 – Zweitstimmen“ auf der Internetseite des Deutschen Bundestages, verfügbar unter: https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692 [Zugriff am 21.02.2020]

168 Vgl. Herbert, 1982, S.124

169 Vgl. Herbert, 1982, S.248

170 Thränhardt, 1984, S.125

171 Vgl. Griese, 1984, S.12 & Herbert, 1982, S.261

172 Vgl. Herbert, 1982, S.261 direkt zit. n. FR 203, 03.09.1983

173 Thränhardt, 1984, S.125

Machtwechsel beigetragen“. Die CDU/CSU gebrauchte die Thematik demnach gezielt zum „Machtgewinn und zur Unterminierung der Basis ihrer Gegner“¹⁷⁴ und griff dabei auf etliche Stereotype und Vorurteile (vor allem über Türken) zurück (Frauen würden unterdrückt, die Religion sei brutal, sie seien kriminell).¹⁷⁵ Die CDU/CSU erzielte dieses Mal 48,8%, die SPD 38,2%, die FDP 7% und die Grünen 5,6%.¹⁷⁶ Die FDP ging nach einer vierzehnjährigen Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten eine schwarz-gelbe Koalition ein, was Helmut Kohl zum Bundeskanzler machte. Dieser verkündete nach dem Wahlsieg eine „geistig-moralische Wende“¹⁷⁷ und führte in seiner Regierungserklärung eine Kehrtwende in der Ausländerpolitik als einen von vier Schwerpunkten an.¹⁷⁸ Das im selben Jahr noch erlassene Rückkehrhilfegesetz wurde von Kritikern als erster Ausdruck der neuen „Hau-ab-Politik“¹⁷⁹ angesehen. Der finanzielle Aspekt bei der Rückkehrhilfe fiel jedoch bereits 1984 weg, weswegen das Gesetz letztendlich wenig bewirkte. Entgegen der Erwartungen vieler erlosch das Interesse der CDU/CSU an der Idee der Rückkehrhilfe danach weitestgehend und tatsächlich veranlasste die schwarz-gelbe Koalition in den gesamten 1980er Jahren keine nennenswerten Rechtsverschärfungen für in Deutschland lebende AusländerInnen.¹⁸⁰ Dies ist zum einen auf die Haltung der FDP zurückzuführen, die derartigen Tendenzen einen Riegel vorschoben (so lehnten die beispielsweise eine Senkung des Nachzugsalters ab),¹⁸¹ zum anderen kann aber auch angenommen werden, dass die CDU/CSU die allgegenwärtige gesellschaftliche Debatte um AusländerInnen aus wahltaktischen Gründen zunächst künstlich befeuerte,

174 Thränhardt, 1984, S.126

175 Vgl. Thränhardt, 1984, S.127

176 Vgl. Siehe „Die deutschen Bundestagsresultate seit 1949 – Zweitstimmen“ auf der Internetseite des Deutschen Bundestages

177 Vgl. Funke, 2013g, S.1

178 Vgl. Herbert, 1982, S.261

179 Herbert, 1982, S.254

180Vgl. Mehrländer, 1984, S.93 & Herbert, 1982, S.261

181 Vgl. Herbert, 1982, S.249

später aber den Fokus auf andere Themen legte.¹⁸² Man kann sagen, dass die Heftigkeit der Vorwahl-Rhetorik vor dem Hintergrund der Nachwahl-Taten einen Eindruck von Symbolcharakter hinterlässt.

Im Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1987 wurde der Thematik dann auch nur etwas mehr als eine Seite von insgesamt 66 Seiten gewidmet, und vor allem betont wie wichtig Integration sei und wie verurteilungswürdig Ausländerfeindlichkeit sei. Die CDU/CSU erhielt letztlich 44,3% der Stimmen und die FDP 9,1%, was eine Fortführung der schwarz-gelben Koalition ermöglichte (die SPD erzielte 37%, die Grünen 8,3%).¹⁸³ Es kann trotz der vornehmlich symbolischen Abwehrhaltung gegenüber Ausländern nach 1983 gesagt werden, dass sie den progressiven sozialliberalen Integrationsvorschlägen der vorigen Jahre ein Ende setzte. Unabhängig davon ist es erstaunlich, dass die Bundesregierung sich dem Status 'Einwanderungsland' auch in den 1980er Jahren noch verwehrt,¹⁸⁴ obwohl das Bundesverfassungsgericht bereits 1978 zu dem Urteil gekommen war, dass zahlreiche der in Deutschland lebenden AusländerInnen 'eingewandert' seien und dass der Terminus 'Einwanderung' zur Beschreibung der allgemeinen Situation angemessen sei.¹⁸⁵

Für die Bedeutung der Wahlkampfzeit im Zusammenhang mit der Berichterstattung über und den Interviewaussagen hinsichtlich der Gastarbeiter lässt sich aus diesem Kapitel die Annahme ziehen, dass die Gastarbeiterthematik vermutlich nur im Vorfeld mancher Wahlen (1965, 1980 und 1983) signifikant war und vermutlich nur dann vermehrt behandelt wurde. Genauerem Aufschluss darüber geben die Ergebnisse dieser Arbeit.

¹⁸² Vgl. Thränhardt, 1984, S.125-126

¹⁸³ Vgl. Siehe „Die deutschen Bundestagsergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen“ auf der Internetseite des Deutschen Bundestages, verfügbar unter: https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692 [Zugriff am 21.02.2020]

¹⁸⁴ Vgl. Geißler, 2005, S.20 & Hamburger, 1984, S.64

¹⁸⁵ Vgl. Franz, 1984, S.85

4.2. Meilensteine der deutschen Integrationspolitik zwischen 1955 und 1990

In diesem Unterkapitel soll es vor allem um die (rechtlichen) Schritte gehen, die von der Aufnahmegesellschaft, also Deutschland, unternommen wurden, um die Gastarbeiter und deren Familienangehörige in die deutsche Gesellschaft zu integrieren (viele dieser Schritte sind dabei vor allem auch im Hinblick auf die nachkommenden Generationen unternommen worden).

Dieses Kapitel ist daher insofern unvollständig, als dass es sich allein auf die staatlichen Bemühungen bezieht. Die Folge ist ein einseitiges Bild des historischen Integrationsprozesses, dass sich der Perspektive der Gastarbeiter verschließt und sie damit zu einem gewissen Ausmaß zu Objekten ohne eigenes Urteil macht (was in der Berichterstattung über Gastarbeiter generell häufig kritisiert wurde¹⁸⁶). Für den Forschungsansatz, der sich im Endeffekt der wechselseitigen Beeinflussung von Medien und Politik widmet, ist diese Vorgehensweise jedoch zweckmäßig. In diesem Kapitel werde ich also die wichtigsten staatlichen integrationsbezogenen Maßnahmen aufführen und erklären, die seit dem Beginn der Gastarbeiterbeschäftigung und bis zur deutschen Wiedervereinigung umgesetzt wurden. Dazu zähle ich auch die weitgehende Tolerierung des Familiennachzugs, die als staatliche Position ebenfalls einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration leistete. Weiterhin mögen positive, auf Inklusion abzielende Maßnahmen in dieser Auflistung überwiegen, jedoch besitzt auch das Rückkehrhilfegesetz eine starke Aussagekraft hinsichtlich der dominierenden integrationspolitischen Auffassungen der damaligen Zeit (siehe Seite 32/33) und muss deshalb ebenfalls erwähnt werden. Gerade der Familiennachzug sowie die

¹⁸⁶ Vgl. Müller, 2005, S.90

Rückkehrhilfe waren sehr umstritten¹⁸⁷ und sind somit für den Forschungsansatz und die Beantwortung der Forschungsfragen von zentraler Bedeutung. Nach der Einzelbehandlung der Maßnahmen werde ich im nächsten Kapitel die jeweiligen politischen Kontexte erklären, die zu diesen Maßnahmen führten.

4.2.1. Das Ausländergesetz (AuslG)

Die Anfang der 1960er Jahre weiter klar steigende Ausländerbeschäftigung und die deshalb immer mehr Gewicht bekommende Frage nach der gesetzlichen Regelung des Aufenthalts von Ausländern im Bundesgebiet veranlasste die deutsche Gesetzgebung zur Verabschiedung des Ausländergesetzes (AuslG) am 28. April 1965.¹⁸⁸ Bis zu diesem Zeitpunkt bezog sich das Fremdenrecht erstaunlicherweise noch auf die nationalsozialistische Ausländerpolizeiverordnung von 1938 (APVO), obwohl diese weder mit dem Verfassungsrecht noch mit dem Völkerrecht vereinbar war (eine ironische Note ist in diesem Zusammenhang, dass das AuslG den unerlaubten Aufenthalt im Bundesgebiet teilweise stärker bestrafte als die APVO¹⁸⁹).¹⁹⁰

Der zentrale Punkt des Ausländergesetzes war die Regelung der „Aufenthaltserlaubnis“ (§2 AuslG) und der „Aufenthaltsberechtigung“ (§8 AuslG).¹⁹¹ Die „Aufenthaltserlaubnis“ wurde demnach befristet erteilt, in der Praxis fast ausschließlich nur für ein Jahr, und band den Ausländer an die jeweilige deutsche Firma, die ihn beschäftigte.¹⁹² Diese Handhabung ermöglichte grundsätzlich, dass sich die „Entwicklung der Arbeitskräftezufuhr aus dem Ausland der wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik flexibel

187 Vgl. Griese, 1984, S.13 & Herbert, 1982, S.254

188 Vgl. Herbert, 1982, S.211 & Doebling, 1965, S.480

189 Vgl. Franz, 1981, S.46

190 Vgl. Doebling, 1965, S.479-480

191 Vgl. Doebling, 1965, S.486

192 Vgl. Herbert, 1982, S.212 & Doebling, 1965, S.486

anpassen“¹⁹³ ließ. Die „Aufenthaltsberechtigung“ hingegen konnte nach mindestens fünf Jahren rechtmäßigen Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland unbefristet erteilt werden (wobei es rechtlich zulässig war, beide Aufenthalts-Status mit bestimmten Auflagen zu versehen, so galt beispielsweise für die Erteilung der „Aufenthaltsberechtigung“ die Prämisse, dass man sich in das wirtschaftliche und soziale Leben in Deutschland integriert habe¹⁹⁴).¹⁹⁵ Diese Zweiteilung orientierte sich damals an „einer in völkerrechtlichen Vereinbarungen häufig geübten Praxis“¹⁹⁶. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass der jeweilige Ausländer zu keinem Zeitpunkt einen Rechtsanspruch auf Aufenthalt in der Bundesrepublik hat.¹⁹⁷ Wilfried Röhrich¹⁹⁸ spricht daher bei einer erteilten „Aufenthaltserlaubnis“ fast schon zynisch von einem „Gnadenakt“. Die Ausländerbehörde entschied somit stets im Rahmen ihres Ermessens, was wenig überraschende Folgen hatte. 1971 waren erst 7000 Personen im Besitz der „Aufenthaltsberechtigung“, theoretisch wären jedoch mehr als hundertmal so viele zu dem damaligen Zeitpunkt dafür in Frage gekommen.¹⁹⁹ Grundsätzlich war der Aufenthaltsstatus der Ausländer also nie sonderlich gesichert. Neben konkreten Gründen wie Kriminalität oder der Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung konnte der Aufenthaltstitel auch deshalb entzogen oder nicht verlängert werden, wenn ein weiterer Aufenthalt des Ausländers im Bundesgebiet die „erheblichen Belange der Bundesrepublik Deutschland“ (§10 AuslG) beeinträchtigte.²⁰⁰ Diese Regelung wurde mitunter als willkürlich kritisiert²⁰¹ und illustriert die wenig vorteilhafte Rechtsstellung der Ausländer im Deutschland der 1960er Jahre. So

193 Herbert, 1982, S.211

194 Vgl. Franz, 1981, S.42

195 Vgl. Doebling, 1965, S.486

196 Doebling, 1965, S.486 z. B. Europäisches Niederlassungsabkommen vom 13.12.1955, Art. 3, BGBL. II

197 Vgl. Doebling, 1965, S.486

198 Röhrich, 1982, S.14

199 Vgl. Franz, 1981, S.42

200 Vgl. Doebling, 1965, S.487

201 Vgl. Röhrich, 1982, S.14 & Herbert, 1982, S.212

wird schon in der Begründung des Gesetzesentwurfes zum Ausländergesetz angemerkt, dass Ausländer zu ihrem Aufenthaltsstaat „nicht in einem Treue- und Rechtsverhältnis mit eigenen Rechten und Pflichten“²⁰² stünden. Auch das Bundesverwaltungsgericht entschied 1966, dass „Ausländer nicht in gleichem Maße wie Deutsche der inländischen Rechtsordnung verbunden“²⁰³ seien.

Öffentlich propagierte die Bundesregierung das Ausländergesetz zwar als Symbol einer „liberalen und weltoffenen Fremdenpolitik“²⁰⁴, tatsächlich war es in seiner Ausgestaltung jedoch eher ein Zeichen für die Furcht vor der Möglichkeit der dauerhaften Niederlassung der angeworbenen Gastarbeiter in Deutschland.²⁰⁵ So kann zusammengefasst werden, dass es das eigentliche Ziel des Ausländergesetzes war, „das Gastland und seine Bürger vor dem Ausländer zu schützen“^{206 207}.

4.2.2. Die Arbeitserlaubnisverordnung (AEVO)

Die Arbeitserlaubnisverordnung wurde am 2. März 1971 von der deutschen Gesetzgebung beschlossen und legte zwei verschiedene Arbeitserlaubnistypen fest: die „allgemeine Arbeitserlaubnis“ sowie die „besondere Arbeitserlaubnis“.²⁰⁸

Nach §1 konnte die „allgemeine Arbeitserlaubnis“ für eine „bestimmte berufliche Tätigkeit in einem Betrieb oder ohne Beschränkung auf eine bestimmte berufliche Tätigkeit und ohne Beschränkung auf einen bestimmten Betrieb“ erteilt werden (die Erteilung hing jedoch von der Lage des Arbeitsmarktes ab). Nach §4 wurde dieser Typ der Arbeitserlaubnis auf

202 Doebling, 1965, S.481

203 BVerwGE 22, 66/71 direkt zit. n. Franz, 1981, S.38

204 Franz, 1981, S.41

205 Vgl. Franz, 1981, S.41

206 Franz, 1981, S.39

207 Vgl. Franz, 1981, S.39 & Doebling, 1965, S.488

208 Vgl. Herbert, 1982, S.226

längstens drei Jahre befristet. Die „besondere Arbeitserlaubnis“ konnte nach §2 unabhängig von der Lage des Arbeitsmarktes erteilt werden, wenn in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Arbeitserlaubnis einer unselbstständigen Tätigkeit rechtmäßig nachgegangen wurde (eine zwischenzeitliche Spanne der Arbeitslosigkeit wurde toleriert, solange diese nicht die Dauer von drei Monaten überschritt). Nach §4 wurde dieser Typ der Arbeitserlaubnis auf fünf Jahre befristet, konnte aber auch unbefristet erteilt werden, sofern sich die entsprechende Person seit zehn Jahren im Geltungsbereich dieser Verordnung bewegt hatte. Der Geltungsbereich beider Arbeitserlaubnistypen variierte, da nach §3 das die Arbeitserlaubnis erteilende Arbeitsamt diesen nach Belieben einschränken konnte.²⁰⁹

Im Mai 1972 waren schon 40% der Gastarbeiter im Besitz der „besonderen Arbeitserlaubnis“ (die Italiener nicht mit eingerechnet, da diese als EWG-Ausländer ohnehin von Restriktionen bei der Erteilung der Arbeitserlaubnis ausgenommen waren).²¹⁰ Grundsätzlich kann somit gesagt werden, dass die AEVO die arbeitsrechtliche Stellung der Gastarbeiter verbesserte (sie waren jetzt nicht mehr an die Betriebe gebunden) und vor allem auch ein Schritt darstellte, der die Gastarbeiter weiter in die deutsche Arbeitswelt integrierte.

4.2.3. Der Familiennachzug seit dem Anwerbestopp

Am 23. November 1973 tritt der Anwerbestopp in Kraft. Da laut Artikel 6 des GG die Familie unter dem besonderen Schutz des Staates steht, war es den Gastarbeitern (sofern sie einige wenige Auflagen erfüllten (siehe letztes Kapitel) möglich, ihre Kinder und Ehefrauen nach Deutschland zu holen. Die

209 Siehe „Verordnung über die Arbeitserlaubnis für nichtdeutsche Arbeitnehmer“, verfügbar unter: [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=/*\[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27\]#_bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl171s0152.pdf%27%5D__1586004583644](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=/*[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27]#_bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl171s0152.pdf%27%5D__1586004583644) [Zugriff am 05.02.2020]

210 Vgl. Herbert, 1982, S.226

(Beibehaltung der) Billigung dessen (zwar waren auch schon zuvor Ehegatten und Kinder nachgezogen, jedoch nur sehr wenige) kann als Teil der Einsicht gedeutet werden, dass die angeworbenen Gastarbeiter eben doch keine Objekte sondern Menschen sind und waren (die anfängliche Fehleinschätzung wird durch den berühmten Satz von Max Frisch „Man hat Arbeitskräfte gerufen und es kommen Menschen“ gut illustriert).

4.2.4. Die Vereinbarung „Unterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer“ als Beschluss der Kultusministerkonferenz 1976

Diese Vereinbarung vom 25. November 1976 ist vor allem deshalb maßgeblich, da sie explizit betont, dass die Verantwortung für die Schulbildung der ausländischen Kinder in Deutschland beim deutschen Staat liegt. Diese Vereinbarung unterstrich, dass die deutsche Schulpflicht auch für ausländische Kinder gilt und dass es das Ziel sein muss, diese in Regelklassen zu integrieren. Dafür müssten die deutschen Schulen für Kinder, die sich mit der deutschen Sprache schwer tun, auch eigene Vorbereitungsklassen anbieten.²¹¹ In den Jahren zuvor wurde die Schulbildung der ausländischen Kinder vor allem ausländischen Regierungsstellen überlassen. Zwar bestand damals schon das Ziel einer Integration in den regulären Schulbetrieb, jedoch lernten die Kinder an diesen „nationalen Ersatzschulen“²¹² auf ihrer Muttersprache Deutsch, was auch die Kultusministerkonferenz 1971 noch unterstützte,²¹³ obwohl es kaum funktionierte. Tatsächlich wurden die Vorbereitungsklassen so mitunter zu „verewigten Einführungsklassen“²¹⁴, in denen die Kinder teilweise mehrere

211 Vgl. Lauff, 1982, S.373-374

212 Diamant, 1981, S.79

213 Vgl. Diamant, 1981, S.70

214 Diamant, 1981, S.79

Jahre verharren.²¹⁵ Der Plan der Integration der Gastarbeiter-Kinder in deutsche Schulen wurde zwar von allen Behörden einmütig akzeptiert, jedoch mangelte es am Umsetzungswillen und auch an geeigneten Instrumenten, da es bis 1970 keine Statistiken über Gastarbeiterkinder unter 16 Jahren gab, da diese keine Aufenthaltserlaubnis benötigten.²¹⁶ Es ist bezeichnend, dass unter anderem die Furcht vor ausländischer Propaganda (vor allem von der griechischen Junta) und radikalisierten Kindern dazu führte, sich mehr um die Belange der Gastarbeiterkinder zu kümmern.²¹⁷

4.2.5. Die vierte Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung

Die vierte Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung vom 29. August 1978 mag auf den ersten Blick unspektakulär wirken, enthält mit der Änderung des zweiten Absatzes von §4 jedoch eine entscheidende Neuerung. Die unbefristete „besondere Arbeitserlaubnis“ musste demnach erteilt werden, sofern sich die entsprechende Person seit acht Jahren im Geltungsbereich dieser Verordnung bewegt hatte.²¹⁸

Demnach konnte die Behörde nun in diesem Fall nicht „im Rahmen ihres Ermessens“ handeln, sondern sah sich dazu verpflichtet, sie bei erfüllten Kriterien zu erteilen. Somit ergab sich de facto ein Rechtsanspruch.²¹⁹ Aus diesem Grund verfügten 1983 bereits vier Fünftel der ausländischen Arbeitnehmer über eine „besondere Arbeitserlaubnis“, zwei Drittel davon besaßen sogar eine unbefristete.²²⁰

215 Vgl. Diamant, 1981, S.79

216 Vgl. Diamant, 1981, S.69-70

217 Vgl. Diamant, 1981, S.58

218 Siehe „Vierte Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung“,

[https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=/*\[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27\]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl178s1531.pdf%27%5D__1586006232544](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=/*[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl178s1531.pdf%27%5D__1586006232544) [Zugriff am 05.02.2020]

219 Vgl. Köhl, 1987, S.39

220 Vgl. Köhl, 1987, S.30

4.2.6. Die Neuregelung der Verwaltungsvorschrift zum AuslG

Die Neuregelung der Verwaltungsvorschrift zum AuslG wurde am 7. Juli 1978 beschlossen und trat am 1. Oktober 1978 in Kraft. Diese legte fest, dass nach fünf Jahren rechtmäßigen Aufenthalts eine unbefristete „Aufenthaltserlaubnis“ und nach acht Jahren eine „Aufenthaltsberechtigung“, die eine „besonders gesicherte Rechtsposition verleihe“²²¹, erteilt werden musste.²²² Die beiden im Ausländergesetz vorgesehenen Aufenthaltstitel wurden somit massiv aufgewertet und mit Rechtsansprüchen versehen (wie auch in der vierten Verordnung zur Änderung der AEVO). Das Bundesverfassungsgericht bestätigte die Richtigkeit dieser Änderung: „Bei der bisher üblichen Befristung der Aufenthaltserlaubnis muss ... die Möglichkeit ins Auge gefasst werden, dass der betroffene Ausländer sich darauf einstellt, die Aufenthaltserlaubnis werde auch künftig ohne weiteres verlängert werden ... Für die Begründung der Ablehnung des Verlängerungsantrags genügt dann nicht mehr die allgemeine Begründung die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland und Grundsätze der Entwicklungshilfepolitik stünden einem weiteren Verbleib des Ausländers im Bundesgebiet entgegen“²²³.

221 Müller, 1982, S.267

222 Vgl. Müller, 1982, S.267 & Franz, 1984, S.84

223 BVerfGE 49, 168 [186] direkt zit. n. Franz, 1984, S.85

4.2.7. Die Beschlüsse der Bundesregierung zur „Weiterentwicklung der Ausländerpolitik“

Am 19. März 1980 beschloss die Bundesregierung eine Reihe von Förderprogrammen, die an die zweite und dritte Gastarbeitergeneration gerichtet waren. Darunter die „Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer“ (MBSE), die vornehmlich die deutschen Sprachkenntnisse verbessern sollten und etwa 15 000 Teilnehmer pro Jahr verzeichnen konnten, das „Programm des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft für die Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen“, welches „lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche“²²⁴ nach der Absolvierung einer berufsvorbereitenden Maßnahme wie zum Beispiel der „MBSE“ bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unterstützen sollte sowie das „Modellprogramm zur Förderung der Ausbildung von ausländischen Jugendlichen in anerkannten Ausbildungsberufen“, das den Teilnehmern dabei helfen sollte, ihre Berufsausbildung auch tatsächlich abzuschließen.²²⁵

Diese Programme zielten darauf ab, den ausländischen Jugendlichen dabei zu helfen, den Übergang von der Schule in die Berufswelt zu schaffen und sollten daher als arbeitsmarktbezogene Integrationsmaßnahme verstanden werden.

4.2.8. Die fünfte Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung

Die fünfte Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung vom 30. Mai 1980 ließ durch die Änderung des zweiten Absatzes des §2 die vorübergehende Arbeitsmarktzugangssperre (für die durch den

224 Zedler, 1982, S.130

225 Vgl. Zedler, 1982, S.130-133

Familiennachzug nachgekommenen Personen) für Azubis, Absolventen zehnmonatiger berufsorientierender Kurse und für Kinder mit abgeschlossener Schulbildung oder Berufsausbildung entfallen. Diese Änderung zielte wie die Förderprogramme darauf ab, die deutsche Arbeitswelt für die zweite Generation, für die Kinder der Gastarbeiter zu öffnen.²²⁶

4.2.9. Die sechste Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung

Die sechste Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung vom 24. September 1981 legte durch die Einfügung des zweiten Absatzes des §1 die Wartezeiten für den erstmaligen Arbeitsmarktzugang auf vier Jahr für Ehepartner und auf zwei Jahre für Kinder fest.²²⁷ Die frühere Stichtagsregelung wurde in der Praxis schon 1978 durch Wartezeiten ersetzt, jedoch waren diese bis zu diesem Zeitpunkt uneinheitlich umgesetzt worden.²²⁸

4.2.10. Das Rückkehrhilfegesetz (RückHG)

Das Rückkehrhilfegesetz wurde am 28. November 1983 beschlossen und trat am selben Tag in Kraft. Kern des Gesetzes war es, arbeitslose Ausländer mithilfe von finanzieller Unterstützung zu einer Rückkehr in ihre Heimatländer zu bewegen. So erhielt jeder zwischen dem 30. Oktober 1983 und dem 30. Juni 1984 arbeitslos gewordene Ausländer, der sich dazu entschloss zurückzugehen, 10 500 D-Mark sowie 1 500 D-Mark pro Kind, dass er mitnahm. Mehrere Zehntausend Menschen verließen Deutschland auf diesem Weg, 90 Prozent von

226 Siehe „Fünfte Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung“, [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//*\[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27\]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl180s0638.pdf%27%5D__1581024452004](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//*[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl180s0638.pdf%27%5D__1581024452004) [Zugriff am 05.02.2020]

227 Siehe „Sechste Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung“, [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//*\[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27\]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl181s1042.pdf%27%5D__1581024264889](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//*[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl181s1042.pdf%27%5D__1581024264889) [Zugriff am 06.02.2020]

228 Vgl. Franz, 1982, S.73

ihnen waren Türken.²²⁹

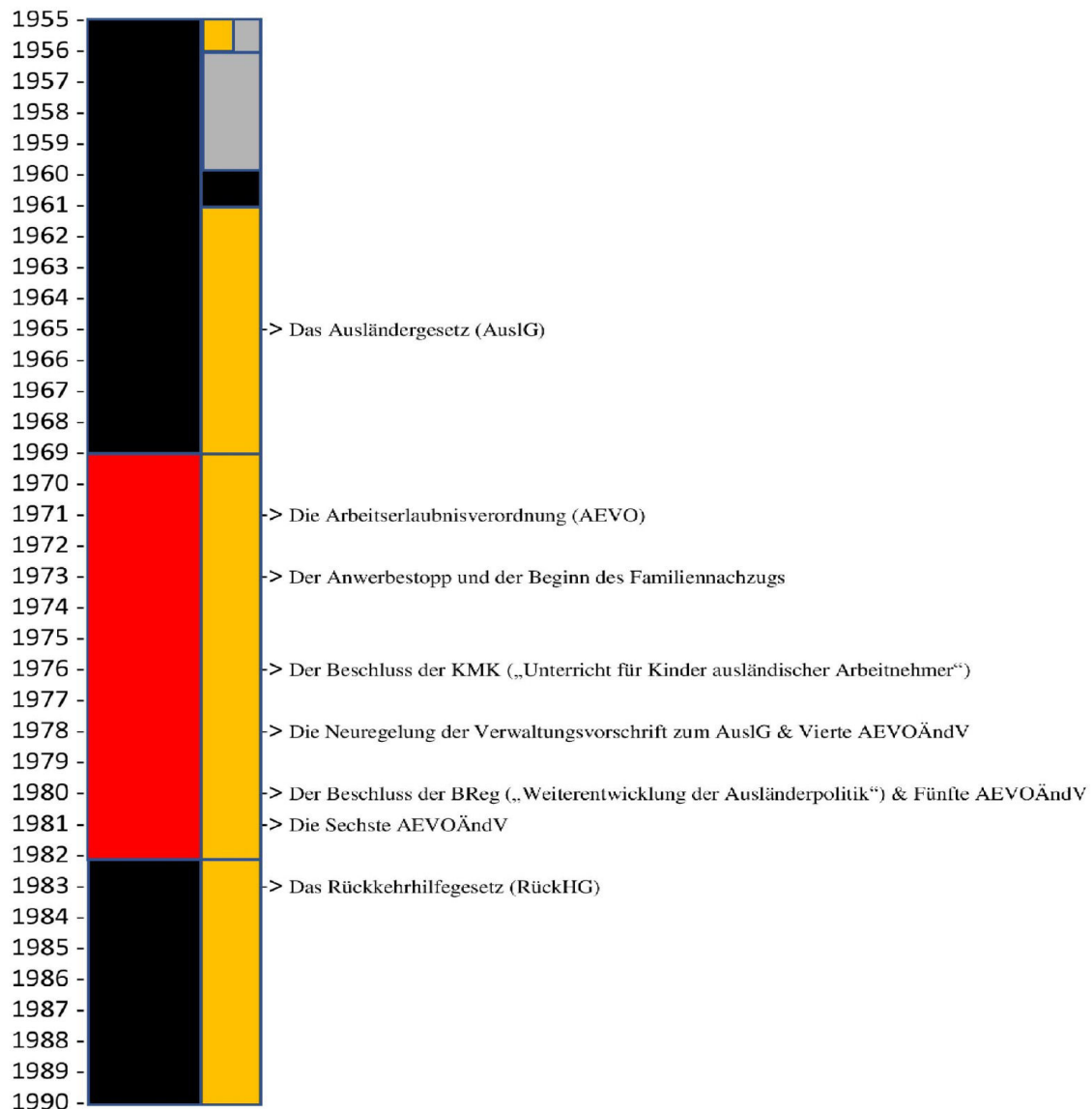
4.3. Zwischenfazit zu Kapitel 4

Anzumerken ist, dass die soeben angeführten integrationsbezogenen Maßnahmen alle in einer vergleichsweise kurzen Zeitspanne getroffen wurden, nämlich innerhalb von 18 Jahren (1965-1983). Da der Untersuchungszeitraum insgesamt 35 Jahre (1955-1990) umfasst, kann gesagt werden, dass die (weitere) Integration der Gastarbeiter in Deutschland nicht durchgängig ein Teil der politischen Agenda war. Das korrespondiert mit der in Kapitel 4.1. angesprochenen Tatsache, dass der Aufenthalt von Gastarbeitern in der Bundesrepublik in Wahlkämpfen vor 1965 und nach 1983 de facto keine Rolle spielte.

Grundsätzlich können die Maßnahmen in drei verschiedene Kategorien eingeteilt werden, da sie entweder den Aufenthalt (Ausländergesetz, Familiennachzug, Neuregelung der Verwaltungsvorschrift zum AuslG, Rückkehrhilfe), den Arbeitsmarktzugang (Arbeitserlaubnisverordnung, vierte, fünfte und sechste Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung [AEVOÄndV]) oder die Ausbildung (Beschluss der Kultusministerkonferenz von 1976, Beschlüsse der Bundesregierung) der Gastarbeiter betrafen. Ein nicht zu vernachlässigender Aspekt ist weiterhin, dass bis auf das Ausländergesetz und die Rückkehrhilfe (für die jeweils Koalitionen aus CDU/CSU und FDP verantwortlich zeichneten) und den Beschluss der Kultusministerkonferenz von 1976, welcher sich in das Koalitionsschema nicht einordnen lässt, sämtliche Maßnahmen von sozialliberalen Regierungen getroffen wurden.

²²⁹ Vgl. Köhl, 1987, S.27 & Mehrländer, 1984, S.93 & Griese, 1984, S.13

Regierungskoalitionen und Integrationsmaßnahmen in der BRD (1955-1990)



Farblegende:

Schwarz = CDU

Rot = SPD

Gelb = FDP

Grau = heute nicht mehr existierende Parteien (FVP und DP)

Abbildung 5: Regierungskoalitionen und Integrationsmaßnahmen in der BRD (1955-1990)²³⁰

²³⁰ Eigene Darstellung

Das obige Schaubild veranschaulicht diese integrationspolitisch höhere Aktivität der sozialliberalen Regierungen im Vergleich zu schwarzgelben (und sonstigen) Regierungen.

5. Medien

Kapitel 5 behandelt nun vorwiegend Themen, welche auf den ersten Blick vor allem für die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft zentral sind, die jedoch auch in der Politikwissenschaft unverzichtbar sind. Die Funktionsweisen der Medien zu verstehen, heißt nämlich gleichzeitig einen bedeutenden Faktor für den politischen Prozess zu entschlüsseln. Auf den folgenden Seiten wird dementsprechend unter anderem beschrieben, wie die Medien PolitikerInnen und BürgerInnen gleichermaßen beeinflussen können und somit in der Lage sind eine nicht unerhebliche indirekte Rolle bei der Politikgestaltung im Allgemeinen und bei der Gestaltung der Integrationspolitik im Speziellen zu spielen.

5.1 Die Funktionen und die Funktionsweisen der Medien

Grundsätzlich liegt das besondere Merkmal der Massenmedien darin, dass sie den Rahmen, in welchem menschliche Kommunikation stattfindet, massiv erweitern beziehungsweise erweitert haben. Die zeitlichen und räumlichen Grenzen menschlichen Ausdrucks- und Interaktionsvermögens wurden durch die Medien erheblich ausgeweitet.²³¹

²³¹Vgl. Schulz, 2011, S.79-81

Dadurch konnte ein öffentlicher Raum, ein öffentliches Forum, eine öffentliche Plattform (wie auch immer man es bezeichnen möchte) entstehen, der/das/die es allen Menschen in einer staatlichen Einheit (mitunter aber auch darüber hinaus) ermöglicht, zusammen Themen zu verhandeln, die die Allgemeinheit betreffen.²³² In diesem Zuge werden auch „soziale und kulturelle Distanzen“²³³ überwunden, da alle Bevölkerungsschichten und -gruppen teilhaben können und Zugang haben (wobei dieser Zugang im Einzelfall natürlich auch an bestimmte Ressourcen geknüpft ist).²³⁴ Neben anderen Kernfunktionen und -leistungen der Medien, denen ich mich in diesem Abschnitt widmen werde, kann in diesem Zusammenhang von den Medien auch als integrationsfördernde Einrichtung im politischen System gesprochen werden (soweit zumindest die Theorie, auch auf negative Effekte diesbezüglich wird später noch eingegangen).²³⁵

Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass die Medien eine (politische) Öffentlichkeit herstellen, welche den Bürgerinnen und Bürgern einen Zugang zu (politisch-relevanten) Informationen verschafft, mithilfe derer sie sich eine eigene Meinung bilden können.²³⁶ Aus diesem Grund stellen Medien (genauer gesagt freie Medien, die nicht von den Willen der politischen Verantwortlichen beeinflusst werden) eine verbindliche Voraussetzung für eine Demokratie dar, da sie herrschaftskritisches Denken vermitteln und die Bürgerinnen und Bürger über das Gewicht ihrer vereinten Stimmen am politischen Prozess teilhaben lassen.²³⁷

Abgesehen von der von ihnen kreierten (politischen) Öffentlichkeit, wählen die Medien die Themen über die sie berichten möchten selbst aus und schreiben

232Vgl. Sarcinelli, 2011, S.33/80 & Schulz, 2011, S.54/80/81/123

233 Schulz, 2011, S.80/81

234Vgl. Baumann et al., 2011, S.1 & Schulz, 2011, S.80/81

235Vgl. Baumann et al., 2011, S.1

236Vgl. Sarcinelli, 2011, S.11/37/38 & Baumann et al., 2011, S.1 & Schulz, 2011, S.78/123/157

237Vgl. Mazzoleni & Schulz, 1999, S.250 & Sarcinelli, 2011, S.38 & Schulz, 2011, S.44/54

ihnen unterschiedlich viel Relevanz zu.²³⁸ Aus diesem Prozess ergibt sich dann auch eine „Themenrangfolge der Medienagenda“²³⁹. Die Auswahl der Themen vonseiten der Medien nennt sich 'Agenda-Setting' und die variierende Beimessung von Bedeutung zu diesen Themen und die daraus entstehende Rangfolge der Themen 'Second-Level Agenda-Setting'.²⁴⁰

In diesem Kontext spielt die Eigenständigkeit der Medien eine große Rolle. Da Medienhäuser (mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen wie zum Beispiel ARD und ZDF) vor allem auch im kommerziellen Sinne erfolgreich sein möchten, ist die mediale Berichterstattung auch darauf ausgerichtet, sich Thematiken zu widmen, für die in der Bevölkerung viel Interesse besteht (zum einen lässt sich so der immer weiter wachsende Unterhaltungsanteil an der medialen Berichterstattung begründen, der sich parallel zu einem gesellschaftlichen Trend vollzieht: das Interesse an Politik sinkt, die Nachfrage nach Unterhaltungsangeboten steigt (vor allem bei jungen Menschen)).²⁴¹

Allein die Tatsache, dass die mediale Aufarbeitung von relevanten und weitreichenden Informationen mitunter zugunsten von vermeintlich interessanten aber inhaltlosen Informationen vernachlässigt wird, führt dazu, dass die Medien die Realität zu einem bestimmten Grad verzerren.²⁴² Andere Faktoren, die den Nachrichtenwert beeinflussen, werde ich im nächsten Abschnitt noch genauer beleuchten. Dennoch beruht der Prozess der Nachrichtenschaffung nicht ausschließlich auf einem rationalen Gerüst. In diesem Zusammenhang muss ebenfalls beachtet werden, dass Journalistinnen und Journalisten ihren eigenen Vorstellungen, Ansichten und Erfahrungen (was gewollt oder ungewollt zu Stereotypisierungen führt) gemäß Nachrichten und

238Vgl. von Gross, 2008, S.284 & Leiner, 2016, S.6/25 & Fawzi, 2014, S.449 & Schulz, 2011, S.146-149

239 Von Gross, 2008, S.284

240Vgl. Leiner, 2016, S.6

241Vgl. Schulz, 2011, S.38 & Sarcinelli, 2011, S.11

242Vgl. Hoffmann-Riem, 2000, S.123 & Fawzi, 2014, S.442

Ereignisse auswählen und aufbereiten.²⁴³ Tatsächlich fließt die persönliche politische Ausrichtung der JournalistInnen also in ihre Arbeit mit ein. Die Realität wird also basierend auf den Meinungen von Medienangehörigen gefiltert.²⁴⁴ Interessanterweise zeigen Umfragen, dass diese Meinungen oft sowohl von der Bevölkerungsmeinung als auch von Meinung von Expertinnen und Experten abweichen.²⁴⁵

Diese journalistische Interpretation von Sachverhalten und die daran anknüpfende Stoßrichtung des medialen Inhalts wird in der Publizistik und Kommunikationswissenschaft als 'Framing' bezeichnet (so kann ein Ereignis je nach Deutung mit einem negativen oder mit einem positiven Rahmen versehen, 'geframed' werden). Konkret werden dabei einem Thema bestimmte Objekte, Sub-Themen et cetera zugeteilt werden, es wird also ein Assoziationsmuster geschaffen.²⁴⁶

'Frames' sind aber vor allem auch für den politischen Diskurs und das Policymaking essentiell. Je nachdem wie dominant die Rolle ist, die 'frames' in der politischen Debatte spielen, kann es zwischen den konkurrierenden Parteien entweder zu 'policy disagreements' oder zu 'policy controversies' kommen.²⁴⁷

'Policy disagreements' können dabei durch die Situation betreffende Fakten gelöst werden, 'policy controversies' aber nicht, da hier die verschiedenen 'frames' nicht darin übereinstimmen, welche Fakten überhaupt relevant (beziehungsweise relevanter) sind und welche nicht.²⁴⁸

'Frames' werden schließlich beschrieben als „a particular way of representing knowledge, and as the reliance on (and development of) interpretative schemas that bound and order a chaotic situation, facilitate interpretation and provide a

243Vgl. Schulz, 2011, S.76/77/100

244Vgl. Mazzoleni & Schulz, 1999, S.251

245Vgl. Schulz, 2011, S.100

246Vgl. Leiner, 2016, S.6 & Fawzi, 2014, S.443

247 Vgl. Schön & Rein, 1994, S.3-4

248 Vgl. Schön & Rein, 1994, S.4

guide for doing and acting“²⁴⁹. 'Frames' werden also dazu gebraucht, um die Realität der eigenen Sichtweise entsprechend zu strukturieren und darauf aufbauend Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

Schön und Rein unterscheiden in der politischen Sphäre grundsätzlich zwischen zwei verschiedene Arten von 'frames': 'rhetorical frames' und 'action frames'. Während 'rhetorical frames' dazu dienen, das eigene Argument in einer politischen Debatte zu stärken und Überzeugungsarbeit zu leisten, werden 'frames' die konkreten gesetzlichen Bestimmungen, Regulationen, Prozeduren etc. implizit zugrunde liegen als 'action frames' bezeichnet. 'Action frames' werden dabei nochmal unterteilt in 'policy frames', 'institutional action frames' und 'metacultural frames'.²⁵⁰

Gerade die Verbindung von Vorstellung ('thought') und Handlung ('action') ist dabei ein wesentliches Merkmal von 'policy frames'.²⁵¹ Institutionelle AkteurInnen verwandeln dementsprechend spezifische, konkrete Situationen mithilfe von 'frames' in 'policy problems', für die sie gleichzeitig Lösungen anbieten.²⁵²

'Institutional action frames' sind dagegen eine Art allgemeiner Überbau der 'policy frames', die sich aus ihnen ableiten. 'Institutional action frames' werden im Gegensatz zu 'policy frames' ausschließlich von institutionellen Kollektiven getragen und beinhalten laut Schön und Rein „families of related frames“²⁵³. Hier werden also verschiedene aber verwandte 'frames' zu einem 'Frame'-Gerüst zusammengeführt.²⁵⁴

'Institutional action frames' wiederum sind ein Ausdruck der sogenannten 'metacultural frames'. Diese bestehen aus „broad, culturally shared systems of

249 Laws & Rein, 2003, S.173

250 Vgl. Schön & Rein, 1994, S.32-33

251 Vgl. Laws & Rein, 2003, S.174

252 Vgl. Schön & Rein, 1994, S.33

253 Schön & Rein, 1994, S.33

254 Vgl. Schön & Rein, 1994, S.33

belief²⁵⁵, also aus allgemeinen kulturellen Glaubenssystemen. Als Beispiel nennen Schön und Rein die Frage, ob eine Gesellschaft sich eher darauf konzentrieren solle Kriminelle hart zu bestrafen ('nature') oder darauf, Umstände die zu einer hohen Wahrscheinlichkeit zu Kriminalität führen zu beseitigen ('nurture').²⁵⁶

Grundsätzlich bilden 'frames' die Realität also nicht nur ab, sondern sie erschaffen auch eine eigene,²⁵⁷ indem sie bestimmte Aspekte der Realität entweder überbetonen oder unterbetonen²⁵⁸. De Bruijn veranschaulicht dies, indem er rhetorisch fragt, ob Familiennachzug als 'family reunification' (Familien-Wiedervereinigung) oder als 'chain migration' (Kettenmigration) gewertet werden sollte.²⁵⁹ Während der erste Ausdruck positiv konnotiert ist, ist der zweite Ausdruck negativ konnotiert. Weiterhin werden von PolitikerInnen oft auch Metaphern in 'Frames' eingebaut, um die eigene Vorstellung weiter zu untermauern und um die eigenen strategischen Ziele noch besser untermauern zu können.²⁶⁰ Ein Beispiel für eine Metapher, die als Teil eines 'Frames' verwendet wird, ist beispielsweise der Begriff 'Flüchtlingswelle', um die in den letzten Jahren gestiegene Immigration in die europäischen Staaten zu beschreiben. Menschen werden dadurch, so die Süddeutsche Zeitung, zu einer Naturkatastrophe gemacht.²⁶¹

Dies ist im Übrigen ein gutes Beispiel für einen 'rhetorical frame', der von der Gefahr die von Flüchtlingen ausgeht, überzeugen soll.

Da die sogenannte 'öffentliche Meinung', auf die ich im Kapitel 5.4. noch näher eingehen werde, wichtig für die spätere Durchsetzung von policies ist, stellen

255 Schön & Rein, 1994, S.34

256 Vgl. Schön & Rein, 1994, S.34

257 Vgl. De Bruijn, 2019, S.11

258 Vgl. De Bruijn, 2019, S.17

259 Vgl. De Bruijn, 2019, S.13

260 Vgl. Brugman et al., 2017, S.184

261 Vgl. Biazza, 2018, S.1, verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/framing-check-fluechtlingswelle-wenn-menschen-zur-naturkatastrophe-werden-1.4038753> [16.10.2020]

natürlich auch 'rhetorical frames' ein geeignetes Instrument dar, um spätere policies umzusetzen, indem sie öffentliche Unterstützung generieren (können). PolitikerInnen profitieren dabei von dem Bedürfnis der BürgerInnen, die von ihnen erlebte Wirklichkeit zu verstehen („making sense of the reality they experience“²⁶²) und nehmen ihnen dabei die Arbeit ab, diese selbst zu interpretieren.

'Frames' sind jedoch nicht nur Instrumente um bestimmte Interessen durchzusetzen, muss doch angemerkt werden, dass auch die Interessen von 'frames' beeinflusst werden.²⁶³

Grundsätzlich wird ein bestimmtes Thema oder ein Ereignis vor allem dann 'geframed', wenn es genügend Aufmerksamkeit in der Medienwelt erhält (weil es dann zwangsläufig als wichtig wahrgenommen wird). Woran aber liegt es, dass manche Themen und Ereignisse mehr Aufmerksamkeit bekommen als andere? Dieser Frage widmet sich das anschließende Kapitel.

²⁶²Laws & Rein, 2003, S.202

²⁶³Vgl. Schön & Rein, 1994, S.29

5.2. Die Determinanten des Nachrichtenwertes

Zunächst gilt es festzulegen, was der 'Nachrichtenwert' überhaupt ist: Uhlemann definiert ihn als einen „Indikator dafür, welche Nachrichtenfaktoren den journalistischen Realitätshypothesen entsprechen“²⁶⁴. Das heißt, der Wert einer Nachricht ist immer eine subjektive Einschätzung derjenigen JournalistInnen, welche die Nachricht verarbeiten beziehungsweise aufbereiten.²⁶⁵ Daher gilt, dass „je mehr eine Meldung dem entspricht, was Journalisten für wichtige und mithin berichtenswerte Eigenschaften der Realität halten, desto größer ist ihr Nachrichtenwert“²⁶⁶. Die jeweiligen Selektionskriterien der JournalistInnen (die sich durchaus auch verändern können) sind für die Nachrichtenentwicklung also entscheidend.²⁶⁷ Grundlage für diesen Auswahlprozess sind vor allem Nachrichtenfaktoren, Eigenschaften „die ein Ereignis besitzt, die ihm innewohnen und die seine Wahrscheinlichkeit, eine Nachricht zu werden, steigern“²⁶⁸. Manche Ereignisse sind demnach für die JournalistInnen (in bestimmten situativen Kontexten (!)²⁶⁹) 'wertvoller' als andere, da sie bestimmte Eigenschaften besitzen, die das öffentliche Interesse für sie größer werden lassen. Alles was behandelt wird, soll 'newsworthy' sein.²⁷⁰ In diesem Kontext gibt es viele verschiedene Faktoren, die eine Rolle spielen. Laut Östgaard²⁷¹ sollten Nachrichten (und daher auch soweit es geht die zugrundeliegenden Ereignisse) nicht komplex sondern einfach sein, da sie so schneller verstanden und verbreitet werden können. Zudem stimuliert Konflikt, Spannung, Drama

264 Uhlemann, 2012, S.37

265 Vgl. Kepplinger, 2011, S.61

266 Kepplinger, 2011, S.61

267 Vgl. Kepplinger, 2011, S.62

268 Sande, 1971, S.222 zit. n. Uhlemann, 2012, S.34

269 Vgl. Kepplinger, 2011, S.66-67

270 Vgl. Uhlemann, 2012, S.30

271 Östgaard, 1965 zit. n. Uhlemann, 2012, S.30/31

usw., also eine gewisse emotionale Aufwühlung und Aufregung, das Interesse bei den Rezipientinnen und Rezipienten, 'Sensationalismus' ist neben dem bereits angesprochenen Faktor 'Identifikation' also förderlich für den Nachrichtenwert.²⁷² Hinzu kommt auch, dass Ereignisse, über die schneller berichtet werden kann, einen 'Vorsprung' gegenüber Ereignissen haben, für die viel Recherche betrieben werden muss, um sie im Rahmen einer Nachricht zu behandeln.²⁷³ Der Zeitdruck bezüglich der Produktion von neuen Nachrichten führt hier also zu einer Bevorzugung von weniger komplexen Thematiken.

Diese Einflussfaktoren können auch dazu führen, dass eigentlich verhältnismäßig unwichtige Ereignisse medial extrem aufgebauscht und bahnbrechende Ereignisse fast keine Beachtung finden.²⁷⁴

Die grundlegendste Erkenntnis im Bezug auf den Wert von Nachrichten ist jedoch, dass negative Nachrichten in der medialen Berichterstattung dominieren. Tatsächlich werden diese mehr rezipiert als positive Nachrichten.²⁷⁵

Das liegt daran, dass negative Geschehnisse in der Regel kurzlebiger sind als erfreuliche Geschehnisse, dass sie leichter zu deuten sind und dass sie als überraschender aufgefasst werden.²⁷⁶ Aus diesem Grund hat man mitunter das Gefühl, dass der Weltuntergang bevorsteht, wenn man sich die Schlagzeilen von bestimmten Zeitungen anschaut. Weiterhin stoßen auch Nachrichten, die die Lebenswelt der Mehrheitsgesellschaft betreffen (siehe Identifikation), auf größeren Anklang als Nachrichten, die die Lebenswirklichkeit gesellschaftlicher Minderheiten thematisieren (der Grund hierfür liegt darin, dass das Interesse der Menschen für mediale Inhalte steigt, wenn diese Thematiken aufgreifen, die sie aus ihrem eigenen Leben kennen). Diese „Erhöhung des Nachrichtenwertes

272Vgl. Uhlemann, 2012, S.30/31 & Hoffmann-Riem, 2000, S.111/112

273Vgl. Uhlemann, 2012, S.31

274Vgl. Donges & Jarren, 2017, S.170

275Vgl. Leiner, 2016, S.33 & Baumann et al., 2011, S.2 & Schulz, 2011, S.38/70

276Vgl. Uhlemann, 2012, S.33

durch Identifikation²⁷⁷ erfolgt vor allem dann, wenn die in den Medieninhalten dargestellten Ereignisse von den Menschen als ihnen 'nah' wahrgenommen werden (diese Perzeption verfestigt sich umso mehr, wenn 'peers' Betroffene sind, eine anderweitige kulturelle, politische oder geographische Verbundenheit zur Thematik besteht, oder wenn es sich um einen besonders emotionalisierenden Beitrag handelt).²⁷⁸

Interesse leitet sich also aus Identifikation und beigemessener Bedeutung ab, weshalb die Nachrichten eher auf die Mehrheitsgesellschaft zugeschnitten sind als auf einzelne Teilgruppen. Nun kann diese Identifikation, Vertrautheit und dieses Interesse aber durchaus auch von den Medien erst geschaffen werden. Das beste Beispiel hierfür ist die wiederkehrende Berichterstattung über Personen des öffentlichen Lebens (man denke an berühmte Schauspielerinnen und Schauspieler). Durch die Präsenz dieser in den Medien kommt es zu sogenannten „parasozialen Beziehungen“²⁷⁹ und zu einer Scheinverbundenheit zwischen den Rezipientinnen/Rezipienten und den Medienfiguren.²⁸⁰ Grundsätzlich ist es so, dass Medieninhalte zu Konversationen anregen und Gesprächsstoff liefern für diverse soziale Gruppen.²⁸¹ Werden bestimmte Thematiken nun häufiger aufgegriffen und wird häufiger über sie diskutiert, dann ließe sich auch argumentieren, dass sie den Rezipientinnen und Rezipienten mit der Zeit vertrauter werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es viele Faktoren gibt, die den potenziellen Wert einer Nachricht festlegen. Viele dieser Faktoren können zudem nachteilig für Minderheiten wirken, wenn es darum geht wie sie in den Medien dargestellt werden. Darauf wird in Kapitel 6.3. noch genauer

277 Schulz, 2011, S.91

278Vgl. Schulz, 2011, S.91

279 Baumann et al., 2011, S.5

280Vgl. Sutter, 2010, S.72

281Vgl. Sutter, 2010, S.66

eingegangen.

5.3. Die Wirkung der Medien auf die Meinungsbildung

Zunächst muss in diesem Zusammenhang angemerkt werden, dass politikwissenschaftliche und kommunikationswissenschaftliche Studien nahelegen, dass die Medien Agenda-Setting (z.b. Gormley, 1975) wie auch das sich daran anschließende Second-Level Agenda-Setting (z.b. Lopez-Escobar & Llamas & McCombs, 1997) erfolgreich betreiben.²⁸²

Die medialen Inhalte spielen demnach durchaus eine Rolle, wenn es darum geht, über welche Themen die Rezipientinnen und Rezipienten (mögen diese BürgerInnen oder PolitikerInnen sein) und die sich daraus ergebende Öffentlichkeit (wie lange) nachdenken, und welches Gewicht sie diesen beimessen.

Nichtsdestotrotz variiert die konkrete Auswirkung eines Medieninhalts auf das Individuum von Fall zu Fall, da es mehrere persönliche Faktoren gibt, die den Bedeutungsgehalt eines Themas für das jeweilige Individuum bestimmen.²⁸³

Je näher das Thema erscheint, sei es aus einem politischen, geographischen oder kulturellen Blickwinkel, je stärker Menschen mit einer ähnlichen Herkunft involviert sind (oder dies zumindest vermutet wird) und je mehr emotionale Punkte berührt werden, desto mehr steigt die Relevanz der Nachricht für das Individuum. Die wahrgenommene Identifikation mit den jeweiligen Betroffenen ist für die individuell beigemessene Bedeutung eines Themas also wesentlich.²⁸⁴

Die dem vorausgehende individuelle Informationsverarbeitung findet auf zwei Ebenen statt: auf der kognitiven und auf der emotionalen.²⁸⁵ Sachliche

²⁸²Vgl. Fawzi, 2014, S.443/449 & Leiner, 2016, S.6/25

²⁸³Vgl. Schulz, 2011, S.91 & Leiner, 2016, S.17

²⁸⁴Vgl. Schulz, 2011, S.91

²⁸⁵Vgl. Leiner, 2016, S.17/19

Überlegungen und Annahmen in Bezug auf eine bestimmte Thematik werden daher ebenso beeinflusst wie auch die damit verbundenen Gefühle und Emotionen.²⁸⁶ Aus diesen beiden Komponenten entsteht dann die „Einstellung im weiteren Sinne“²⁸⁷. Interessant ist hierbei, dass Emotionen und Kognitionen nicht zwingend im Einklang miteinander stehen müssen, was dann 'Ambivalenz' genannt wird.²⁸⁸ Die Einstellung eines Menschen ist also mitnichten eindimensional, sondern vielschichtig. Festgehalten werden kann jedenfalls, dass die Einstellung eines Menschen, mit anderen Worten die Meinung, durchaus von der medialen Berichterstattung mitgeformt werden kann.²⁸⁹

Tendenziell werden bereits bestehende Einstellungen eher untermauert, als dass sie sich grundlegend ändern (was auch daran liegt, dass man eher solche Medien konsumiert, die einem ideologisch nahestehen).²⁹⁰ In diesem Zusammenhang gilt auch, dass Meinungen, beziehungsweise Standpunkte, die von dem jeweiligen Individuum als weniger wichtig erachtet werden, einfacher verändert werden können.²⁹¹

Wie gefestigt eine Meinung ist, hängt auch damit zusammen, wie viel Wissen man über ein Thema besitzt. Gut informierte Personen (und die, die glauben, dass sie es sind) haben demnach stabilere Einstellungen als solche, die weniger gut informiert sind.²⁹² Zudem braucht es für eine Änderung der Meinung meist eine „kumulative und konsonante Berichterstattung“²⁹³, was bedeutet, dass eine bestimmte Thematik häufig aufgebracht werden und inhaltlich ähnlich ausgerichtet sein muss.²⁹⁴ Menschen von der Sinnhaftigkeit eines

286Vgl. Leiner, 2016, S.19

287 Leiner, 2016, S.19

288Vgl. Leiner, 2016, S.20

289Vgl. Baumann et al., 2011, S.2 & Fawzi, 2014, S.444 & Leiner, 2016, S.31

290Vgl. Salwen & Driscoll, 1997, S.72 & Baumann et al., 2011, S.1

291Vgl. Leiner, 2016, S.28/41

292Vgl. Leiner, 2016, S.36

293 Schulz, 2011, S.29

294Vgl. Schulz, 2011, S.29

Meinungswechsels zu überzeugen, braucht also Zeit.²⁹⁵

Was die schlussendliche Meinung betrifft, so lässt sich den Medieninhalten zwar kein homogenisierender Effekt zuschreiben, davon unabhängig schaffen sie es aber durch 'Framing' Assoziationsmuster zu schaffen, also Verbindungen zwischen verschiedenen Thematiken herzustellen (zum Beispiel Immigration und Kriminalität), die sich in den Denkweisen der Rezipientinnen und Rezipienten niederschlagen.²⁹⁶

Medien beeinflussen demnach auch den Rahmen, in dem gedacht und in dem die Meinungsentwicklung vorangetrieben wird.

5.4. Die wechselseitige Beziehung zwischen den Medien und der Politik

Für die Beziehung zwischen den Medien und der Politik ist unter anderem das jeweilige politische System mitentscheidend²⁹⁷ (wie auch die jeweilige politische Kommunikationskultur auf die ich im nächsten Abschnitt genauer eingehen werde), variiert unter anderem doch die Meinungs- und Pressefreiheit je nach Verfasstheit dieses Systems. Das deutsche politische System sieht dabei unabhängige Medien vor. So heißt es im deutschen Grundgesetz, Artikel 5, Absatz 1:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

²⁹⁵Vgl. Leiner, 2016, S.22

²⁹⁶Vgl. Leiner, 2016, S.6/29

²⁹⁷ Vgl. Hallin & Mancini, 2012, S.49-65

Dies bedeutet jedoch nicht, dass hinsichtlich der Machtverteilung zwischen den Medien und der Politik Einigkeit besteht. So reichen die wissenschaftlichen Diskussionsbeiträge über die Stellung der Medien in Deutschland von „Autonomie über Verschmelzung und Instrumentalisierung bis hin zu Symbiose“²⁹⁸.²⁹⁹ Es ist zwar unbestreitbar, dass die Medien in bestimmten Punkten auf die Politik und dessen Repräsentanten und Repräsentantinnen angewiesen sind, vor allem was die Gewinnung von Informationen betrifft (was dann im Gegenzug mit Publizität belohnt wird).³⁰⁰ In Anbetracht des Forschungsinteresses soll hier aber das Hauptaugenmerk auf die vielfältige Bedeutung der Medienberichterstattung für die Politik und auf die daraus erwachsenden Konsequenzen für Politikerinnen und Politiker im Umgang mit den Medien gelegt werden.

Grundsätzlich ist die mediale Berichterstattung für PolitikerInnen sehr wichtig, da diese es ihnen ermöglicht, einen Rückschluss auf die Bevölkerungsmeinung ziehen, an der sie im Anschluss ihre politischen Ansätze orientieren können.³⁰¹

Politikerinnen und Politiker im deutschen Bundestag sind, laut einer neueren Umfrage, die von Kepplinger im Jahr 2002 durchgeführt wurde, auf der anderen Seite aber auch der Meinung, dass die Medien (und die eigenen Interessen dieser, die sich immer in einer zumindest leicht verzerrenden Abbildung der Realität manifestieren³⁰²) die Bevölkerung erheblich beeinflussen.³⁰³ Es zeigt sich, dass auch die PolitikerInnen die Medien weder klar als Sprachrohr der Bevölkerung noch klar als manipulative Akteure mit einer eigenen Agenda klassifizieren. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang jedoch auch, dass politisch Verantwortliche die Auswirkungen der medialen Inhalte auf die

298 Fawzi, 2014, S.438

299 Vgl. Sarcinelli, 2011, S.17/82 & Fawzi, 2014, S.438 & Pfetsch & Maurer, 2008, S.101 & Hoffmann-Riem, 2000, S.108

300 Vgl. Sarcinelli, 2011, S.82 & Fengler & Vestring, 2009, S.18

301 Vgl. Baumann et al., 2011, S.1 & Fawzi, 2014, S.444

302 Vgl. Hoffmann-Riem, 2000, S.123 & Schulz, 2011, S.68

303 Vgl. Kepplinger, 2002, S.972 zit. n. Dohle & Vowe, 2012, S.379

Bürgerinnen und Bürger für größer halten als auf sie selbst, was als 'Third-Person-Effekt' beschrieben wird.³⁰⁴ Diese Wahrnehmung verstärkt die Bedeutung der Medien für die eigene parlamentarische Arbeit zusätzlich.³⁰⁵ Grundsätzlich gilt darüber hinaus, dass die persönliche Einschätzung von Politikerinnen und Politiker hinsichtlich der medialen Wirkungen auf die Bevölkerung bestimmend dafür ist, ob diese den Medieneinfluss auf die politische Sphäre begrenzen wollen oder nicht.³⁰⁶ Diese Einstellung wird umso nachvollziehbarer, wenn man die Medien eben weniger als Sprachrohr für die Wählerinnen und Wähler denn als eigenständigen, gesellschaftlichen 'player' auffasst, der eigene Zielsetzungen verfolgt.³⁰⁷

Tatsächlich hängen gerade die einzelnen politischen Individuen zu einem großen Grad von der Berichterstattung über sie ab.³⁰⁸ Der Grund hierfür ist, dass den Medien die Fähigkeit zugeschrieben wird, den Ruf von Politikerinnen und Politikern „kreieren aber auch demontieren“³⁰⁹ zu können.³¹⁰ Sie sind es, die den gesellschaftlichen Status, also das Image von Politikerinnen und Politikern definieren.³¹¹ Aus diesem Grund, dem Wissen um die Macht der Medien, stellen PolitikerInnen, aber auch Parteien, inzwischen oft professionelle Kommunikationsstrategen ein,³¹² die Kampagnen konzipieren, welche oft strikt an den Bedürfnissen und Erwartungen der BürgerInnen (und somit an einer Verbesserung des Images) orientiert, und daher inhaltlich flexibel sind.³¹³

Selbst das Arbeitsumfeld der PolitikerInnen (beispielsweise die Verwaltung in einem Ministerium) wird durch das in den Medien verbreitete Bild (vom

304Vgl. Salwen & Driscoll, 1997, S.61/62/73 & Fawzi, 2014, S.444

305Vgl. Fawzi, 2014, S.444

306Vgl. Dohle & Vowe, 2012, S.380 & Salwen & Driscoll, 1997, S.61

307Vgl. Fawzi, 2014, S.442 & Schulz, 2011, S.31/153 & Baumann et al., 2011, S.2 & Hoffmann-Riem, 2000, S.125/126 & Mazzoleni & Schulz, 1999, S.249

308Vgl. Hoffmann-Riem, 2000, S.107/109

309 Schulz, 2011, S.68

310Vgl. Schulz, 2011, S.68

311Vgl. Schulz, 2011, S.69 zit. n. Lazarsfeld & Merton, 1948

312Vgl. Bennett & Manheim, 2006, S.214/227

313Vgl. Bennet & Manheim, 2006, S.225

Minister / von der Ministerin) beeinflusst, die Medienberichterstattung kann sich also auch auf vielfältige Art und Weise negativ auf den konkreten Arbeitsalltag des Politikers / der Politikerin auswirken.³¹⁴

Die Relevanz dessen versteht man vor allem dann, wenn man sich vor Augen führt, dass das Image eines Kandidaten oder einer Kandidatin im Rahmen des Wahlkampfes oft sogar schwerer wiegt als das von ihm/ihr vertretene Programm.³¹⁵ Auch deshalb wird mitunter davon gesprochen, dass die Massenmedien den demokratischen Prozess verzerren können.³¹⁶

Abgesehen davon liegt in der Berichterstattung interessanterweise sogar die Tendenz vor, dass Politikerinnen und Politiker eher so porträtiert werden, dass sie Probleme verschlimmern und nicht lösen.³¹⁷ Dieser Umgang mit politisch Verantwortlichen verursacht laut der sogenannten 'Medienmalaise-Hypothese' das Auftreten von Politikverdrossenheit.³¹⁸ Wenn die Medien den Politikerinnen und Politikern Skandale anheften oder diese befeuern, sind die Folgen besonders eklatant und manifestieren sich nicht selten in der Aufgabe von politischen Ämtern (sei es freiwillig oder gezwungenermaßen) oder politischen Kehrtwenden.³¹⁹

Abgesehen jedoch von diesem direkten Eingriff in das Image, kann auch die Themenwahl der Medien, also das Agenda-Setting, die Beurteilung der Politikerinnen und Politiker durch die Bürgerinnen und Bürger beeinflussen. Das Image der politischen Verantwortlichen steht und fällt nämlich auch mit der Bewertung ihrer Rolle in den aktuell als relevant dargestellten Themenbereichen (dies nennt sich 'Priming-Effekt', wobei sich das natürlich von Individuum zu Individuum unterscheidet, so sehen beispielsweise manche

314Vgl. Hoffmann-Riem, 2000, S.108

315Vgl. Hillmann, 1994, S.355

316Vgl. Mazzoleni & Schulz, 1999, S.248

317Vgl. Baumann et al., 2011, S.2

318Vgl. Baumann et al., 2011, S.2

319Vgl. Kepplinger, 2007a, S.280

Angela Merkels Flüchtlingspolitik in den letzten Jahren (sehr) positiv, andere wiederum (sehr) negativ).³²⁰

Das Kernargument der vorherigen Zeilen ist, dass für erfolgreiche Politikerinnen und Politiker ein positives Bild in der Öffentlichkeit, also eine ihnen gewogene öffentliche Meinung unumgänglich ist.³²¹

Die öffentliche Meinung wird dabei von Sarcinelli als „ein kollektives Produkt von Kommunikationen, das sich zwischen den Sprechern als 'herrschende Meinung' darstellt“³²² beschrieben, sie ist also die (eigentlich nur mehrheitlich vertretene, aber in diesem Fall als einmütig dargestellte) Meinung der „personifizierten Öffentlichkeit“³²³. Eine öffentliche Meinung entsteht jedoch erst dann, wenn sich die Stimmen diverser sozialer Kreise und Milieus „zu einem gigantischen Chor verbinden, welcher unablässig dasselbe Mantra rezitiert“³²⁴, die öffentliche Meinung muss also von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen getragen werden und von Partikular-Lebenswelten losgelöst sein.³²⁵ In Bezug auf den Druck, die die öffentliche Meinung auf Einzelpersonen ausübt, schreibt Auguste Comte: „Kein Einsichtiger vermag sich so von der denkenden Menge abzutrennen, dass er nicht durch die öffentliche Übereinstimmung fortgerissen würde“³²⁶. Ein Grund hierfür liegt auch darin, dass die individuelle Meinungsbildung mit dem Bestreben in Verbindung steht, sich nicht vom eigenen sozialen Umfeld abzusondern.³²⁷ Die Tatsache, dass die öffentliche Meinung einen derartigen Einfluss auf den Prozess der Meinungsbildung bei Individuen hat, widerlegt auch die Annahme, dass die öffentliche Meinung schlicht die Summe der Einzelmeinungen in der

320Vgl. Fawzi, 2014, S.443

321Vgl. Hoffmann-Riem, 2000, S.111

322 Sarcinelli, 2011, S.55

323 Leiner, 2016, S.16

324Beetz, 2015, S.49

325Vgl. Beetz, 2015, S.49

326Beetz, 2015, S.49 zit. n. Comte, 1974, S.475

327Vgl. Sarcinelli, 2011, S.58

Gesellschaft sei, wird ein großer Teil dieser Einzelmeinungen doch überhaupt erst von ihr geschaffen (zumindest aber von ihr beeinflusst).³²⁸

Von der öffentlichen Meinung abzugrenzen ist die sogenannte 'veröffentlichte Meinung'³²⁹, welche die Gesamtheit der Meinungen beschreibt, die öffentlich kundgetan wurden (ob nun schriftlich oder mündlich und explizit oder implizit).³³⁰ Die veröffentlichte Meinung kann insofern von der öffentlichen Meinung abweichen, als dass mithilfe von unter anderem auch medialer Berichterstattung erreicht werden kann, dass bestimmte Personen(-gruppen) im öffentlichen Diskurs gänzlich verstummen (zum Beispiel im Hinblick auf die postulierte Unanfechtbarkeit allgemeiner Normen und Werte – was entsprechend Noelle Neumann eine „Schweigespirale“³³¹ auslösen kann oder einfach weniger Artikulationsmöglichkeiten erhalten (unter anderem auch deswegen, weil die Medien ja auch eigene Interessen verfolgen).³³² Als öffentliche Meinung wird schlussendlich die im öffentlichen Diskurs dominierende Meinung wahrgenommen.³³³ Diese dominierende Meinung ist jedoch zu einem großen Teil auch das „Produkt aktiver Meinungspflege“³³⁴, die von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren mithilfe der medialen Möglichkeiten betrieben wird.³³⁵ Die öffentliche Meinung ist de-facto also untrennbar mit der Medienlandschaft verbunden. Für PolitikerInnen ist die öffentliche Meinung grundsätzlich unverzichtbar, da „demokratische Herrschaft zustimmungsabhängig und deshalb auch öffentlich begründungs- und rechenschaftspflichtig ist“³³⁶. Sich als PolitikerIn an der öffentlichen Meinung zu orientieren, erleichtert es der Bevölkerung daher, sich auch tatsächlich

328Vgl. Beetz, 2015, S.43 & Sarcinelli, 2011, S.58

329 Leiner, 2016, S.18

330Vgl. Leiner, 2016, S.18 & Sarcinelli, 2011, S.55

331 Neumann, 1966 direkt zit. n. Sander, 2008, S.278

332Vgl. Leiner, 2016, S.18

333Vgl. Sarcinelli, 2011, S.55

334 Sarcinelli, 2011, S.56

335Vgl. Sarcinelli, 2011, S.56

336Sarcinelli, 2011, S.55

repräsentiert zu fühlen, was dann wiederum die Beliebtheitswerte der/des Politikerin/Politikers erhöhen kann. Laut Sarcinelli ist diese Berufung auf den vermeintlichen „kollektiven Willen“³³⁷ der Bevölkerung für demokratische (aber auch für diktatorische) Herrschaft unerlässlich.³³⁸

Was die konkrete Durchsetzung von politischen Anliegen betrifft, so hat eine zwischen 1983 und 1995 durchgeführte Umfrage unter us-amerikanischen Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern gezeigt, dass die Berichterstattung der Medien, je nachdem ob diese positiv oder negativ ausfällt, diese entweder erleichtern oder erschweren.³³⁹

Grundsätzlich kann durchaus gesagt werden, dass die Medien auf die Haltung der Bevölkerung gegenüber sowohl den konkreten policies (es ist dabei unerheblich ob diese noch geplant werden, sich in der Durchführung befinden oder schon abgeschlossen wurden)³⁴⁰ als auch gegenüber den politisch Handelnden, den Parteien und der Politik im Allgemeinen einwirken, was mitunter auch dazu führen kann, gegen die derzeitige Politik zu mobilisieren.³⁴¹

Nun ist es aber nicht so, dass die Medien lediglich über den Umweg der Bevölkerung die Politik beeinflussen, es lassen sich auch einige direkte Kanäle erkennen.³⁴²

Zunächst ist es so, dass die Medien auch für die Politikerinnen und Politiker eine unerlässliche Informationsquelle darstellen. Sie investieren durchschnittlich sogar zwei-, bis dreimal mehr Zeit in die Aufnahme von politisch relevanten Medieninhalten als die Bürgerinnen und Bürger.³⁴³

Beispielhaft kann in diesem Kontext das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung genannt werden, das die Bundeskanzlerin ununterbrochen

337Beetz, 2015, S.45

338Vgl. Sarcinelli, 2011, S.55

339Vgl. Kepplinger, 2007a, S.283

340Vgl. Fawzi, 2014, S.457

341Vgl. Schulz, 2011, S.158 & Baumann et al., 2011, S.2

342Vgl. Kepplinger, 2007a, S.272

343Vgl. Schulz, 2011, S.28/29

über die neuesten Nachrichten in Kenntnis setzt.³⁴⁴ Wenn die eigene Person in der medialen Berichterstattung erscheint, erhöht sich die Mediennutzung der Politikerinnen und Politiker dabei zusätzlich.³⁴⁵

Es gilt dabei: je prestigereicher ein Medium ist, desto stärker beeinflusst es die Politikerinnen und Politiker. Tatsächlich ist ein Ergebnis der bereits im Kapitel 2 angesprochenen 1997 durchgeführten Umfrage unter deutschen Bundestagsabgeordneten auch, dass „sich die Parlamentarier viel häufiger als Beeinflusste denn als Beeinflussende im politischen Meinungsbildungsprozess sehen“³⁴⁶.

Neben der eher formellen Beeinflussung durch medial vermittelte Informationen lassen sich Politikerinnen und Politiker aber auch informell durch Journalistinnen und Journalisten, die mit dem politischen Machtzentrum eng verwoben sind.³⁴⁷ Gerade hierin könnte einer der Gründe für die oft erwähnte (zumindest teilweise) Anlehnung der Politik an die Handlungslogiken der Medien³⁴⁸ liegen, da Politikerinnen und Politikern davon überzeugt werden könnten, sich vorrangig mit Themen zu beschäftigen, die eine große Aufmerksamkeit auf sich ziehen (was Kommerz für die Medien ist, ist Publicity für die Politikerinnen und die Politiker). Grundsätzlich gilt, das „politischen Themen das Ergebnis der Interaktions- und Austauschprozesse zwischen politischen und journalistischen Akteuren“³⁴⁹ darstellen. Die Tatsache, dass die Medien eine wichtige Rolle im politischen Prozess spielen, spiegelt sich auch in verschiedenen politischen Phasenmodellen wider (siehe beispielsweise Donges & Jarren, 2017).

344Vgl. Schulz, 2011, S.29

345Vgl. Kepplinger, 2007a, S.275/276

346 Kepplinger, 2007a, S.279 zit. n. Schulz, 2011, S.28/29

347Vgl. Schulz, 2011, S.29

348Vgl. Fawzi, 2014, S.457 & Schulz, 2011, S.31 & Hoffmann-Riem, 2000, S.108

349 Esser, 2008, S.122

5.5. Zwischenfazit zu Kapitel 5

In Kapitel 5 wurde zunächst erläutert, was für Funktionen die Medien und die mediale Berichterstattung in einer demokratischen Gesellschaft haben (vor allem Herrschaftskritik und die Überwindung von Distanzen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten). Daraufhin wurde erklärt, auf welchen Wegen die Medien Einfluss auf die BürgerInnen und auf die PolitikerInnen nehmen können. Unter anderem sind sie in der Lage zu bestimmen (beziehungsweise mitzubestimmen), welche politischen Themen den öffentlichen Diskurs dominieren ('Agenda-Setting' - es werden dabei immer die Themen ausgewählt, denen ein besonders hoher 'Nachrichtenwert' zugeschrieben wird) und mit welchen Kategorien und Unterthemen diese Themen verknüpft werden ('Framing' - eine Strategie die auch von PolitikerInnen eingesetzt wird).

Die Medien sind (in der Regel) ein selbstständiger gesellschaftlicher 'player' und verfolgen von den politischen Institutionen unabhängige Ziele, sie können die persönlichen Einstellungen von Individuen formen (also die Meinungsbildung beeinflussen) und stellen gleichzeitig die zentrale Plattform für die öffentliche Meinung dar.

Dieser Umstand sowie die Tatsache, dass das Image der einzelnen PolitikerInnen maßgeblich von der medialen Berichterstattung über sie abhängt, zeigen unter anderem, dass die mediale Sphäre die politische Sphäre über viele verschiedene Kanäle beeinflussen kann (und will).

6. Politische Kommunikationskultur

In Kapitel 6 liegt das Hauptaugenmerk auf zwei verschiedenen Ansätzen zur politischen Kommunikation. Die AutorInnen Barbara Pfetsch (2003) und Hans Mathias Kepplinger (2007) kommen beide aus der Kommunikationswissenschaft, was jedoch nicht bedeutet, dass sich ihre Ansätze nicht als Instrumente für politikwissenschaftlichen Untersuchungen eignen. Beide Herangehensweisen unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht, so beleuchtet Pfetsch beispielsweise vor allem die strukturelle Ebene, wohingegen Kepplinger sich auf die individuelle Ebene konzentriert. Dennoch haben sie eine Eigenschaft gemein, und das ist ihr Versuch konkrete Mechanismen zu identifizieren, die im Verhältnis zwischen den Medien und der Politik wirken. Beide Ansätze sind daher für die Interpretation der Forschungsergebnisse (und grundsätzlich für die Auslegung von politischer Kommunikation und von politischen Handlungen und Prozessen) sehr nützlich.

6.1. Arten der politischen Kommunikationskultur nach Pfetsch (2003)

Die politische Kommunikationskultur in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1955 und 1989 stellt einen zentralen Bestandteil dieser Arbeit dar. Definiert werden kann politische Kommunikationskultur als die Steuerung „des professionellen Handelns und der Austauschbeziehungen von politischen Sprechern und Journalisten durch wechselseitige Erwartungen und Normen“³⁵⁰. Barbara Pfetsch³⁵¹ unterscheidet in ihrer Habilitation vier Ausprägungen von politischer Kommunikationskultur, die sich in einem Spektrum befinden, das

350 Pfetsch, 2003, S.66

351 Vgl. Pfetsch, 2003, S.102

von einer medienorientierten Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit bis zu einer parteipolitischen Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit reicht.

Ein wichtiges Element ist in diesem Zusammenhang auch die Nähe beziehungsweise die Distanz zwischen den medialen und den politischen Akteuren, die ebenso variieren kann und die ein weiteres Unterscheidungsmerkmal darstellt.³⁵²

Folgende politische Kommunikationskulturen ergeben sich aus diesem Schema³⁵³:

6.1.1. Die 'medienorientierte politische Kommunikationskultur'

Die politischen Akteure müssen die Medienlogik verinnerlichen und übernehmen, um ihre Botschaften in den Medien platzieren zu können. Aufgrund der großen Distanz, die in diesem Typus zwischen den Teilsystemen Medien und Politik herrscht, lässt sich ansonsten keine Kommunikation gewährleisten. Es kommt also zu einer sehr einseitigen Anlehnung der politischen Inhalte an die medialen Spielregeln.

6.1.2. Die 'PR-orientierte politische Kommunikationskultur'

Hierbei stimmen die Akteure beider Seiten darin überein, dass politische Inhalte in den Rahmen der Medienmechanismen zur Erzeugung von Aufmerksamkeit und Reichweite eingebettet werden müssen. Der grundlegende Unterschied zur ersten Variante ist das enge, vertrauensvolle Verhältnis zwischen beiden Akteursgruppen.

³⁵² Vgl. Pfetsch, 2003, S.102 & Pfetsch & Maurer, 2008, S.103-105

³⁵³ Vgl. Pfetsch & Maurer, 2008, S.104-107

6.1.3. Die 'parteipolitische Kommunikationskultur'

Diese Form der politischen Kommunikationskultur richtet sich nach den Regeln der politischen Akteure und deren jeweiligen „machtpolitischen Kalkül“³⁵⁴. Durch die engen Beziehungen und direkten Kommunikationskanäle zwischen der politischen und der medialen Sphäre versuchen die PolitikerInnen die Medienberichterstattung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Grundsätzlich lässt sich bei diesem Typus eine vergleichsweise geringe Unabhängigkeit der Medien erkennen.

6.1.4. Die 'strategische politische Kommunikationskultur'

Wie bei der 'parteipolitischen Kommunikationskultur' dominiert die politische Logik und die PolitikerInnen versuchen auch hier die Medienberichterstattung zu ihren Zwecken zu instrumentalisieren. PolitikerInnen und JournalistInnen haben in diesem Fall jedoch ein sehr distanziertes Verhältnis zueinander, weswegen die PolitikerInnen ihre politischen Botschaften strategisch so modifizieren, dass sie medial verwertbar werden. Über diesen kleinen Umweg sollen die Medien, ohne mit eingebunden zu werden, dazu dienen, politische Ziele zu erreichen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird in diesem Kontext als ein Beispiel für einen Staat herangezogen, in dem traditionell die parteipolitische Kommunikationskultur (also die politische Logik) dominiert hat und der nach wie vor diesem Typus zuzuordnen ist (im Gegensatz dazu liegt beispielsweise in den USA eine medienorientierte politische Kommunikationskultur vor).³⁵⁵ In der Bundesrepublik, so zumindest die Schlussfolgerung aus dieser

³⁵⁴ Pfetsch & Maurer, 2008, S.105

³⁵⁵ Vgl. Pfetsch, 2003, S.252

Einschätzung, sind und waren die Medien vergleichsweise nur bedingt unabhängig.

Im Folgenden werde ich erläutern, warum ich dieser Einschätzung nicht zwangsläufig zustimme:

Erstens hat beispielsweise die bereits angesprochene *Spiegel*-Affäre (siehe Kapitel 2) mehr als deutlich gemacht, dass die Medienberichterstattung in der Bundesrepublik bereits in den 1960er Jahren mitunter im krassen Gegensatz zu dem stehen konnte, was ranghohe PolitikerInnen gerne publiziert gesehen hätten.

Zweitens teile ich auch die Annahme, dass in der Bundesrepublik Deutschland zu jeder Zeit die politische Logik vorgeherrscht hat, nicht uneingeschränkt. Für die Wahlkampagnen des damaligen sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Willy Brandt zu den Bundestagswahlkämpfen 1961 und 1965 (sowie für dessen Wahlkampagne auf Landesebene in Berlin 1958) kann beispielsweise eine Anlehnung der politischen Akteure an die Medienlogik (also eine Amerikanisierung) nachgewiesen werden.³⁵⁶ So besteht in der Fachwelt auch durchaus die Auffassung, dass die medialen Mechanismen schon seit den 1960er Jahren einen erheblichen Einfluss auf Wahlkampagnen und deren Ausrichtung hatten.³⁵⁷

Dennoch ist es in Anbetracht des Pfetschen Ansatzes möglich, dass der Einfluss der Medien, genauer genommen der Einfluss des *Spiegels* auf die deutsche Politik im Untersuchungszeitraum sich als schwächer herausstellen wird, als zunächst angenommen. Selbst ein konkreter Einfluss der Politik auf die Medien kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, im nächsten Kapitel wird jedoch erklärt, warum dies unwahrscheinlich erscheint.

³⁵⁶ Vgl. Stern, 2017, S.72-77

³⁵⁷ Vgl. Nocker, 2007, S.151/152 & Ennen, 2007, S.176

6.2. PolitikerInnen als ProtagonistInnen der Medien nach Kepplinger (2007)

Grundsätzlich, wie schon in Kapitel 5.4. angesprochen, ist das Gros der PolitikerInnen der Ansicht, dass die mediale Berichterstattung einen erheblichen Einfluss auf die BürgerInnen ausübt.³⁵⁸ Dieser Umstand, verbunden mit der Tatsache, dass das Image der PolitikerInnen hauptsächlich von den Medien konstruiert wird,³⁵⁹ macht es mehr als verständlich, dass PolitikerInnen gerade in den Medien eine gute Figur machen wollen und daher immer intensiver mit KommunikationsberaterInnen zusammenarbeiten.³⁶⁰ Wie aber gehen PolitikerInnen mit der Berichterstattung über die eigene Person konkret um? Auf einer oberflächlichen Ebene dürfte es kaum jemanden überraschen, dass PolitikerInnen Medienberichte noch häufiger rezipieren, sofern sie selbst darin vorkommen,³⁶¹ dies ist jedoch nur eine von vielen Reaktionen die die Berichterstattung bei den politischen ProtagonistInnen auslösen kann.

Der Kommunikationswissenschaftler Hans Mathias Kepplinger³⁶² hat sich genau dieser Thematik gewidmet und untersucht, wie die Medienberichterstattung konkret auf die politischen ProtagonistInnen wirkt und zu welchen langfristigen Folgen sie führen kann. Er unterscheidet dabei zunächst vier aufeinander abfolgende Wahrnehmungsebenen, die die politischen ProtagonistInnen durchlaufen:

358 Vgl. Kepplinger, 2002, S.972 zit. n. Dohle & Vowe, 2012, S.379

359 Vgl. Schulz, 2011, S.68

360 Vgl. Bennett & Manheim, 2006, S.214/227

361 Vgl. Kepplinger, 2007a, S.275/276

362 Vgl. Kepplinger, 2007a, S.273/274

6.2.1. 'Selbstwahrnehmung'

Hierbei beurteilen die ProtagonistInnen ihre Darstellung in der Berichterstattung, vor allem also ob diese positiv oder negativ ausfällt, sowie ihr eigenes Verhalten in dem jeweiligen Zusammenhang (beispielsweise ob dieses eher geschickt oder ungeschickt war). Zudem gleichen sie die Berichterstattung über das jeweilige Ereignis mit dem ab, was aus ihrer Sicht tatsächlich passiert ist.

Auf dieser Ebene geht es um die Objekte der Berichterstattung, um das was von den Medien aufgearbeitet wird.

6.2.2. 'Berichtswahrnehmung'

Im Anschluss an die 'Selbstwahrnehmung' bilden sich die ProtagonistInnen ein Urteil über den allgemeinen Tenor der Medien in Bezug auf den jeweiligen Sachverhalt. Es geht nicht mehr um das Ereignis als solches, sondern allein um die Berichterstattung. Die ProtagonistInnen versuchen außerdem abzuschätzen, wie die Medien ähnliche Vorkommnisse und Ereignisse in Zukunft bewerten werden.

6.2.3. 'Wirkungsvermutungen'

In diesem Schritt versuchen die ProtagonistInnen nachzuvollziehen, welchen Einfluss die Berichterstattung auf das eigene Umfeld und auf die BürgerInnen hat, und ob daraus Handlungsaufträge an die eigene Person erwachsen (zum Beispiel eine Zurückweisung der Berichte).

6.2.4. 'Wirkungserfahrungen'

Hierbei geht es darum, welche Wirkungen die ProtagonistInnen „am eigenen Leib erfahren“, so kann die Berichterstattung bei den ProtagonistInnen beispielsweise Wut, Freude oder Frustration auslösen. Die Berichterstattung der Medien muss jedoch nicht nur die emotionale Ebene berühren, so können als Reaktion auf mediale Inhalte auf kognitive Veränderungen eintreten (bei PolitikerInnen wie auch bei BürgerInnen).

Weiterhin wirken Medienberichte auch auf das Verhalten der ProtagonistInnen ein, so können beispielsweise „Beratungen, Anweisungen, öffentliche Auftritte“³⁶³ direkte Folgen der Berichterstattung sein. Dies würde dann einen sogenannten 're-aktiven' Effekt beschreiben, da die Berichterstattung dem Verhalten vorausgeht, es können weiterhin aber auch 'inter-aktive' und 'pro-aktive' Effekte beobachtet werden. 'Inter-aktive' Effekte treten dann auf, wenn sich das Verhalten der ProtagonistInnen während des Kontaktes zu den Medien ändert (so kann der/die PolitikerIn während eines Interviews allein aufgrund der gestellten Fragen abschätzen, wie die Meinung des/der MedienverterIn ist und sich daran im weiteren Verlauf des Gesprächs orientieren). 'Pro-aktive' Effekte lassen sich dann erkennen, wenn die ProtagonistInnen die zukünftige Berichterstattung antizipieren und sich dementsprechend verhalten.³⁶⁴

Auch PolitikerInnen sind somit nicht immun gegen die klassischen Medienwirkungseffekte, die die kognitive, die affektive sowie die konative Ebene betreffen können.³⁶⁵

Grundsätzlich gibt es für den Umgang mit den Medien zwei Strategien für die

363 Kepplinger, 2007a, S.274

364 Vgl. Kepplinger, 2007a, S.274/281

365 Vgl. Weber-Menges, 2005, S.132

ProtagonistInnen: entweder fügen sie sich der Medienlogik und passen sich an diese an, oder sie versuchen eigenhändig die Berichterstattung zu beeinflussen (eine Taktik, die in der Regel jedoch nicht aufgeht³⁶⁶).³⁶⁷

Kepplinger's Hauptaussage ist, dass die mediale und die politische Sphäre sich wechselseitig beeinflussen, und dass der politische Entscheidungsfindungsprozess nicht nicht unabhängig von der medialen Berichterstattung betrachtet werden darf.³⁶⁸ Aus diesem Grund bezeichnet Kepplinger die Massenmedien unter anderem auch als „social force“³⁶⁹.

Entscheidend für diese Arbeit ist vor allem, dass dem medialen Verhalten von PolitikerInnen laut Kepplinger individuelle Motive zugrunde liegen.

PolitikerInnen wissen um die vergangene Stoßrichtung der Berichterstattung und versuchen die zukünftige zu antizipieren, damit die Medien ein positives Bild von ihnen zeichnen. Für die vorliegende Forschungsarbeit bedeutet das, dass ein Zusammenhang zwischen der Berichterstattung des *Spiegels* und den Aussagen der PolitikerInnen im *Spiegel* durchaus nicht unwahrscheinlich ist.

Grundsätzlich weist Kepplinger's Ansatz also auf die Möglichkeit einer 'medienorientierten politischen Kommunikationskultur' hin.

Es wird noch interessanter sein zu sehen, ob diese im medialen Rahmen getätigten Aussagen in den Augen der PolitikerInnen einen solchen Einfluss auf die Bevölkerung nehmen (siehe 'Wirkungsvermutung'), dass sie sich wiederum dazu verpflichtet sehen, in der Form von Gesetzen ihren 'Worten Taten folgen zu lassen' (der gesetzliche Prozess ist natürlich ein multifaktorieller, an dem auch PolitikerInnen beteiligt sind, die dem Spiegel im Vorfeld kein Interview gegeben haben, dennoch wäre es überraschend, sollten die Aussagen in einem krassen Gegensatz zu den später folgenden gesetzlichen Regelungen stehen). Es

366 Vgl. Hoffmann-Riem, 2000, S.120

367 Vgl. Kepplinger, 2007a, S.274

368 Vgl. Kepplinger, 2007b, S.7/14

369 Kepplinger, 2007b, S.5

geht also darum, zu prüfen, inwieweit die öffentliche Problemdefinition der PolitikerInnen mit der später vorgenommenen Programmentwicklung Ähnlichkeiten aufweist, um auf das politische Phasenmodell von Donges & Jarren³⁷⁰ zurückzukommen.

6.3. Mediale Kommunikations- und Verhaltensstrategien von PolitikerInnen

In diesem Abschnitt wird es darum gehen, wie die Aussagen von PolitikerInnen in den Medien eingeschätzt werden können und was sie mithilfe dieser der Bevölkerung vermitteln möchten.

Zunächst muss gesagt werden, dass PolitikerInnen Interviews grundsätzlich eher zugeneigt als abgeneigt sind, zum Einen wollen sie so ihr „Profil schärfen“³⁷¹ und im Gespräch bleiben, zum Anderen wollen sie den RezipientInnen so ihr eigenes (zwangsläufig subjektives) Wirklichkeitsbild nahebringen, um ihr darauf aufbauendes politisches Programm in ein günstiges Licht zu rücken.³⁷² Grundsätzlich ist die mediale Berichterstattung für die PolitikerInnen ein Instrument, um die Reichweite ihrer Botschaften zu erhöhen und um die eigenen politischen Entscheidungen zu legitimieren.³⁷³

Ihr Ziel ist stets, entweder eine negative Medienresonanz zu verhindern (die sich aus ihrem Schweigen ergeben hätte) oder eine positive Medienresonanz auszulösen.³⁷⁴ Mit anderen Worten versuchen sich die PolitikerInnen in positiver Selbstinszenierung, die zudem oftmals in Verbindung mit der Herabwürdigung der politischen Konkurrenz einhergeht.³⁷⁵

Dieses unaufhörliche Werben in eigener Sache kann unter anderem auch dazu

370 Vgl. Donges & Jarren, 2017, S.163

371 Fengler & Vestring, 2009, S.23

372 Vgl. Esser, 2008, S.120 & Kepplinger, 2007b, S.9

373 Vgl. Sarcinelli, 2011, S.33/89 & Schulz, 2011, S.32

374 Vgl. Kepplinger, 2007a, S.272

375 Vgl. Lauer, 2015, S.1 & Vowe, 2002, S.24

führen, knallige Symbolpolitik zu betreiben anstatt trockener und womöglich unpopulärer substanzieller Politik (oder zumindest nur erstere medial zu vermitteln), da sich so das eigene Image leichter aufpolieren lässt.³⁷⁶ Gerhard Vowe nennt in diesem Zusammenhang folgendes Beispiel: „statt kostspieliger schulischer Förderung, eine Plakation zur Ausländerintegration“³⁷⁷. In der Eigendarstellung spielt weiterhin die Sprache eine wichtige Rolle. So werden negative Ergebnisse, Misserfolge, problematische Thematiken, kurzum alles was ein schlechtes Licht auf den Überbringer der Nachricht werfen könnte, von den PolitikerInnen rhetorisch verschachtelt und verkompliziert (siehe dazu: Sprache als Mittel „zum Verbergen oder Verhindern von Gedanken“³⁷⁸). Gibt es hingegen positives zu berichten, steigt die Verständlichkeit der Sprache deutlich an.³⁷⁹ Diese Strategie trägt der Erkenntnis Rechnung, dass sich Abstraktes und Komplexes weniger gut für die Medien eignet als Konkretes und Einfaches.³⁸⁰ Auch tendieren PolitikerInnen dazu eher über Altbekanntes anstatt über Neues zu berichten und zu sprechen,³⁸¹ was möglicherweise auch damit zu tun hat, dass sie die medialen Auswirkungen von neu in den gesellschaftlichen Diskurs gebrachten Themen oder Ideen schlechter einschätzen können (siehe 'Wirkungsvermutungen').

Abgesehen davon greifen PolitikerInnen und Parteien im Umgang mit den Medien oft auf Stereotype und Vorurteile zurück, die in der Bevölkerung verankert und vor allem gegen AusländerInnen beziehungsweise Menschen mit Migrationshintergrund gerichtet sind (vor allem in Hinblick auf Kriminalität). Ein Beispiel hierfür liefert der saarländische Innenminister Klaus Bouillon (CDU) in einem 2016 erschienen Interview mit der FAZ: „Natürlich gibt es

376 Vgl. Chiang, 2004, S.21 & Lauer, 2015, S.1 & Vowe, 2002, S.24

377 Vowe, 2002, S.24

378 Kercher, 2013, S.40 zit. n. Orwell, 1957, S.154/157

379 Vgl. Kercher, 2013, S.40

380 Vgl. Hoffmann-Riem, 2000, S.112/117

381 Vgl. Hoffmann-Riem, 2000, S.113

aber je nach Nationalität auch Probleme mit Kriminalität. Es ist doch ein offenes Geheimnis, dass wir mit Kosovaren, Marokkanern und Tunesiern – die zudem oft keine Bleibeperspektive haben – in vielen Fällen richtig Probleme haben.“³⁸² Gepaart wird diese Rhetorik dann oft mit 'Law and Order'- Aussagen. So sagte Bouillon im Interview beispielsweise auch: „Frauen sind verängstigt. Es gab ja mehrfach Übergriffe in den Schwimmbädern. Das darf man doch nicht verniedlichen. Wir müssen alles tun, um die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren, auch das Sicherheitsgefühl wieder zu stärken.“³⁸³ Das Versprechen, strikt durchzugreifen und hart zu bestrafen, sei es auch mit aufgesetzten Scheuklappen, erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit in der Bevölkerung.³⁸⁴

In jedem Fall kann konstatiert werden, dass PolitikerInnen „politische Entscheidungen kommunikativ so vermitteln, dass eine Unterstützung gewährleistet ist und die Reibungen bei der Umsetzung minimiert werden“³⁸⁵. Dieser Wunsch, mit den eigenen Aussagen eine breite Basis der Unterstützung für die eigenen politischen Vorstellungen zu schaffen, intensiviert sich zu Wahlkampfzeiten verständlicherweise. In diesen Zeiten der erhöhten politischen Kommunikation und der verstärkten Suche nach Aufmerksamkeit und Wählergunst³⁸⁶ liegt das Hauptaugenmerk auf „effizient kommunizierbaren Elementen“³⁸⁷. Im Zuge der Wahlkampagnen wird somit noch mehr vereinfacht und noch mehr auf Altbewährtes zurückgegriffen. Ein anderer interessanter Aspekt in diesem Zusammenhang ist weiterhin, dass eine Studie über die Beziehungen zwischen JournalistInnen und PolitikerInnen im Rahmen der schwedischen Reichstagswahlen 2002 nahelegt, dass auch zu Wahlkampfzeiten

382 Bender & Frasch, 2016, S.1

383 Bender & Frasch, 2016, S.1

384 Vgl. Hoffmann-Riem, 2000, S.113

385 Vowe, 2002, S.24

386 Vgl. Donges & Jarren, 2017, S.149/174/177 & Reinemann, 2008, S.180

387 Vowe, 2002, S.31

vornehmlich die JournalistInnen über das 'Framing' von bestimmten Themen in den Medien entscheiden und nicht die PolitikerInnen.³⁸⁸ Weiterhin hat diese Untersuchung ergeben, dass die schwedischen PolitikerInnen sich nach diesem von den JournalistInnen bestimmten Ton der Berichterstattung richten.³⁸⁹

Relevant für den Forschungsansatz dieser Arbeit ist in diesem Abschnitt vor allem die Feststellung, dass vor allem auf Menschen mit Migrationshintergrund ein schlechtes Licht geworfen wird, wenn anhand von Kriminalitäts- oder Integrationsaussagen Symbolpolitik betrieben wird.

Weiterhin stellt sich die Frage, ob und inwieweit sich die politische Kommunikation zu Wahlkampfzeiten verändert. Gerade Stereotype und Vorurteile eignen sich gut, um simple und beliebte Botschaften an die BürgerInnen zu senden und sich im Wahlkampf hervorzutun (dies könnte sich im Rahmen der Analyse in einem verstärkten Fokus auf das Thema Kriminalität niederschlagen). Zudem könnte sich mit dem erhöhten Einsatz (Wahl, Abwahl, Wiederwahl) auch die Bereitschaft der PolitikerInnen erhöhen, den Tendenzen der Berichterstattung zu folgen und zu „trendsurfen“³⁹⁰. Möglicherweise lehnen sich PolitikerInnen zu Wahlkampfzeiten also verstärkt an die Gastarbeiter-Berichterstattung an.

388 Vgl. Strömbäck & Nord, 2006, S.160

389 Vgl. Strömbäck & Nord, 2006, S.161

390 Hoffmann-Riem, 2000, S.115

6.4. Zwischenfazit zu Kapitel 6

Pfetsch benennt vier verschiedene Kommunikationskulturen: die 'medienorientierte politische Kommunikationskultur' (Dominanz der Medienlogik bei Distanz zwischen Medien und Politik), die 'PR-orientierte politische Kommunikationskultur' (Dominanz der Medienlogik bei Nähe zwischen Medien und Politik), die 'parteipolitische Kommunikationskultur' (Dominanz der Parteilogik bei Nähe zwischen Medien und Politik) und die 'strategische politische Kommunikationskultur' (Dominanz der Parteilogik bei Distanz zwischen Medien und Politik). Diese Einteilung ist entscheidend für die Interpretation der Ergebnisse und taucht im Fazit erneut auf.

Kepplinger's Ansatz behandelt das Verhalten von PolitikerInnen im Umgang mit den Medien und beschreibt weiterhin die Effekte die dieser Umgang auf sie haben kann. Eines seiner Hauptargumente ist dabei, dass PolitikerInnen versuchen, sich mithilfe der medialen Spielregeln in ein gutes Licht zu rücken. Dieser Ansatz ist zentral für das gesamte Forschungsvorhaben, indem er aufzeigt, aus welchen konkreten Gründen sich PolitikerInnen in Interviews an vergangener und auch antizipierter Berichterstattung inhaltlich orientieren und wie diese Anlehnung an die medialen Spielregeln genau abläuft.

Ferner wird in Kapitel 6.3. besprochen, dass PolitikerInnen sich einer ähnlichen Strategie wie die Medien bemächtigen, indem sie um Aufmerksamkeit zu erhaschen, sich einer einfachen Sprache bedienen, Altbewährtes wiederholen und Kriminalität zum Kardinalthema erheben.

7. Methodik

Kapitel 7 steht ganz im Zeichen der wissenschaftlichen Methodik, die zum Erreichen belastbarer Ergebnisse unumgänglich ist. In diesem Teil der Arbeit werden sämtliche für den Aufbau und für die Auswertung der quantitativen Analyse relevanten Schritte beschrieben.

7.1. Die wissenschaftstheoretische Herangehensweise

Der empirische Forschungsteil dieser Arbeit beruht auf dem Konzept des kritischen Rationalismus nach Sir Karl Popper (1959).

Dadurch ergeben sich verschiedene Implikationen für den Forschungsansatz. Zentral für den kritischen Realismus ist Poppers Aussage: „that [...] the rules of scientific procedure must be designed in a way that they do not protect any statement against falsification“³⁹¹.

Sämtliche empirisch-wissenschaftliche Systeme müssen also „grundsätzlich an der Realität überprüfbar sein und prinzipiell auch scheitern können“³⁹².

Jede Aussage muss demnach falsifizierbar sein. Weiterhin gilt in diesem Zusammenhang, dass Aussagen nicht bewiesen, sondern lediglich vorläufig bestätigt werden können, sie besitzen somit niemals eine universelle Aussagekraft.³⁹³ Der Grund hierfür ist, dass es unmöglich ist, Aussagen in jedem denkbaren jetzigen oder künftigen Kontext zu testen. Popper veranschaulicht dies mit seiner berühmten Schwan-Metapher: „now it is far from obvious, from a logical point of view, that we are justified in inferring universal statements from singular ones, no matter how numerous; for any

391 Popper, 1959, S.54

392 Tausendpfund, 2018, S.31

393 Vgl. Kromrey et al., 2016, S.38

conclusion drawn in this way may always turn out to be false: no matter how many instances of white swans we may have observed, this does not justify the conclusion that all swans are white“³⁹⁴.

Hinzu kommt, dass eine getroffene Aussage „nicht direkt durch Beobachtungen geprüft werden kann, sondern nur anhand einer Aussage über eine Beobachtung“³⁹⁵. Beobachtungsaussagen sind jedoch nicht zwangsläufig frei von Fehlern (dies wird von Karl Popper als „Basissatzproblem“ bezeichnet), weswegen es sinnvoll ist, diese nur als gültig anzuerkennen, sofern der Forschungsansatz bestimmte Gütekriterien erfüllt (und man somit von der Richtigkeit der Beobachtungsaussagen ausgehen kann). „Erstens muss der komplette Forschungsprozess intersubjektiv überprüfbar und nachvollziehbar sein. [...] Zweitens sind bei der Durchführung des Forschungsvorhabens die höchstmöglichen methodischen Standards einzuhalten“^{396 397}.

Diese Kriterien gilt es bei der konkreten Umsetzung des Forschungsvorhabens zu beachten.

394 Popper, 1959, S.28

395 Tausendpfund, 2018, S.31

396 Tausendpfund, 2018, S.32

397 Vgl. Tausendpfund, 2018, S.31-32

7.2. Die Wahl der methodischen Ausrichtung

Grundsätzlich gibt es in den Sozialwissenschaften in Bezug auf die Umsetzung der Forschungsidee verschiedene Herangehensweisen, wobei deren Wahl aus dem Kontext hervorgeht, in dem die Forschungsfrage gestellt wird.³⁹⁸ So kann die gewählte Forschungsmethode entweder qualitativer oder quantitativer Natur sein oder eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Elementen darstellen (Mixed Methods).³⁹⁹

Qualitative Methoden werden in der Regel dann angewendet, wenn die Fallzahl gering ist, Sprache und Worten eine besondere Bedeutung beigemessen wird, Hypothesen durch die Anwendung der Methode erst entwickelt werden sollen, der Grad der Generalisierung gering ist, die Auswertung der Daten offen ist und wenn induktiv vorgegangen wird. Quantitative Methoden werden hingegen gebraucht, wenn die Fallzahl hoch ist, Zahlen eine besondere Bedeutung zugestanden wird, Hypothesen durch die Forschung geprüft werden sollen, eine Generalisierung angestrebt wird, die Auswertung durch mithilfe von statistischen Verfahren erfolgt und wenn insgesamt deduktiv vorgegangen wird.⁴⁰⁰

Vor dem Hintergrund dieser Gegenüberstellung und dem in der Einleitung skizzierten Forschungsansatz wird nachvollziehbar, warum ich als Instrument meiner Forschung eine quantitative Methode gewählt habe (beziehungsweise wählen musste): das Hauptziel dieser Arbeit ist schließlich, allgemeine Aussagen über die Beeinflussbarkeit des Interviewverhaltens von PolitikerInnen (siehe Kapitel 6.1. & 6.2.) treffen zu können und Hypothesen, die sich auf diesen Zusammenhang beziehen, zu überprüfen.

398 Vgl. Tausendpfund, 2018, S.17

399 Vgl. Tausendpfund, 2018, S.24

400 Vgl. Tausendpfund, 2018, S.18

Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass sämtlichen quantitativen Methoden auch qualitative Elemente innewohnen, da in jedem Fall versucht wird, „quantitative Inhalte (Bedeutungsinhalte) quantifizierbar zu machen“⁴⁰¹. Daher kann auch gesagt werden, dass „zwischen qualifizierenden und quantifizierenden Analyseschritten eine nicht auflösbare dialektische Wechselbeziehung“⁴⁰² besteht.

7.3. Die empirische (quantitative) Inhaltsanalyse nach Kromrey et al. (2016)

Grundsätzlich kann die empirische Inhaltsanalyse als „eine Forschungstechnik, mit der man aus jeder Art von Bedeutungsträgern durch systematische und objektive Identifizierung ihrer Elemente Schlüsse ziehen kann“⁴⁰³, definiert werden.

Entscheidend ist in diesem Kontext außerdem, dass das Hauptaugenmerk nicht auf den Texten und deren Inhalten als solchen liegt, sondern auf dem sozialen Sachverhalt, den die im Text befindlichen Informationen widerspiegeln (die Informationsträger, die im Rahmen einer empirischen Inhaltsanalyse untersucht werden, müssen nicht zwangsläufig schriftlicher Natur sein, jedoch werde ich mich hier auf Texte beziehen, da diese die Grundlage dieser Arbeit darstellen). Die Analyse der Texte zielt demnach auf einen Erkenntnisgewinn über einen bestimmten Aspekt der sozialen Realität ab.⁴⁰⁴

Eine Besonderheit und eine Qualität der empirischen Inhaltsanalyse ist weiterhin, dass sie sich auf Materialien bezieht, die als Endprodukt bestimmter Handlungen bereits vorliegen, und die, anders als zum Beispiel bei

401 Kromrey et al., 2016, S.371

402 Früh, 1981a, S.102 direkt zit. n. Kromrey et al., 2016, S.372

403 Kromrey et al., 2018, S.302

404 Vgl. Kromrey et al., 2016, S.303

Befragungen oder Beobachtungen, nicht erst im Rahmen von „künstlichen Situationen“⁴⁰⁵ geschaffen wurden. Daran ist vorteilhaft, dass sich die Forschungsergebnisse durch wiederholte Untersuchungen einfach überprüfen lassen und dass der Forschungsgegenstand durch zukünftige Untersuchungen derselben Sachverhalte nicht abgewandelt wird (was beispielsweise bei Befragungen der Fall wäre).⁴⁰⁶

Die empirische Inhaltsanalyse kann sowohl ein qualitatives als auch ein quantitatives Forschungsinstrument darstellen. Da in dieser Arbeit jedoch theoriegeleitet vorgegangen wird und statistische Verfahren zur Anwendung kommen werden, handelt es sich vorliegend um ein quantitatives Forschungsinstrument, und somit um eine quantitative Inhaltsanalyse.

Das wesentliche Werkzeug der quantitativen Inhaltsanalyse ist dabei das Kategoriensystem oder Codebuch, „nach dem die Einheiten des Materials in den problemrelevanten Dimensionen codiert werden“⁴⁰⁷. Das Kategoriensystem umfasst demnach die Gesamtheit der Kategorien (beziehungsweise Variablen) und stellt somit „eine Liste von Merkmalen oder Eigenschaften, die die Erhebungseinheiten aufweisen müssen“⁴⁰⁸, dar.

Die Variablen der quantitativen Inhaltsanalyse werden dabei deduktiv gebildet, das heißt, dass diese aufbauend auf den theoretischen Überlegungen erstellt werden, und somit vor der Sichtung des Datenmaterials. Gütekriterien für die Kategorien sind dabei Eindimensionalität, Anwendbarkeit, Überschneidungsfreiheit und Unabhängigkeit. Jede Variable sollte sich also nur auf eine Bedeutungsebene beziehen, auf alle Untersuchungseinheiten anwendbar sein, sich nicht mit anderen Variablen überschneiden sowie nicht

405 Kromrey et al., 2016, S.372

406 Vgl. Kromrey et al., 2016, S.372

407 Friedrichs, 1982, S.316 direkt zit. n. Kromrey et al., 2016, S.309

408 Behnke et al., 2010, S.294 direkt zit. n. Tausendpfund, 2018, S.287

von anderen abhängig sein.⁴⁰⁹

Auch wenn alle quantitativen Inhaltsanalysen die Bildung und Anwendung eines Kategoriensystems beinhalten, so kann dieses jedoch unterschiedlich ausgerichtet werden und verschiedenen inhaltsanalytischen Strategien dienen. Es kann verwendet werden, um reine Häufigkeiten zu zählen (Frequenzanalyse), um zusätzlich Bewertungen zu erfassen (Valenzanalyse) sowie um die Intensität von Bewertungen (Intensitätsanalyse) und das gemeinsame Auftreten von sprachlichen Elementen zu erfassen (Kontingenzanalyse).⁴¹⁰

In dieser Arbeit wird das unten näher erläuterte Kategoriensystem es ermöglichen, eine Frequenzanalyse sowie eine Valenzanalyse durchzuführen. Die Ergebnisse der Frequenz-, und der Valenzanalyse erlauben weiterhin Rückschlüsse auf die 'Frame'-Strategien der PolitikerInnen, also darauf, ob sie die Gastarbeiter grundsätzlich eher als Bereicherung oder als Belastung sehen und in welchen Kontexten sie konkrete Policy-Vorschläge in Bezug auf die Gastarbeiter machen und in welchen nicht.

Unabhängig davon ist es im Anschluss an die Codierung auch im Hinblick auf die Einhaltung der höchstmöglichen methodischen Standards (zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit der Daten) unverzichtbar, einen Test der Intracoder-Reliabilität durchzuführen. Dabei wird der Codierer zu einem späteren Zeitpunkt stichprobenartig einige Untersuchungseinheiten erneut codieren, um die Korrektheit der Codierungen zu prüfen.⁴¹¹

409 Vgl. Behnke et al., 2010, S.295 zit. n. Tausendpfund, 2018, S.287 & Kromrey et al., 2016, S.293

410 Vgl. Kromrey et al., 2016, S.322-323

411 Vgl. Kromrey et al., 2016, S.288

7.4. Das Datenmaterial

Über das Online-Archiv des *Spiegels* sind sämtliche jemals erschienenen Ausgaben und Artikel für die Öffentlichkeit zugänglich, was mir ein zeitaufwändiges Sichten von Printausgaben ersparte.

Der erste Schritt bestand daher darin, aus der Vielzahl von Artikeln die für diese Forschungsarbeit relevanten Beiträge herauszufiltern. Was die Berichterstattung des *Spiegels* betrifft, so habe ich nur Artikel untersucht, die vornehmlich das Thema 'Gastarbeiter' beziehungsweise 'Ausländer' behandeln.

Ich orientiere mich hier an Dominik J. Leiner⁴¹², nach dem „knappe Erwähnungen im Kontext eines anderen Themas keine wertvollen Rückschlüsse darauf versprechen, wie die Öffentlichkeit ein Thema konstruiert“. Die Aussagekraft solcher „knappen Erwähnungen“ hinsichtlich der Tendenz der Berichterstattung im *Spiegel* wäre dementsprechend gering. Die Zuordnung eines Artikels zu einem bestimmten Thema orientiert sich dabei wesentlich am Titel.⁴¹³ Auf Grundlage dessen wurde auch in dieser Forschungsarbeit vorgegangen, um die relevanten Artikel von den nicht-relevanten Artikeln unterscheiden zu können.

Diese Einschränkung gilt für die PolitikerInnen-Interviews freilich nicht, da in diesen in der Regel ohnehin unterschiedliche Themen angesprochen werden und sich nicht nur einem Sachverhalt gewidmet wird.

Im Hinblick auf den gewählten Untersuchungszeitraum kommen alle *Spiegel*-Artikel, die zwischen den Ausgaben 52/1955 (erste Ausgabe nach dem mit Italien geschlossenen Anwerbeabkommen) und 40/1990 (erste Ausgabe nach der deutschen Wiedervereinigung) im *Spiegel* veröffentlicht wurden, für die Analyse in Betracht.

⁴¹² Leiner, 2012, S.63-64

⁴¹³ Vgl. Leiner, 2016, S.64

7.5. Die Variablen und Ausprägungen im Codebuch

Im Anhang findet sich das Codebuch mit den ausführlichen Codieranleitungen.

Hier wird nun nur kurz ein grafischer Überblick über die Variablen und die dazugehörigen Ausprägungen (Codes) gegeben:

Überblick über die Variablen / Ausprägungen	
Variable 1.1.: Jahr der Publikation	
Codierhinweis	Format: JJJJ
Variable 1.2.: Jahrzehnt	
0	1960er
1	1970er
2	1980er
Variable 1.3.: Nummer der Ausgabe im jeweiligen Jahr	
Codierhinweis	Maximal 53 Ausgaben werden pro Jahr publiziert
Variable 1.4.: Titel	
Codierhinweis	Titel des Artikels bzw. des Interviews
Variable 1.5.1.: Textart	
0	Artikel
1	Interview
Variable 1.5.2.: Wenn 1.5.1. = 1, Wahlkampfzeit	
1	Nein
2	Ja
Variable 1.5.3.: Wenn 1.5.1. = 1, Parteizugehörigkeit	
1	CDU
2	SPD
3	FDP
4	Bündnis90 / Die Grünen
5	Andere Partei

Variable 1.5.4.: Wenn 1.5.1. = 1, Geschlecht	
1	männlich
2	weiblich
Variable 1.5.5.: Wenn 1.5.1. = 1, Situation der Partei	
1	Regierung
2	Opposition
Variable 2.1.: Bezeichnungen	
0	Gastarbeiter
1	Ausländer
2	Muslime
3	Weder noch
Variable 2.2.1.: Nennung von Herkunftsgruppen	
0	Nein
1	Ja
Variable 2.2.2.: Wenn 2.2.1. = 1, welche	
1	Türken
2	Italiener
3	Jugoslawen
4	Spanier
5	Griechen
6	Portugiesen
7	Tunesier
8	Marokkaner
9	Zwei oder mehr Nationalitäten werden erwähnt
Variable 2.3.1.: Hauptthema des Artikels	
0	Wirtschaft und Arbeit
1	Kultur und Verhaltensweisen
2	Religion
3	Kriminalität
4	Bildung bzw. Schulbildung der Kinder
5	Immigration
6	Integration
7	Wohnen
8	Gastarbeiter als Objekte des Ausländerrechts
9	Gastarbeiter als Opfer von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
10	Gesundheit
11	Sport
12	Kulinarik
13	Religiös motivierte Kriminalität
14	Politisch motivierte Kriminalität

15	Sonstiges
16	Rückkehr in das jeweilige Heimatland
Variable 2.3.2.: Nebenthema des Artikels	
0	Nein
1	Ja
Variable 2.3.3.: Wenn 2.3.2. = 1, welches	
Codierhinweis	Es gelten die gleichen Codes wie bei 2.3.1.
Variable 2.4.: Bewertung	
0	Negativ
1	Ambivalent/Neutral
2	Positiv
Variable 2.5.1.: Bezugnahme auf eine (geplante) gesetzliche Regelung	
0	Nein
1	Ja/negativ
2	Ja/positiv
Variable 2.5.2.: Wenn 2.5.1. = 1, welche	
Codierhinweis	Hier wird der Name der gesetzlichen Regelung eingefügt
Variable 2.6.1.: Vorschlag ein Gesetz zu ändern / zu schaffen / abzuschaffen oder anders umzusetzen	
0	Nein
1	Ja
Variable 2.6.2.: Wenn 2.6.1. = 1, welches	
Codierhinweis	Hier werden die Vorschläge zusammengefasst und eingefügt

Abbildung 6: Überblick über die Variablen / Ausprägungen⁴¹⁴

Sämtliche oben angeführten Variablen sind notwendig, um die Forschungsfragen auf eine angemessene Art und Weise zu beantworten.

⁴¹⁴ Eigene Darstellung

7.6. Die Verfahren der statistischen Auswertung

Die statistische Auswertung wurde mithilfe des Programmes SPSS vorgenommen. In den folgenden Zeilen wird erklärt, welche konkreten Verfahren warum angewendet wurden.

Grundsätzlich eignen sich im Kontext der bivariaten Datenanalyse, je nach Skalenniveau, unterschiedliche Koeffizienten.⁴¹⁵

Möchte man einen potenziellen Zusammenhang zwischen zwei nominal-skalierten Variablen erforschen, eignet sich vor allem Cramer's V, welches auf Chi-Quadrat beruht. Cramer's V kann einen beliebigen Wert zwischen 0 und 1 annehmen, wobei 0 auf eine vollständige Unabhängigkeit der beiden Variablen hindeutet und 1 auf eine vollständige Abhängigkeit. Ab dem Wert 0,1 liegt ein schwacher, ab 0,2 ein mittelstarker, ab 0,4 ein starker und ab 0,6 ein sehr starker Zusammenhang vor. Cramer's V kann auch verwendet werden, wenn eine der beiden Variablen ein ordinales Skalenniveau hat.⁴¹⁶

Formel von Cramer's V:

$$\text{Cramer's V} = \sqrt{\frac{\chi^2}{n \cdot \min(r-1, c-1)}}$$

Möchte man hingegen einen potenziellen Zusammenhang zwischen zwei ordinal-skalierten Variablen erforschen, eignet sich vor allem der Rangkorrelationskoeffizient Spearman's Rho. Spearman's Rho kann einen beliebigen Wert zwischen -1 und 1 annehmen, wobei zwischen -1 und <0 ein

⁴¹⁵ Vgl. Tausendpfund, 2019, S.119

⁴¹⁶ Vgl. Tausendpfund, 2019, S.120-121,124

negativer linearer Zusammenhang und zwischen 0< und 1 ein positiver linearer Zusammenhang vorliegt. Ab dem Wert +/-0,05 liegt ein schwacher, ab +/-0,2 ein mittelstarker, ab +/-0,5 ein starker und ab +/-0,7 ein sehr starker Zusammenhang vor. Mögliche, durch Cramer's V oder Spearmans Rho angedeutete Zusammenhänge liegen dabei in der Grundgesamtheit natürlich nur dann vor, sofern die Signifikanztests positiv ausfallen.⁴¹⁷

Formel von Spearman's Rho:

$$\rho = 1 - \frac{6 \cdot \sum_{i=1}^n (r_i - s_i)^2}{n^3 - n}$$

Von den bereits vorgestellten Variablen sind nur zwei ordinalskaliert (1.2. [Jahrzehnt] und 2.4 [Bewertung]). Die Möglichkeit eines Zusammenhang zwischen diesen beiden Variablen wird daher mit Spearman's Rho geprüft. Alle anderen Variablen sind nominal-skaliert und werden deshalb mithilfe von Cramer's V auf Zusammenhänge überprüft.

Die mithilfe von Cramer's V und Spearman's Rho (und den dazugehörigen Signifikanztests) erzielten Ergebnisse sind für die Beantwortung der Forschungsfragen zentral.

⁴¹⁷ Vgl. Tausendpfund, 2019, S.123,129

8. Analyse

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse vorgestellt und interpretiert.

8.1. Deskriptive Statistiken

Insgesamt haben 208 *Spiegel*-Artikel und 46 PolitikerInnen-Interviews die Kriterien erfüllt, um für die Analyse berücksichtigt zu werden.

Die *Spiegel*-Artikel verteilen sich über den Untersuchungszeitraum wie folgt:

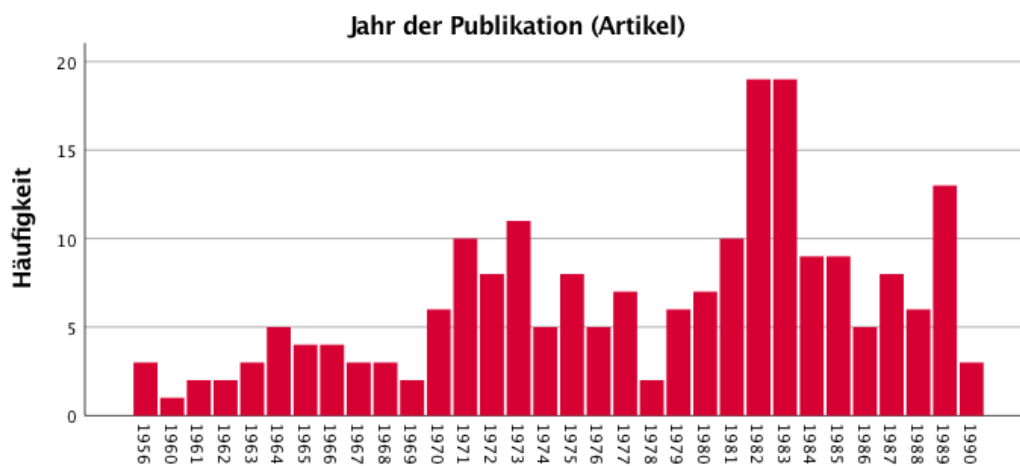


Abbildung 7: Jahr der Publikation (Artikel)⁴¹⁸

Die PolitikerInnen-Interviews dagegen verteilen sich wie folgt:

⁴¹⁸ Eigene Darstellung



Abbildung 8: Jahr der Publikation (Interviews)⁴¹⁹

Aus den Abbildungen 7 und 8 ergibt sich, dass die Anzahl der untersuchten Einheiten in den einzelnen Jahren Schwankungen unterliegt, auf die Jahrzehnte betrachtet hingegen insgesamt steigt.

Bevor ich mich dem Vergleich der Statistiken für Artikel und Interviews widme, werden nun zunächst die Einzel-Statistiken für die PolitikerInnen-Interviews vorgestellt.

Die erste diesbezügliche Variable bezieht sich auf den Zeitpunkt des Interviews, beziehungsweise auf die Frage, ob dieser in der Wahlkampfzeit liegt oder nicht. Die Verteilung sieht hier wie folgt aus, auf 'Wahlkampfzeit: Ja' entfallen 13,04 Prozent wohingegen auf 'Wahlkampfzeit: Nein' 86,96 Prozent entfallen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, wie hoch der Anteil der Wahlkampfzeit am gesamten Untersuchungszeitraum ist. Tatsächlich liegt dieser Anteil bei etwa 29 Prozent. Die Gastarbeiter-Thematik wird von PolitikerInnen also unverhältnismäßig oft in Nicht-Wahlkampfzeiten aufgeworfen. Hier lässt sich bereits ein Unterschied zur Gegenwart erkennen, da heutzutage die Ausländer-Thematik als polarisierendes Thema oft

⁴¹⁹ Eigene Darstellung

Gegenstand von Wahlkämpfen im Bund und in den Bundesländern ist (wie in Kapitel 6.3. erwähnt), vor allem wenn versucht wird, sich als 'Law and order'-PolitikerIn dazustellen.

Was die PolitikerInnen selbst betrifft, so lässt sich festhalten, dass fast nur in Interviews von Männern die Thematik angeschnitten wurde. Von den interviewten Personen waren 95,65 Prozent männlich und nur 4,35 Prozent weiblich. Auch wenn man sich vor Augen führt, dass beispielsweise 1972 nur 5,8 Prozent der ParlamentarierInnen Frauen waren⁴²⁰ (der niedrigste Wert im Untersuchungszeitraum), erscheint der Wert dennoch niedrig. Eine Erklärung könnte sein, dass die Gastarbeiter-Thematik und die aus ihr erwachsenden innenpolitischen Konsequenzen dem damaligen gesellschaftlichen Klima entsprechend möglicherweise nie als klassische 'Frauen-Themen' wahrgenommen wurden.

Was die Parteizugehörigkeit der interviewten Personen angeht, so ergibt sich folgendes Bild:

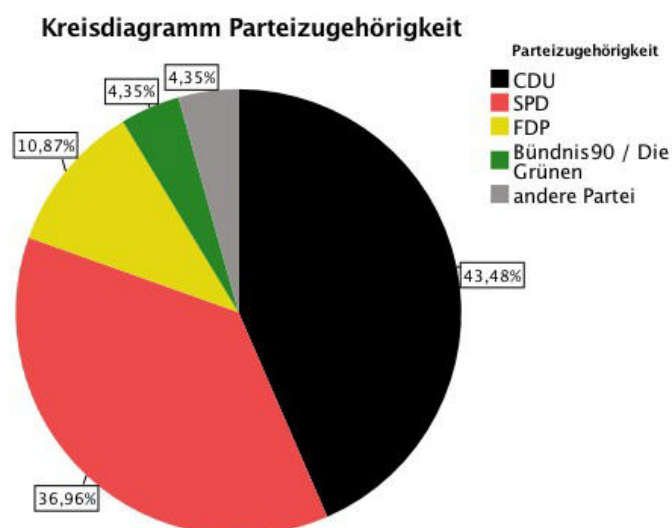


Abbildung 9: Kreisdiagramm Parteizugehörigkeit⁴²¹

⁴²⁰ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2017, S.1

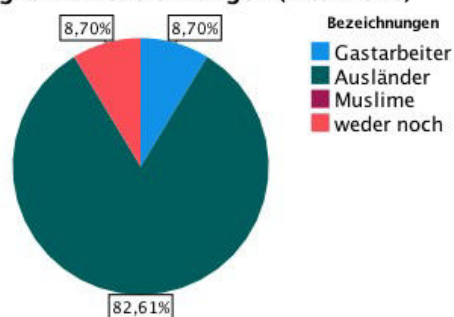
⁴²¹ Eigene Darstellung

Demnach sind etwa 80 Prozent der interviewten Personen entweder CDU-, oder SPD-PolitikerInnen, etwa 10 Prozent FDP-PolitikerInnen und jeweils etwa 5 Prozent Grünen-PolitikerInnen und PolitikerInnen von einer anderen Partei. Dieses Ergebnis ist weniger überraschend als etwa die prozentuale Verteilung der Antworten hinsichtlich der Frage, ob sich die Partei der interviewten Person in der Regierung befindet oder nicht. Tatsächlich entfallen auf 'Regierungspartei: Ja' 67,39 Prozent und auf 'Regierungspartei: Nein' nur 32,61. Etwa zwei Drittel der interviewten PolitikerInnen gehörten also einer Regierungspartei an, was bemerkenswert ist.

Kommen wir nun zu den inhaltsbezogenen Variablen, die bereits erste Vergleiche in Bezug auf die Interviews und die Spiegel-Artikel erlauben.

Ein erster wichtiger Punkt sind hier die Begrifflichkeiten.

Kreisdiagramm Bezeichnungen (Interviews)



Kreisdiagramm Bezeichnungen (Artikel)

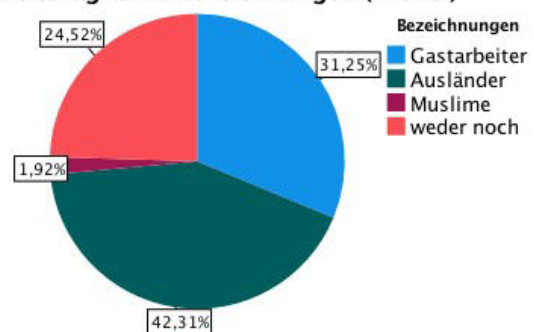


Abbildung 10: Kreisdiagramm Bezeichnungen (Interviews) / Abbildung 11: Kreisdiagramm Bezeichnungen (Artikel)⁴²²

Während etwa 80 Prozent der PolitikerInnen am häufigsten das Wort 'Ausländer' gebrauchen, wird nur bei etwa 40 Prozent der *Spiegel*-Artikel der Begriff 'Ausländer' benutzt. Bei etwa 30 Prozent der Artikel ist 'Gastarbeiter' das dominierende Wort und bei etwa 25 Prozent der konkrete

⁴²² Eigene Darstellung

Migrationshintergrund. Dies resultiert daraus, dass zur Hochzeit des Begriffs 'Gastarbeiter' in den 1960er Jahren, nur sehr wenige Interviews diese Thematik aufgegriffen haben (im Vergleich zur Anzahl der *Spiegel*-Artikel zu dieser Thematik im selben Zeitraum) und zum anderen daraus, dass vergleichsweise viele *Spiegel*-Artikel sich ausschließlich um eine Nationalität innerhalb des Gastarbeitermilieus drehen (was als 'weder noch' codiert wird).

Eine konkrete Nationalität wurde daher auch in 84,62 Prozent der *Spiegel*-Artikel genannt, aber nur in 34,78 Prozent der Interviews. Das liegt vor allem daran, dass ausländerrechtliche Regelungen meist sämtliche AusländerInnen betreffen und nicht nur Personen mit bestimmten Staatsangehörigkeiten.

Falls Herkunftsgruppen konkret benannt werden, ist die Verteilung dieser bei Artikeln und Interviews jedoch ähnlich.

Kreisdiagramm genannte Herkunftsgruppe (Interviews)

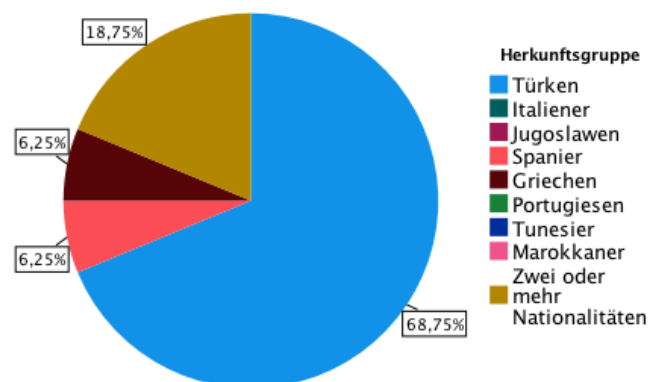


Abbildung 12: Kreisdiagramm genannte Herkunftsgruppe (Interviews)⁴²³

Es ist offensichtlich, dass in beiden Fällen manche Herkunftsgruppen überhaupt nicht einzeln vorkommen, wie zum Beispiel Portugiesen und Marokkaner.

⁴²³ Eigene Darstellung

Kreisdiagramm genannte Herkunftsgruppe (Artikel)

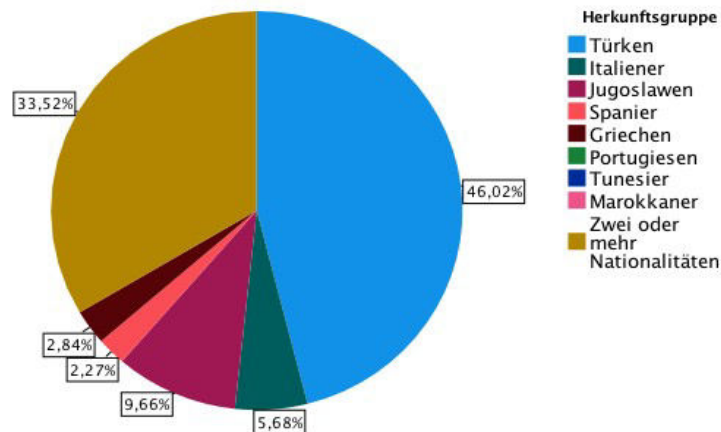


Abbildung 13: Kreisdiagramm genannte Herkunftsgruppe (Artikel)⁴²⁴

Bemerkenswert ist vor allem bei den Interviews die Tatsache, dass der türkische Gastarbeiteranteil sehr stark überrepräsentiert ist. Ihr alleiniger Nennungs-Anteil beträgt fast 70 Prozent, wobei sie 1980 weniger als 30 Prozent der Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland stellten. Überrepräsentiert sind sie, wenn auch nicht so drastisch, ebenfalls was die Nennungen in den *Spiegel*-Artikeln betrifft (der alleinige Nennungsanteil liegt hier bei etwa 45 Prozent). Der Nennungsanteil von zwei oder mehr Nationalitäten liegt bei den *Spiegel*-Artikeln um etwa 15 Prozentpunkte höher als bei den Interviews. Zudem ist es noch interessant zu sehen, dass Jugoslawen und Italiener bei den Artikeln zusammen etwa 15 Prozent alleinigen Nennungsanteil erreichen, während sie von PolitikerInnen nie alleine erwähnt werden. Die Hauptähnlichkeit der beiden Verteilungen ist hingegen die Tatsache, dass der Anteil der Türken und der Anteil der Mehrfachnennungen zusammengerechnet jeweils etwa bei 80-90 Prozent liegen (Interviews: 87,5 Prozent, Artikel: 79,54 Prozent).

Die thematische Verteilung bei den PolitikerInnen-Interviews sieht hingegen wie folgt aus:

⁴²⁴ Eigene Darstellung

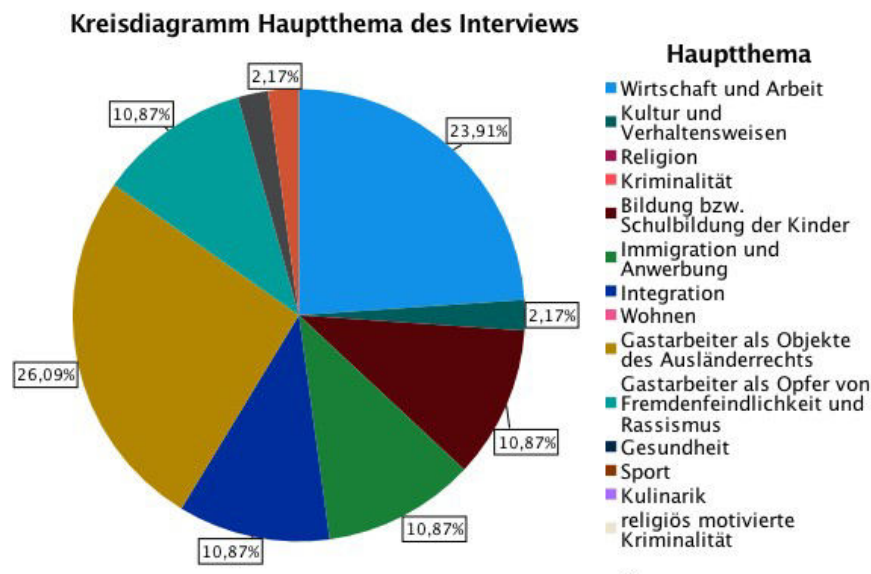


Abbildung 14: Kreisdiagramm Hauptthema des Interviews⁴²⁵

Die thematische Verteilung bei den *Spiegel*-Artikeln weicht sichtbar von der thematischen Verteilung bei den PolitikerInnen-Interviews ab:

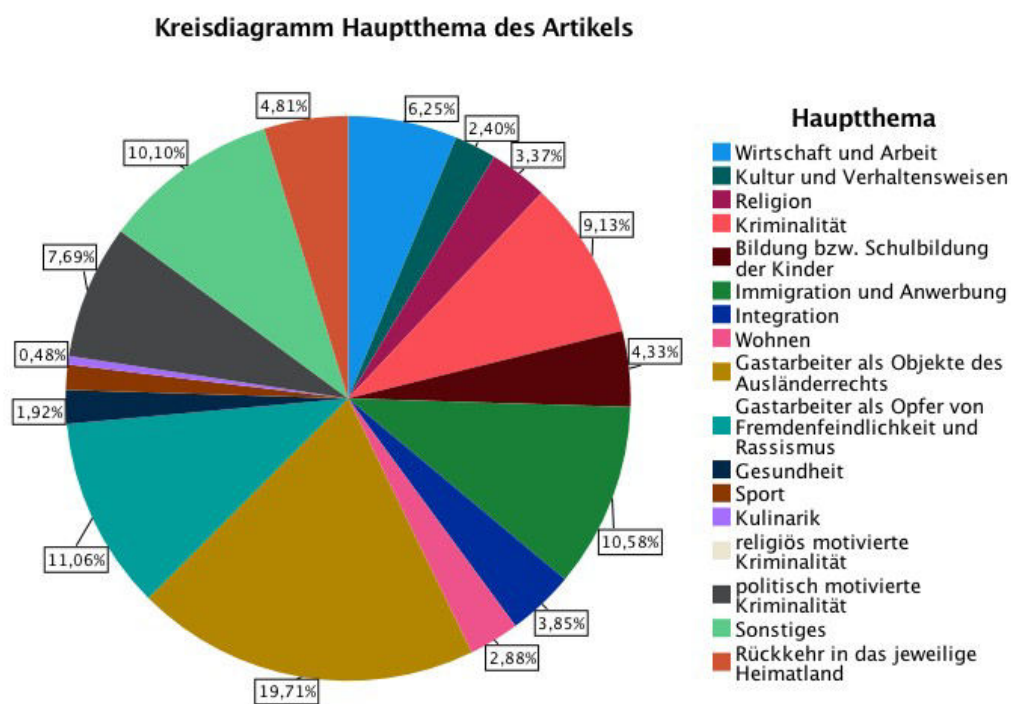


Abbildung 15: Kreisdiagramm Hauptthema des Artikels⁴²⁶

425 Eigene Darstellung

426 Eigene Darstellung

In jedem zweiten Interview ist das Hauptthema entweder 'Gastarbeiter als Objekte des Ausländerrechts' (26,09 Prozent) oder 'Wirtschaft und Arbeit' (23,91 Prozent). Jeweils 10,87 Prozent erzielen die Themenbereiche 'Gastarbeiter als Opfer von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus', 'Immigration und Anwerbung', 'Integration' und 'Bildung beziehungsweise Schulbildung der Kinder'. Alle anderen Themen sind hier nicht nennenswert vertreten.

Die Verteilung bei den *Spiegel*-Artikeln ist deutlich diverser, wobei auch hier 'Gastarbeiter als Objekte des Ausländerrechts' (19,71 Prozent) das häufigste Hauptthema ist. Die weiteren am häufigsten vertretenen Hauptthemen sind 'Gastarbeiter als Opfer von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus' (11,06 Prozent), 'Immigration und Anwerbung' (10,58 Prozent), 'Sonstiges' (10,10 Prozent) und 'Kriminalität' (9,13 Prozent).

Grundsätzlich werden in 62,98 Prozent der Artikel noch weitere Nebenthemen angesprochen, bei den Interviews liegt dieser Wert bei 50 Prozent. In etwa 70 Prozent lautet das Nebenthema der Interviews entweder 'Gastarbeiter als Objekte des Ausländerrechts' (30,43 Prozent), 'Immigration und Anwerbung' (21,74 Prozent) oder 'Integration' (17,39 Prozent). In etwa 60 Prozent hingegen lautet das Nebenthema der Artikel entweder 'Wirtschaft und Arbeit' (23,38 Prozent), 'Gastarbeiter als Objekte des Ausländerrechts' (18,18 Prozent) oder 'Integration' (16,88 Prozent). Grundsätzlich gibt es, wenn man Artikel und Interviews miteinander vergleicht, keine wirklichen thematischen Abweichungen voneinander, sondern eher vereinzelte Unterschiede bei der zugemessenen Relevanz eines Themas. Nichtsdestotrotz ist eine deutlich höhere thematische Vielfalt bei den Artikeln erkennbar.

Was die Bewertung der Gastarbeiter betrifft, so sieht die Verteilung bei den PolitikerInnen-Interviews wie folgt aus:

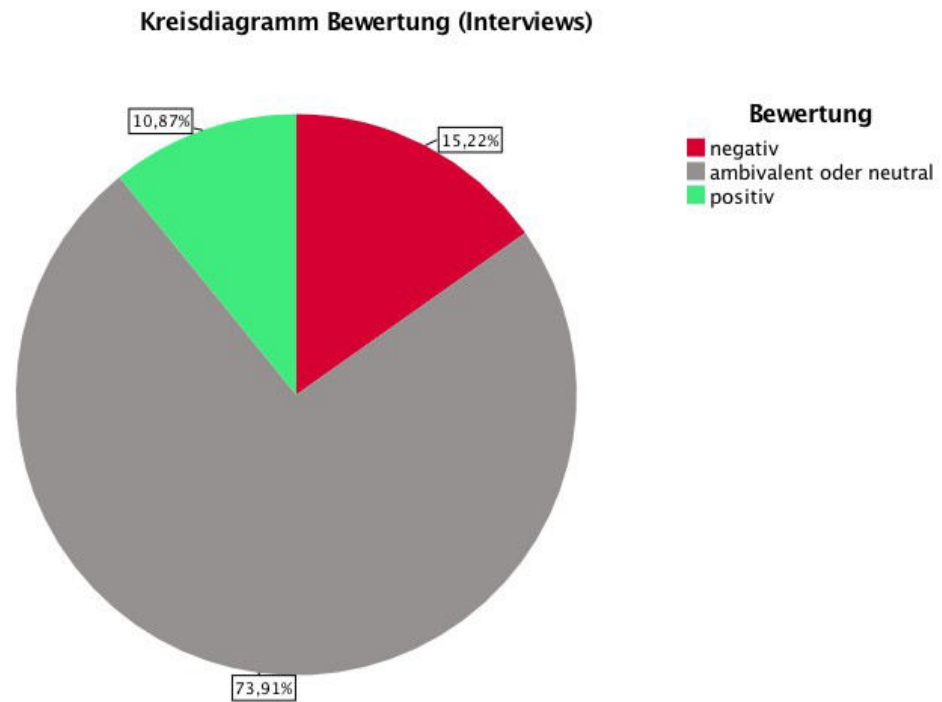
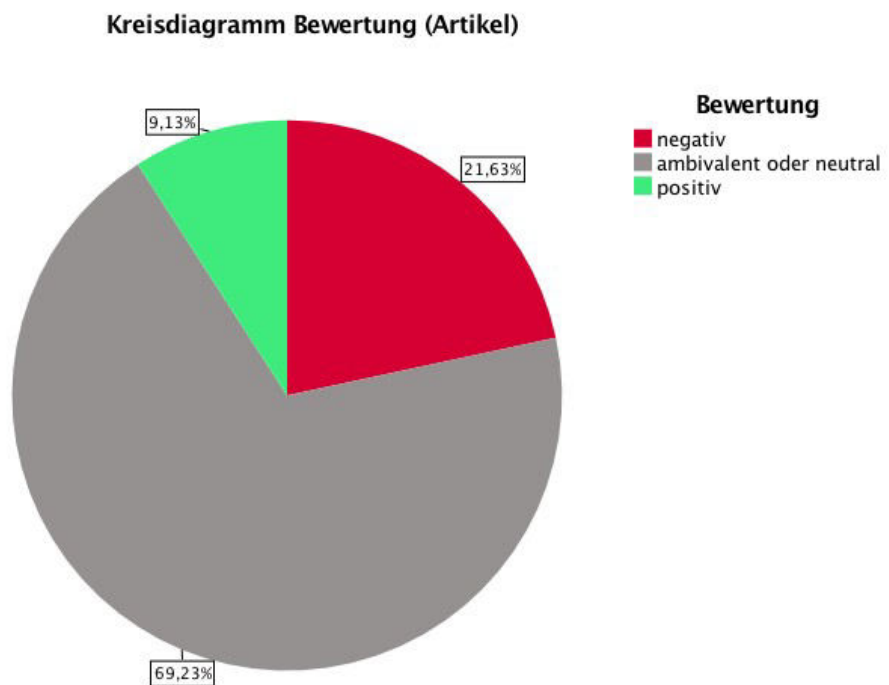


Abbildung 16: Kreisdiagramm Bewertung (Interviews)⁴²⁷

Die Bewertung der Gastarbeiter durch die *Spiegel*-JournalistInnen hingegen sieht wie folgt aus:



⁴²⁷ Eigene Darstellung

Grundsätzlich ähnelt sich die allgemeine Beurteilung durch PolitikerInnen und JournalistInnen. In beiden Diagrammen beträgt die ambivalente oder neutrale Bewertung etwa 70 Prozent. Die restlichen 30 Prozent entfallen daher auf positive und negative Bewertungen. Tatsächlich lässt sich eine etwas negativere Bewertung durch die JournalistInnen erkennen (jeder positiven Bewertung stehen hier ungefähr zwei negative Bewertungen gegenüber, während die Rate bei den Interviews etwa 2:3 beträgt).

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Frage, wie oft sich auf (geplante) gesetzliche Regelungen bezogen wurde.

Die JournalistInnen haben sich in diesem Zusammenhang in 74,04 Prozent der Fälle auf keine (geplante) gesetzliche Regelung bezogen. In 25,96 Prozent der Fälle haben sie sich auf eine bezogen (14,42 Prozent der Fälle: Ja / negativ, 11,06 Prozent der Fälle: Ja / ambivalent oder neutral, 0,48 Prozent der Fälle: Ja / positiv). PolitikerInnen haben sich sogar in 76,09 Prozent der Fälle auf keine (geplante) gesetzliche Regelung bezogen. In 23,91 Prozent der Fälle haben sie sich auf eine bezogen (13,04 Prozent der Fälle: Ja / negativ, 8,70 Prozent der Fälle: Ja / positiv, 2,17 Prozent der Fälle: Ja / neutral). Auf den ersten Blick mag diese Statistik überraschen. Der Grund hierfür ist aber, dass bloße Policy-Vorschläge von PolitikerInnen hier nicht gewertet wurden, da diese keine 'geplanten gesetzlichen Regelungen' darstellen. Auf die konkreten Vorschläge der PolitikerInnen wird jedoch im übernächsten Kapitel noch eingegangen. Ganz allgemein wurde in 56,62 Prozent der Interviews von den PolitikerInnen vorgeschlagen, 'ein Gesetz zu ändern / schaffen / abzuschaffen oder anders umzusetzen'. In den Artikeln wurde dies nur zu 14,01 Prozent der

428

Fälle vorgeschlagen. Diese Diskrepanz ist nicht verwunderlich, da PolitikerInnen sich im Gegensatz zu JournalistInnen fast ausschließlich mit der Gesetzgebung befassen.

8.2. Prüfung möglicher Zusammenhänge

In diesem Kapitel wird dargelegt, zwischen welchen für die Forschungsfragen relevanten Variablen signifikante Zusammenhänge bestehen und zwischen welchen nicht. Für eine diesbezügliche Einschätzung werden wie in Kapitel 7.6. bereits angesprochen, der Wert von Cramer's V und der damit in Verbindung stehende Wert des Signifikanztest interpretiert.

Zunächst zur Frage, wie sich die Darstellung von Personen mit Gastarbeiterhintergrund zwischen 1955 und 1990 durch Spiegel-JournalistInnen verändert hat. Die Ergebnisse zeigen, dass zwischen der Variable '1.2.: Jahrzehnt' und der Variable '2.1.: Bezeichnungen' ein starker, sehr signifikanter Zusammenhang vorliegt (Cramer's V: 0,426 / Signifikanz: 0,000). So wird in den 1960er und 1970er Jahren noch hauptsächlich von 'Gastarbeitern' gesprochen, während in den 1980er Jahren der Begriff 'Ausländer' vorherrscht. Weiterhin lässt sich auch ein starker, sehr signifikanter Zusammenhang zwischen den Variablen '1.2.: Jahrzehnt' und '2.2.2.: Nationalität' nachweisen (Cramer's V: 0,503 / Signifikanz: 0,000). So liegt der alleinige türkische Nennungsanteil in den 1960er Jahren noch bei 5/30, in den 1980er Jahren jedoch schon bei 61/90. Die türkischen Gastarbeiter werden also im Laufe der Jahrzehnte immer stärker durch *Spiegel*-JournalistInnen überrepräsentiert.

Ein weiterer starker, sehr signifikanter Zusammenhang lässt sich auch zwischen den Variablen '1.2.: Jahrzehnt' und '2.3.1.: Hauptthema des Artikels' belegen (Cramer's V: 0,420 / Signifikanz: 0,000). Hat das Hauptthema 'Wirtschaft und

Arbeit' in den 1960er Jahren noch einen Anteil von 7/32, so liegt dieser Anteil in den 1980er Jahren nur noch bei 3/108.

Auf der anderen Seite liegt der zusammengerechnete Anteil der beiden Hauptthemen 'Gastarbeiter als Opfer von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus' und 'Gastarbeiter als Objekte des Ausländerrechts' in den 1960er Jahren lediglich bei 4/32, in den 1980er Jahren jedoch bei 42/108. Man kann also zusammenfassen, dass manche Themen immer Laufe der Zeit für die Spiegel-JournalistInnen immer weniger wichtig wurden, während es bei anderen Themen genau umgekehrt war.

Ein Zusammenhang zwischen der Variable '1.2.: Jahrzehnt' und den Variablen '2.2.1.: Nennung von Herkunftsgruppen' und '2.4.: Bewertung' lässt sich hingegen nicht nachweisen.

Nun zur Frage, ob die Nationalität der Gastarbeiter einen statistisch nachweisbaren Einfluss auf die Darstellungen durch die Spiegel-JournalistInnen gehabt hat.

Für die Variablen '2.2.2.: Nationalität' und '2.1.: Bezeichnungen' lässt sich dabei ein mittelstarker, sehr signifikanter Zusammenhang belegen (Cramer's V: 0,287 / Signifikanz: 0,000). Das war zu erwarten, da sich wie oben bereits angesprochen, die gebrauchten Bezeichnungen und die Verteilung der genannten Nationalitäten verändert haben. Ein weiterer mittelstarker, sehr signifikanter Zusammenhang liegt auch zwischen den Variablen '2.2.2.: Nationalität' und '2.3.1.: Hauptthema des Artikels' vor (Cramer's V: 0,394 / Signifikanz: 0,000). Tatsächlich lautet das Hauptthema in *Spiegel*-Artikeln, wenn es um türkische Gastarbeiter geht, unverhältnismäßig oft 'Gastarbeiter als Objekte des Ausländerrechts' der 'Gastarbeiter als Opfer von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus', während in Spiegel-Artikeln über Jugoslawen hingegen die Hauptthemen 'Kriminalität' und 'politische motivierte

Kriminalität' unverhältnismäßig oft vertreten sind. Auch zwischen den Variablen '2.2.2.: Nationalität' und '2.4.: Bewertung' besteht ein mittelstarker, sehr signifikanter Zusammenhang (Cramer's V: 0,362 / Signifikanz: 0,000). Verglichen mit den anderen Nationalitäten werden vor allem Jugoslawen (13/17 Nennungen negativ) und Griechen (4/5 Nennungen negativ) unverhältnismäßig oft negativ beurteilt. Dies ist kaum überraschend, werden doch gerade Jugoslawen in der Regel im Kontext von Kriminalität erwähnt.

Nun zur Frage, wie sich die Darstellung von Personen mit Gastarbeiterhintergrund zwischen 1955 und 1990 durch PolitikerInnen verändert hat. Noch mehr als bei den Spiegel-JournalistInnen lässt sich bei den PolitikerInnen ein sehr starker, sehr signifikanter Zusammenhang zwischen den Variablen '1.2.: Jahrzehnt' und '2.1.: Bezeichnungen' belegen (Cramer's V: 0,832 / Signifikanz: 0,000). So werden Personen mit Gastarbeiterhintergrund in den 1960er Jahren von PolitikerInnen ausnahmslos als 'Gastarbeiter' bezeichnet, in den 1980er Jahren hingegen ausnahmslos als 'Ausländer'. Ein sehr starker, signifikanter Zusammenhang lässt sich auch zwischen den Variablen '1.2.: Jahrzehnt' und '2.3.1.: Hauptthema des Artikels' nachweisen (Cramer's V: 0,626 / Signifikanz: 0,003). Ist in den 1960er und 1970er Jahren noch 'Wirtschaft und Arbeit' das dominierende Hauptthema, so ist in den 1980er Jahren 'Gastarbeiter als Objekte des Ausländerrechts' das häufigste Hauptthema. Ein Zusammenhang zwischen der Variable '1.2.: Jahrzehnt' und den Variablen '2.2.1.: Nennung von Herkunftsgruppen', '2.2.2.: Nationalität' und '2.4.: Bewertung' besteht hingegen nicht.

Wie bereits in der Einleitung und in Kapitel 4 erklärt, ist für diese Arbeit auch von Interesse, ob die Parteizugehörigkeit der PolitikerInnen einen Einfluss darauf hat, wie sie die Gastarbeiter darstellen.

Tatsächlich lässt sich für die Variablen '1.5.3.: Parteizugehörigkeit' und '2.2.2.:

Nationalität' ein sehr starker, signifikanter Zusammenhang belegen (Cramer's V: 0,768 / Signifikanz: 0,000). CDU-PolitikerInnen sprechen dabei ausschließlich von Türken, falls sie eine Nationalität nennen, wohingegen die anderen Parteien auch von anderen Nationalitäten sprechen. Grundsätzlich lässt sich was die Variablen '1.5.3.: Parteizugehörigkeit' und '2.4.: Bewertung' betrifft, kein Zusammenhang nachweisen, außer man beschränkt die Fallauswahl auf die den Kanzler stellenden Parteien im Untersuchungszeitraum (CDU und SPD). In diesem Fall besteht ein starker und signifikanter Zusammenhang zwischen den Variablen '1.5.3.: Parteizugehörigkeit' und '2.4.: Bewertung' (Cramer's V: 0,468 / Signifikanz: 0,017). SPD-PolitikerInnen bewerten Personen mit Gastarbeiter-Hintergrund demnach signifikant wohlwollender als CDU-PolitikerInnen (sämtliche positiven Gastarbeiter-Bewertungen entfallen tatsächlich auf die SPD).

Ein Zusammenhang zwischen der Variable '1.5.3.: Parteizugehörigkeit' und den Variablen '2.1.: Bezeichnungen' und '2.3.1.: Hauptthema des Artikels' lässt sich hingegen nicht belegen.

Ferner lassen sich auch keine Zusammenhänge zwischen der Variable '2.2.2.: Nationalität' und den Variablen '2.1.: Bezeichnungen', '2.3.1.: Hauptthema des Artikels' und '2.4.: Bewertung' nachweisen. Die Nationalität der Gastarbeiter hat demnach keinen Einfluss darauf, wie sie von den PolitikerInnen dargestellt werden (bei den Spiegel-JournalistInnen ist dies jedoch wie oben gezeigt der Fall).

Nun zur Frage, ob der Zeitpunkt des Interviews (Wahlkampfzeit oder Nichtwahlkampfzeit) einen Einfluss auf Darstellung der Gastarbeiter durch die PolitikerInnen hatte. Aus thematischer Sicht lässt sich dies bejahen, da sich ein starker, signifikanter Zusammenhang für die Variablen '1.5.2.: Wahlkampfzeit' und '2.3.1.: Hauptthema des Artikels' belegen lässt (Cramer's V: 0,586 /

Signifikanz: 0,045). Am auffälligsten ist in diesem Kontext, dass die Themen 'Immigration und Anwerbung' und 'Gastarbeiter als Opfer von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus' die in Nicht-Wahlkampfzeiten zusammen für jedes vierte angesprochene Hauptthema verantwortlich zeichneten, in Wahlkampfzeiten kein einziges Mal das Hauptthema waren. Die Hauptthemen 'Rückkehr in das jeweilige Heimatland' und 'politische motivierte Kriminalität' hingegen wurden in der Wahlkampfzeit angeschnitten, jedoch kein einziges Mal in der Nichtwahlkampfzeit. Passend dazu lässt sich auch ein mittelstarker, signifikanter Zusammenhang für die Variablen '1.5.2.: Wahlkampfzeit' und '2.4.: Bewertung' nachweisen (Cramer's V: 0,384 / Signifikanz: 0,034). PolitikerInnen äußern sich in Wahlkampfzeiten also tatsächlich signifikant negativer über Personen mit Gastarbeiterhintergrund als in Nicht-Wahlkampfzeiten (keine einzige der positiven Bewertungen entfällt in die Wahlkampfzeit).

Ein Zusammenhang zwischen der Variable '1.5.2.: Wahlkampfzeit' und den Variablen '2.1.: Bezeichnungen' und '2.2.2.: Nationalität' lässt sich hingegen nicht belegen.

Weiterhin lassen sich auch keine Zusammenhänge zwischen der Variable '1.5.5.: Situation der Partei' und den Variablen '2.1.: Bezeichnungen', '2.2.2.: Nationalität', '2.3.1.: Hauptthema des Artikels' und '2.4.: Bewertung' nachweisen. Das bedeutet, dass die Situation der Partei (Regierungs- oder Oppositionspartei) grundsätzlich keinen Einfluss auf die Darstellung der Gastarbeiter durch die PolitikerInnen hatte, was nicht unbedingt zu erwarten war.

Insgesamt kann gesagt werden, dass sich mit dem Fortschreiten der Zeit auch die Darstellung der Gastarbeiter durch die Spiegel-JournalistInnen und die PolitikerInnen in manchen Aspekten verändert hat. Weiterhin, vom Faktor Zeit

abgesehen, beeinflusst die Nationalität der Gastarbeiter die Darstellung derselbigen durch die Spiegel-JournalistInnen, nicht aber die Darstellung durch die PolitikerInnen. Ferner haben der Zeitpunkt des Interviews und die Parteizugehörigkeit der PolitikerInnen einen Einfluss auf die Darstellung der Gastarbeiter durch die PolitikerInnen, die Situation der Partei hingegen spielt in diesem Kontext überhaupt keine Rolle.

8.3. Stellungnahmen von Spiegel-JournalistInnen und PolitikerInnen zu Gesetzen und Reformen im Kontext der Gastarbeiter-Thematik

In diesem Unterkapitel werden die durch Spiegel-JournalistInnen und PolitikerInnen vorgebrachten Kritikpunkte und Vorschläge hinsichtlich der rechtlichen Situation von Gastarbeitern beleuchtet.

8.3.1. Positionen von Spiegel-JournalistInnen bezüglich der Rechte der Gastarbeiter

In diesem Unterkapitel werden die inhaltlichen Positionen der Spiegel-JournalistInnen im Hinblick auf die Gastarbeiterthematik besprochen.

Grundsätzlich werden etwa 56 Prozent der erwähnten (geplanten) gesetzlichen Regelungen von Spiegel-JournalistInnen in einem negativen Kontext besprochen (2 Prozent in einem positiven Kontext). Überraschend ist dabei, dass - obwohl Gastarbeiter in den Spiegel-Artikeln weitaus häufiger negativ oder neutral als positiv dargestellt werden - keine einzige negative Erwähnung einer (geplanten) gesetzlichen Regelung auf einer wahrgenommenen Gastarbeiterfreundlichkeit einer bestimmten Regelung beruht. Kritisiert werden

(geplante) gesetzliche Regelungen in sämtlichen (!) Fällen deshalb, weil sie laut den *Spiegel*-JournalistInnen die Rechte der Gastarbeiter beschneiden. Der *Spiegel* als politisches Magazin ist somit im Untersuchungszeitraum ohne jeden Zweifel ein Advokat für die Rechte der Gastarbeiter. Ein besonders prominentes Beispiel ist die langjährige Kritik am Ausländergesetz (AuslG). Dieses wird 15 mal erwähnt, jedes Mal in einem negativen Kontext. Es kommt dabei zu deutlichen Wertungen seitens der *Spiegel*-JournalistInnen, so würden durch das „wilhelminisch anmutende“⁴²⁹ Ausländergesetz Menschen „für ihr Elend bestraft“⁴³⁰ und „bürokratischem Widersinn“⁴³¹ ausgesetzt. Hauptkritikpunkte in Bezug auf das Ausländergesetz sind vor allem die fehlende Rechtssicherheit der Gastarbeiter⁴³² und die Willkür bei der Umsetzung des Gesetzes durch die Behörden⁴³³. Diese würden nicht selten „rüde Methoden“⁴³⁴ gebrauchen, oftmals „Ausländer einschüchtern“⁴³⁵ und vor „rigorosen Eingriffen in die Freiheitsrechte“⁴³⁶ nicht zurückschrecken. Grundsätzlich sprechen sich die VerfasserInnen der Artikel für eine Reformierung des Ausländergesetzes⁴³⁷ und für eine Ausweitung der Rechte von Gastarbeitern aus⁴³⁸. Auch der Anwerbestopp wird vornehmlich kritisch gesehen und im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen als „Bonner-Abwehr-Katalog“⁴³⁹ bezeichnet. Konkret werden von den *Spiegel*-JournalistInnen sehr oft gastarbeiterfreundlichere Regelungen in Bezug auf die Aufenthaltserlaubnis und die Arbeitserlaubnis gefordert⁴⁴⁰. Explizit kritisiert werden weiterhin die arbeitsrechtlichen

429 Spiegel-Ausgabe 19/1976

430 Spiegel-Ausgabe 50/1973

431 Spiegel-Ausgabe 17/1981

432 Vgl. Spiegel-Ausgaben 28/1971, 48/1971, 49/1971, 23/1976, 43/1978

433 Vgl. Spiegel-Ausgaben 50/1973, 53/1973, 18/1975, 25/1977, 43/1978, 45/1983

434 Spiegel-Ausgabe 18/1975

435 Spiegel-Ausgabe 45/1983

436 Spiegel-Ausgabe 6/1989

437 Vgl. Spiegel-Ausgaben 32/1970, 19/1976

438 Vgl. Spiegel-Ausgaben 7/1972, 39/1972, 37/1973, 23/1976, 53/1977, 1/1981

439 Spiegel-Ausgabe 3/1975

440 Vgl. Spiegel-Ausgaben 39/1972, 37/1973, 50/1973, 18/1975, 50/1975, 23/1976, 26/1976, 25/1977, 53/1977,

Regelungen für nachziehende Kinder, die „durch amtliches Nichtstun zur Untätigkeit verdammt“⁴⁴¹ sind und „ohne jede Aussicht [sind] einen Beruf zu erlernen oder gar eine Anstellung zu finden“⁴⁴². Auch die aufenthaltsrechtlichen Implikationen von Ehen beziehungsweise Scheidungen werden kritisiert, vor allem, wenn durch die rechtliche Situation die Frage entsteht, ob sich Frauen „von rabiaten Gatten schlagen oder von den Ämtern verjagen lassen wollen“⁴⁴³. All diese Kritikpunkte wurden zumeist während der Amtsperioden der sozialliberalen Koalitionen vorgebracht. Nach dem Wahlsieg der CDU und der Bildung der schwarzgelben Koalition 1983 scheint es eher um die Verteidigung der erkämpften Rechte für Gastarbeiter zu gehen, was die offene Zurückweisung des von Innenminister Zimmermann geplanten „Ausländeraufenthaltsgesetzes“ erklären würde („überdies hat Zimmermann rigorose Pläne zur Reinhaltung des deutschen Volkes entwickelt“⁴⁴⁴). Auch die Rückkehrhilfe wird von *Spiegel*-JournalistInnen vornehmlich negativ (vier von acht Erwähnungen sind negativ, die anderen vier neutral) gesehen und als Teil eines „ausgeklügelten Hindernisparcours, um Gastarbeiter straucheln zu lassen“⁴⁴⁵. Eine mögliche Einführung des Ausländerwahlrechts, das gegen Ende der 1980er Jahre vielerorts diskutiert wurde, wird von *Spiegel*-JournalistInnen zumeist auf eine neutrale Art und Weise besprochen (sieben von acht Erwähnungen sind neutral, eine positiv).

Grundsätzlich steigt zwar die Anzahl der Erwähnungen von (geplanten) gesetzlichen Regelungen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, die Anzahl der Vorschläge der *Spiegel*-JournalistInnen in Bezug auf Gesetzesänderungen etc. hat ihren Höhepunkt jedoch in den 1970ern (Cramer's V: 0,326 / Signifikanz:

43/1978, 20/1983

441 Spiegel-Ausgabe 26/1976

442 Spiegel-Ausgabe 53/1977

443 Spiegel-Ausgabe 20/1983

444 Spiegel-Ausgabe 48/1988

445 Spiegel-Ausgabe 34/1983

0,000; demnach liegt ein mittelstarker, höchst signifikanter Zusammenhang vor). Man könnte also argumentieren, dass *Spiegel*-JournalistInnen in den 1960er und 1980er Jahren vornehmlich BeobachterInnen waren, in den 1970er Jahren jedoch 'AktivistInnen' für einen grundlegenden Gesetzeswandel (hinsichtlich der Rechte von Gastarbeitern). Hintergrund dieser stetigen Rollenänderung war vermutlich, dass die Thematik in den 1960er Jahren noch nicht genug gesellschaftliche Relevanz besaß und in den 1980er Jahren eine gewisse Zufriedenheit mit der rechtlichen Situation der Gastarbeiter herrschte und dieser erkämpfte Zustand verteidigt werden sollte. In den 1970er Jahren hingegen war die Thematik relevant und die rechtliche Situation der Gastarbeiter ungenügend, was vermutlich zu eben erwähntem *Spiegel*-'Aktivismus' führte. Es ist nicht abwegig zu argumentieren, dass dieser Einsatz für Gastarbeiter letztendlich zu konkreten rechtlichen Erfolgen führte. Tatsächlich fallen in diesen Zeitraum (siehe Kapitel 4.2.) fast alle gastarbeiterfreundlichen rechtlichen Änderungen, die vor allem, wie im *Spiegel* mehrfach gefordert, aufenthalts- und arbeitsrechtliche Erleichterungen für die betroffenen Personen mit sich brachten.

8.3.2. Positionen von PolitikerInnen bezüglich der Rechte der Gastarbeiter

In diesem Unterkapitel werden die inhaltlichen Positionen der PolitikerInnen im Hinblick auf die Gastarbeiterthematik besprochen.

Grundsätzlich werden etwa 55 Prozent der erwähnten (geplanten) gesetzlichen Regelungen von PolitikerInnen in einem negativen Kontext besprochen (36 Prozent in einem positiven Kontext).

Bemerkenswert ist hier vor allem, dass sich SPD-PolitikerInnen in Bezug auf Vorschläge zu Gesetzesänderungen mehrfach an die zuvor geäußerten Meinungen der *Spiegel*-JournalistInnen anlehnen. So merken SPD-PolitikerInnen in den *Spiegel*-Ausgaben 5/1979 und 37/1979 an, dass Kinder von Gastarbeitern einen besseren Zugang zu Bildung und zum deutschen Arbeitsmarkt erhalten müssen. Diese Vorschläge decken sich mit den in den *Spiegel*-Ausgaben 26/1976 und 53/1977 von *Spiegel*-JournalistInnen formulierten Forderungen. Weiterhin fordert ein SPD-Politiker in der *Spiegel*-Ausgabe 8/1985 ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Ehepartner nach einer Scheidung. Tatsächlich wurde die damalige Regelung (kein eigenständiges Aufenthaltsrecht) bereits in der *Spiegel*-Ausgabe 20/1983 von einem *Spiegel*-Journalisten harsch kritisiert und ein eingeständiges Aufenthaltsrecht für die Betroffenen eingefordert.

Ganz anders stellt sich das Bild bei den Christdemokraten dar. Eine Anlehnung an *Spiegel*-Haltungen ist hier in keiner Weise zu erkennen. Am besten lässt sich dies anhand des Beispiels des Familiennachzugs illustrieren. Dieser wurde von den *Spiegel*-JournalistInnen tendenziell immer eher befürwortet, von CDU-PolitikerInnen in *Spiegel*-Interviews jedoch immer wieder strikt abgelehnt. So wurde der Familiennachzug in den *Spiegel*-Ausgaben 43/1982, 47/1982, 13/1983, 28/1983, 33/1983, 26/1984 und 42/1984 von CDU-PolitikerInnen als

ein großes Problem beschrieben und eine Senkung des Höchstalters für nachziehende Kinder auf sechs Jahre vorgeschlagen.

Dies zeigt, dass die CDU-PolitikerInnen in den 1980er Jahren durchaus eine klare 'Frame'-Strategie in Bezug auf den Familiennachzug verfolgen. Diese gründet auf einem spezifischen 'metacultural frame', welcher bereits in Kapitel 5.1. als Beispiel verwendet wurde: in diesem wird der Familiennachzug von den CDU-PolitikerInnen ganz eindeutig als Kettenmigration interpretiert und nicht als Familien-Wiedervereinigung. Die Praxis des Familiennachzuges ist aus dieser Perspektive daher als ein Problem zu werten. Für dieses (konstruierte) Problem bieten die CDU-PolitikerInnen jedoch gleichzeitig eine Lösung an: die Senkung des Höchstalters für nachziehende Kinder auf sechs Jahre. Der 'metacultural frame' mündet also in einen 'policy frame'. Dieses Muster hat sich in allen sieben Interviews mit CDU-PolitikerInnen zu diesem Thema in den frühen 1980er Jahren gezeigt und kann daher durchaus als Strategie aufgefasst werden. Andere konkrete 'Frame'-Strategien lassen sich weder bei der CDU noch bei anderen Parteien ausmachen. Die eine entdeckte 'Frame'-Strategie verdeutlicht jedoch erneut, dass sich die interviewten CDU-PolitikerInnen in keiner Weise am allgemeinen *Spiegel*-Tenor orientieren.

Ein weiteres Beispiel für konservative 'Authentizität' im vergleichsweise linksliberalen *Spiegel* liefert auch der damalige bayerische Innenstaatssekretär Peter Gauweiler, der sich 1987⁴⁴⁶ für die Abschiebung von aids-infizierten Ausländern einsetzte und unter Verweis auf das Ausländergesetz anmerkte: „Es ist geltendes Recht, daß ein Ausländer, der an einer gefährlichen übertragbaren Krankheit leidet, *die Belange der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt* und deshalb sein Aufenthalt beendet werden kann oder muß“.

Grundsätzlich scheint es demnach, als würde die politische Ausrichtung des

446 Spiegel-Ausgabe 22/1987

jeweiligen Mediums (in diesem Fall der *Spiegel*) bedeutsam dafür sein, ob sich ein/e von diesem Medium interviewte/r PolitikerIn in seinen/ihren Äußerungen auf die frühere Berichterstattung dieses Mediums stützt. Es liegt nahe, folgendes zu konstatieren: je größer die ideologische Nähe zwischen Medium und PolitikerIn, desto wahrscheinlicher ist eine Anlehnung der politischen Botschaft an die vergangene Berichterstattung des Mediums.

9. Zusammenfassung und Fazit

Im letzten Kapitel werden die Erkenntnisse zusammengefasst und es wird ein abschließendes Fazit gezogen.

9.1. Zusammenfassung

In diesem abschließenden Kapitel werden die oben bereits skizzierten Ergebnisse der Untersuchung mit dem theoretischen Kontext aus den früheren Kapiteln verwoben und zur Beantwortung der Forschungsfragen herangezogen.

Die Forschungsfrage 1a lautete wie folgt: *Wie hat sich die Darstellung von Personen mit Gastarbeiter-Hintergrund im Spiegel zwischen 1955 und 1990 entwickelt?*

Diese Forschungsfrage hat viele Facetten auf die ich nacheinander eingehen werde. Zunächst zu den Bezeichnungen. Tatsächlich bestätigt diese Arbeit die in Kapitel 3.1. angesprochene begriffliche Entwicklung (von 'Gastarbeiter' zu 'Ausländer') zwischen 1955 und 1990 in Bezug auf in Deutschland lebende und arbeitende Menschen nichtdeutscher Herkunft. Das in den 1960er Jahren vorherrschende Wort 'Gastarbeiter' wurde ab den 1970er Jahren durch das Wort 'Ausländer' verdrängt und kam in den 1980er Jahren kaum noch vor (siehe Kapitel 8.2.). Das ist mitnichten verwunderlich, da sich Anfang der 1970er Jahre die Illusion eines kurzfristigen Aufenthaltes der ausländischen Arbeiter aufzulösen begann (siehe Kapitel 3.3.), sie also keine Gäste mehr waren. Das dauerhafte Bleiben der ehemaligen Gäste führte auch dazu, dass die

Gastarbeiter-Thematik von Jahrzehnt zu Jahrzehnt mehr mediale und politische Aufmerksamkeit erhielt, was die reine Anzahl der Artikel zu diesem Thema im *Spiegel* bezeugt (siehe Kapitel 8.1.). Dieses Ergebnis korrespondiert mit dem in Kapitel 3.4. angesprochenen gegenwärtigen Forschungsstand, wonach ein stetig steigendes Interesse der Öffentlichkeit an dieser Thematik für den Untersuchungszeitraum eindeutig zu erkennen ist. Weiterhin kommt es über die Jahrzehnte zu einem signifikanten Wandel der thematischen Kontexte (ein Umstand der von den in Kapitel 3.4. angesprochenen früheren Analysen zur medialen Berichterstattung über Gastarbeiter sonderbarerweise jedoch nicht berücksichtigt wurde). In den 1960er Jahren dominiert noch das Hauptthema 'Wirtschaft und Arbeit', später vor allem die Themen 'Gastarbeiter als Objekte des Ausländerrechts' sowie 'Gastarbeiter als Opfer von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus' (siehe Kapitel 8.2.). Auch diese Verschiebung hängt sicherlich mit der sich ändernden Beziehung zwischen den Gastarbeitern und der Bundesrepublik Deutschland zusammen (siehe Kapitel 3.3.).

Was sich im Laufe der Jahrzehnte außerdem ändert, ist der überproportionale Fokus auf eine Gastarbeiter-Nationalität⁴⁴⁷ (siehe Kapitel 8.2.). In den 1960er Jahren waren die Nennungsanteile der verschiedenen Nationalitäten in der Berichterstattung noch sehr ausgewogen, wohingegen die türkischen Gastarbeiter in den 1980er Jahren klar überrepräsentiert wurden. Sie stellten damals nur etwa 30 Prozent der Gastarbeiter-Gesamtheit, ihr alleiniger Nennungsanteil lag jedoch bei über 66 Prozent. Überraschend ist dies jedoch nicht, so wurde die grundsätzliche Überrepräsentation der türkischen Gastarbeiter in den Medien ja auch schon in Kapitel 3.4. beschrieben. Tatsächlich hat sich diese aber erst im Laufe der Jahre herausgebildet.

447 Wie bereits in Kapitel 3.3. angesprochen, steht Nationalität hier für das Herkunftsland. So wird in dieser Arbeit beispielsweise jugoslawisch als Nationalität verwendet, obwohl das ehemalige Jugoslawien natürlich viele verschiedene Ethnien und Nationalitäten umfasst hat. In der journalistischen Berichterstattung und in den Aussagen von PolitikerInnen hat es jedoch keine entsprechenden Differenzierungen gegeben.

Unabhängig davon wurde festgestellt, dass das Fortschreiten der Zeit im Untersuchungszeitraum keinen signifikanten Einfluss auf die Bewertung der Gastarbeiter durch Spiegel-JournalistInnen hatte (siehe Kapitel 8.2.).

Die Forschungsfrage 1b lautete wie folgt: *Inwiefern lässt sich ein Zusammenhang zwischen Nationalität und Darstellung durch den Spiegel erkennen?*

Die Ergebnisse zeigen, dass die Gastarbeiter-Nationalität einen signifikanten Einfluss auf das Hauptthema des Spiegel-Artikels und auf die Bewertung durch die Spiegel-JournalistInnen besitzt (siehe Kapitel 8.2.). So behandeln Artikel über Jugoslawen fast immer Kriminalität oder politisch motivierte Kriminalität, während Artikel über Türken sich häufig um ausländerrechtliche Regelungen oder um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus drehen. Es kommt also auch hier zu Stereotypisierungen durch JournalistInnen, was jedoch im medialen Prozess nicht selten ist (siehe Kapitel 5.1.). Was diese Arbeit jedoch nicht bestätigt, sind die in Kapitel 3.4. angesprochenen Studien, die eine tendenziell negativere Bewertung der türkischen Gastarbeiter im Vergleich zu anderen Gastarbeitern durch die Medien erkannten. Signifikant negativer bewertet durch *Spiegel*-JournalistInnen werden tatsächlich Griechen und vor allem Jugoslawen (siehe Kapitel 8.2.). Ein Hauptgrund dafür liegt mit Sicherheit auch in dem eben bereits erwähnten signifikanten Zusammenhang zwischen der Gastarbeiter-Nationalität und dem Hauptthema des Artikels (siehe Kapitel 8.2.).

Die Forschungsfrage 2a lautete wie folgt: *Wie hat sich die Darstellung von Personen mit Gastarbeiter-Hintergrund durch PolitikerInnen in Spiegel-Interviews zwischen 1955 und 1990 entwickelt?*

Grundsätzlich steigt die reine Anzahl der Interviews mit PolitikerInnen zur Gastarbeiter-Thematik wie auch bei den Spiegel-Artikeln von Jahrzehnt zu Jahrzehnt (siehe Kapitel 8.1.).

Aber auch sonst weisen die Ergebnisse zu dieser Frage große Ähnlichkeiten zu den Ergebnissen von Frage 1a auf. So verlagert sich auch in den Interviews mit den PolitikerInnen der Fokus vom Wort 'Gastarbeiter' auf das Wort 'Ausländer' (siehe Kapitel 8.2.). Diese Entwicklung fiel in den Interviews sogar noch etwas extremer aus, wenn man bedenkt, dass PolitikerInnen in den 1960er Jahren ausschließlich das Wort 'Gastarbeiter' gebrauchten, in den 1980er Jahren hingegen ausschließlich das Wort 'Ausländer'. Ein signifikanter Zusammenhang besteht weiterhin, wie auch bei den Artikeln, zwischen dem Jahrzehnt, in welchem das Interview gegeben wurde und dem Hauptthema (siehe Kapitel 8.2.). Ist in den 1960er und 1970er Jahren noch 'Wirtschaft und Arbeit' das dominierende Hauptthema, so ist in den 1980er Jahren 'Gastarbeiter als Objekte des Ausländerrechts' das häufigste Hauptthema. Es kommt also auch hier zu einem Wandel der thematischen Kontexte. Die einzige Abweichung im Vergleich zur Entwicklung der Darstellung durch die Spiegel-JournalistInnen bezieht sich auf die Nationalität der Gastarbeiter. So hat der Zeitpunkt des Interviews (beziehungsweise das Jahrzehnt in welchem dieses durchgeführt wurde) keinen Einfluss auf die von den PolitikerInnen genannte Gastarbeiter-Nationalität (siehe Kapitel 8.2.).

Die Forschungsfrage 2b lautete wie folgt: *Inwiefern lässt sich ein Zusammenhang zwischen Parteizugehörigkeit (der PolitikerInnen) und Darstellung erkennen?*

Die Ergebnisse zeigen, dass die Parteizugehörigkeit der interviewten PolitikerInnen einen signifikanten Einfluss auf zwei Variablen hat (siehe Kapitel 8.2.). Zum Einen auf die genannte Gastarbeiternationalität. Tatsächlich sprechen CDU-PolitikerInnen ausschließlich von Türken, wenn sie Herkunftsgruppen nennen, was bei allen anderen Parteien nicht der Fall ist (siehe Kapitel 8.2.). Man könnte nun spekulieren und sagen, dass der Grund hierfür in der religiösen Orientierung der meisten Türken liegt, was sie für eine selbsternannte christliche Partei möglicherweise noch fremder macht als beispielsweise Italiener. Zum Anderen hat die Parteizugehörigkeit einen signifikanten Einfluss auf die Bewertung der Gastarbeiter durch die PolitikerInnen, sofern man die Fallauswahl auf Interviews beschränkt, in denen mit CDU-PolitikerInnen oder SPD-PolitikerInnen gesprochen wurde (insgesamt entfallen rund 80 Prozent aller Interviews auf PolitikerInnen dieser beiden Parteien, siehe Kapitel 8.1.). So kann festgehalten werden, dass sozialdemokratische PolitikerInnen Gastarbeiter im Untersuchungszeitraum signifikant wohlwollender beurteilen als christdemokratische PolitikerInnen dies tun (siehe Kapitel 8.2.). Dieses Ergebnis korrespondiert mit der in Kapitel 4 bereits angesprochenen stärkeren Gastarbeiterfreundlichkeit von sozialdemokratisch geführten Regierungen.

Die Forschungsfrage 2c lautete wie folgt: *Inwiefern lässt sich ein Zusammenhang zwischen Nationalität und Darstellung durch die PolitikerInnen erkennen?*

Für diese Frage zeigen die Ergebnisse keine signifikanten Zusammenhänge (siehe Kapitel 8.2.). Anders als im Fall der *Spiegel*-JournalistInnen verknüpfen die PolitikerInnen also keine Hauptthemen unverhältnismäßig oft mit bestimmten Gastarbeitergruppen. Weiterhin hat die jeweilige Gastarbeiter-Nationalität auch keine Auswirkung darauf, ob sich die PolitikerInnen in den Interviews eher negativ oder positiv äußern (auch hier zeigt sich also ein anderes Bild als in den *Spiegel*-Artikeln).

Die Forschungsfrage 2d lautete wie folgt: *Inwiefern lässt sich ein Zusammenhang zwischen Situation der Partei (Regierungspartei oder Oppositionspartei) und Darstellung erkennen?*

Für diese Frage zeigen die Ergebnisse ebenfalls keine signifikanten Zusammenhänge (siehe Kapitel 8.2.). Auch diese Erkenntnis deutet in meinen Augen darauf hin, dass die Gastarbeiter-Thematik im Untersuchungszeitraum im Vergleich zu anderen Thematiken wohlgemerkt nicht allzu kontrovers diskutiert wurde. Man kann zumindest sagen, dass die jeweilige Gastarbeiterpolitik den Oppositionsparteien zu keinem Zeitpunkt als wunder Punkt der Regierungsparteien galt (in diesem Fall würden nämlich durchaus Zusammenhänge zwischen der Situation der Partei und der Darstellung der Gastarbeiter durch die PolitikerInnen existieren).

Die Forschungsfrage 3 lautete wie folgt: *Inwiefern beeinflusst die Wahlkampfzeit (die ein Jahr vor dem Wahltermin beginnt) die Aussagen von PolitikerInnen in Spiegel- Interviews?*

Die Ergebnisse zeigen, dass die Wahlkampfzeit bezüglich der Darstellung der Gastarbeiter durch PolitikerInnen ein mindestens ebenso bedeutsamer Faktor ist wie die Parteizugehörigkeit der PolitikerInnen (siehe Kapitel 8.2.).

So gibt es einen starken und signifikanten Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt des Interviews (Wahlkampfzeit oder nicht) und der Wahl des Hauptthemas. So waren in den Interviews während der Wahlkampfzeit unter anderem die Hauptthemen 'Rückkehr in das jeweilige Heimatland' und 'politisch motivierte Kriminalität' vertreten, in der Nichtwahlkampfzeit waren diese beiden Themen in den Interviews jedoch nie Hauptthemen (siehe Kapitel 8.2.). Dieses Ergebnis passt zu der in Kapitel 6.3. besprochenen Annahme, dass sich PolitikerInnen gerade in der Wahlkampfzeit gerne für eine 'harte Linie' einsetzen. Dazu passt auch die Tatsache, dass PolitikerInnen Gastarbeiter während der Wahlkampfzeit signifikant negativer darstellen als in der Nichtwahlkampfzeit (siehe Kapitel 8.2.; grundsätzlich entfällt keine einzige positive Bewertung auf die Wahlkampfzeit). Das würde auch dafür sprechen, dass PolitikerInnen im Untersuchungszeitraum der Meinung waren, dass ihr eigener politischer Standpunkt in der Gastarbeiter-Debatte zumindest einen marginalen Einfluss auf die Wahlentscheidung der BürgerInnen besaß (den sie dann in der Wahlkampfzeit wohl zuungunsten der Gastarbeiter abwandelten)⁴⁴⁸.

⁴⁴⁸ Tatsächlich war ja laut Ulrich Herbert, 1982, S.247 (siehe Kapitel 4.1.) die Haltung der Parteien und PolitikerInnen zu den Gastarbeitern zumindest im Kontext der Bundestagswahl 1980 stark mitentscheidend für den Wahlausgang

Die Forschungsfrage 4 lautete wie folgt: *Inwiefern lassen sich Parallelen zwischen der Darstellung von Personen mit Gastarbeiterhintergrund im Spiegel und der Darstellung von Personen mit Gastarbeiterhintergrund durch PolitikerInnen in Spiegel- Interviews erkennen?*

Vergleicht man die Ergebnisse der Forschungsfragen 1a und 2a, so wird eines offensichtlich: die begrifflichen und die thematischen Kontexte der Gastarbeiter-Darstellung durchlaufen in den Artikeln und in den Interviews eine fast identische Entwicklung. Wie bereits angemerkt, hängen diese Verschiebungen sehr wahrscheinlich auch mit der sich über die Jahrzehnte ändernden Beziehung zwischen den Gastarbeitern und der Bundesrepublik Deutschland zusammen (siehe Kapitel 3.3.). Dennoch legt dieser Umstand in jedem Fall auch Agenda-Setting (siehe Kapitel 5.1.) von Seiten des Spiegels nahe. Gerade die mitunter massive Kritik der *Spiegel*-JournalistInnen an der rechtlichen Situation der Gastarbeiter (siehe Kapitel 8.3.1.) zeichnet mit Sicherheit für den Aufstieg des Hauptthemas 'Gastarbeiter als Objekte des Ausländerrechts' in den Interviews mitverantwortlich. Anders stellt sich das Bild hinsichtlich der Bewertung von Gastarbeitern (welche sich jedoch im Gegensatz zu Begriffen und Hauptthemen mit dem Fortschreiten der Zeit in beiden Fällen nicht signifikant veränderte, siehe Kapitel 8.2.) durch *Spiegel*-JournalistInnen und PolitikerInnen dar (zu der Berichterstattung durch den Spiegel sei kurz angemerkt, dass sie, wie aufgrund der in Kapitel 5.2. beschriebenen Faktoren zur Bestimmung des Nachrichtenwertes schon erwartet, eher negativ als positiv war). Zwar lassen sich keine großen Unterschiede bei den Zahlen (wie oft Gastarbeiter negativ, neutral und positiv bewertet wurden) erkennen (siehe Kapitel 8.1.), ein Einfluss des *Spiegels* auf die Bewertung der

Gastarbeiter durch die PolitikerInnen kann dennoch ausgeschlossen werden. Der Grund hierfür liegt in der im Zusammenhang mit Forschungsfrage 2b angesprochenen signifikant positiveren Bewertung der Gastarbeiter durch SPD-PolitikerInnen als durch CDU- PolitikerInnen (siehe Kapitel 8.2.). Die vermeintlichen Parallelen hinsichtlich der Bewertung lassen sich somit auf das Zusammenführen von zwei Extremen zurückführen. Eine mediale Beeinflussung der Bewertung der Gastarbeiter durch PolitikerInnen ist also absolut abwegig.

Parallelen bezüglich der Darstellung von Gastarbeitern bestehen zwischen *Spiegel*-JournalistInnen und PolitikerInnen also was die Wahl der für die Gastarbeiter verwendeten Begriffe und was die Themenwahl betrifft. Was die Bewertung betrifft, so existiert hier nur eine scheinbare Parallele.

Die Forschungsfrage 5 lautete wie folgt: *Inwiefern bestehen Parallelen zwischen a) den Vorschlägen der PolitikerInnen in Spiegel-Interviews sowie b) den Vorschlägen aus der Spiegel-Berichterstattung und später getroffenen integrationspolitischen Maßnahmen?*

Als Grundlage für die Beantwortung dieser Forschungsfrage dient das Kapitel 4.2., in dem die Meilensteine der deutschen Integrationspolitik zwischen 1955 und 1990 beschrieben wurden. In eben jenem Kapitel wurde bereits erwähnt, dass alle gastarbeiterfreundlichen Integrationsmaßnahmen in den 1970er und den frühen 1980er Jahren von sozialliberalen Regierungen getroffen wurden. Diese Maßnahmen verbesserten die aufenthaltsrechtliche und arbeitsrechtliche Situation der Gastarbeiter sowie die Ausbildungsperspektiven der Gastarbeiterkinder maßgeblich und erschwerten die dem Ausländergesetz

inhärente Willkür. Der *Spiegel* war nun in eben jenem Zeitraum, was konkrete Wertungen zu (geplanten) gesetzlichen Regelungen anbetrifft, am aktivsten (siehe Kapitel 8.3.1.). Es lassen sich zahlreiche Appelle von *Spiegel*-JournalistInnen an die Politik vorweisen, in denen gefordert wurde, den Gastarbeitern mehr Rechte zuzugestehen, gerade in Bezug auf die Aufenthaltserlaubnis und auf die Arbeitserlaubnis. Es liegt nahe, dass sich die sozialliberalen Regierungen unter der Führung der dem *Spiegel* ideologisch eher näheren SPD von der Berichterstattung des *Spiegels* beeinflussen ließen, der in dieser Zeit auch ein Meinungsführer für andere Medien war (siehe Kapitel 2). Im Zentrum der *Spiegel*-Kritik stand dabei das Ausländergesetz von 1965, dass dann auch von den sozialliberalen Regierungen durch sämtliche in Kapitel 4.2. erwähnten gesetzlichen Regelungen abgeschwächt wurde.

Tatsächlich lassen sich Beispiele dafür finden, dass SPD-PolitikerInnen Policy-Vorschläge beziehungsweise Forderungen aus früheren *Spiegel*-Artikeln übernommen haben (siehe Kapitel 8.3.2.). Das betrifft hierbei konkret den Policy-Vorschlag nach einer Öffnung des Arbeitsmarktes für nachgezogene Arbeiterkinder sowie die Forderung, ausländischen Ehepartnerinnen nach der Scheidung ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zuzugestehen. Ersteres wurde durch die sozialliberale Regierung mit den Beschlüssen der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Ausländerpolitik sowie mit der fünften und der sechsten Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung umgesetzt (siehe Kapitel 4.2.). In letzterem Fall waren der SPD als Oppositionspartei die Hände gebunden.

Eine tendenzielle Anlehnung der SPD an den *Spiegel* scheint nichtsdestotrotz sowohl in *Spiegel*-Interviews als auch in der realen Gesetzgebung erkennbar (siehe Kapitel 8.3.2.). Das Gegenteil trifft auf die CDU und deren

PolitikerInnen zu (siehe ebenfalls Kapitel 8.3.2.). Erklären lässt sich dieser Unterschied durchaus mit dem in Kapitel 6.2. dargelegten Ansatz von Hans Mathias Kepplinger, demzufolge eine potenzielle Anlehnung der Aussagen von PolitikerInnen an die mediale Berichterstattung auf der Hoffnung beruht, dass sich damit die Reputation verbessern ließe. Nun gilt der *Spiegel* jedoch als ein eher linksliberales Medium (siehe Kapitel 2), weswegen es die Reputation von CDU-PolitikerInnen eher untergraben würde, sollten sie sich an die Meinungen von *Spiegel*-JournalistInnen anlehnen. Schließlich würde der konservative Teil der Gesellschaft, die Zielgruppe der CDU, linksliberale Aussagen und diejenigen die sie vertreten, mit großer Sicherheit ablehnen. Die Sorge um die eigene Reputation würde es CDU-PolitikerInnen somit ohnehin nicht erlauben, sich an die Meinung von linksliberalen Medien anzupassen. Das betrifft gerade auch den *Spiegel*, der sicherlich als medialer Hauptgegner der CDU gelten kann (siehe Kapitel 2). Kepplingers Ansatz lässt sich auch auf die SPD-PolitikerInnen anwenden, deren Reputation durchaus davon profitieren könnte, mit dem *Spiegel* auf einer politischen Linie zu sein, da der *Spiegel* schließlich ein zentrales Medium für die Zielgruppe der SPD ist, den eher linksliberalen Teil der Gesellschaft. Demzufolge macht es durchaus Sinn, die im *Spiegel* formulierten Policy-Vorschläge von SPD-PolitikerInnen als Antwort auf die vorherige Berichterstattung des *Spiegels* zu sehen.

Grundsätzlich lassen sich also Parallelen zwischen den Vorschlägen von Spiegel-JournalistInnen und SPD-PolitikerInnen (und der sozialliberalen Gesetzgebung) erkennen. Die Vorschläge der Spiegel-JournalistInnen und der CDU-PolitikerInnen weichen hingegen stark voneinander ab (siehe Kapitel 8.3.2.). Von den eigenen Vorschlägen konnte die CDU schließlich das Rückkehrhilfegesetz umsetzen, die Senkung des Höchstalters für nachziehende Kinder auf sechs Jahre scheiterte hingegen am Widerstand des

Koalitionspartners FDP (siehe Kapitel 4.1.).

Die Forschungsfrage 6 lautete wie folgt: *Auf was für eine politische Kommunikationskultur (zumindest im Bereich der Ausländer- und Integrationspolitik) in der alten BRD deuten die Resultate hin?*

Wie auch schon in der Beantwortung der Forschungsfrage 5 dargelegt, haben die CDU und die SPD ganz unterschiedliche Beziehungen zum Medium *Spiegel*. Aus diesem Grund muss man der Annahme, dass in der Ausländer- und Integrationspolitik im Untersuchungszeitraum nur eine einzige Kommunikationskultur geherrscht hat, eine Absage erteilen.

Grundsätzlich kann man die Kommunikationskultur zwischen dem *Spiegel* und den CDU-PolitikerInnen am ehesten als 'strategische politische Kommunikationskultur' nach Pfetsch (siehe Kapitel 6.1.) auffassen. Das Verhältnis zwischen dem *Spiegel* und der Partei ist distanziert und die CDU-PolitikerInnen versuchen den *Spiegel* als Plattform für ihre politischen Botschaften zu benutzen sowie im besten Fall die Berichterstattung zu beeinflussen (siehe Kapitel 8.3.2.).

Die Kommunikationskultur zwischen dem *Spiegel* und den SPD-PolitikerInnen hingegen kann am ehesten als 'medienorientierte politische Kommunikationskultur' aufgefasst werden. Das Verhältnis zwischen dem *Spiegel* und der Partei ist trotz der ideologischen Nähe distanziert (kritisiert wird vom *Spiegel* sowohl schwarzgelbe als auch sozialliberale Politik) und die SPD-PolitikerInnen lehnen sich an die Berichterstattung des *Spiegels* an (siehe Kapitel 8.3.2.).

Dies bedeutet, dass es eine allgemeine politisch-mediale Kommunikationskultur für das Themenfeld 'Gastarbeiter' zwischen 1955 und 1990 also nicht gegeben hat. Vielmehr scheint es verschiedene Kommunikationskulturen gegeben zu haben, für deren Ausprägung die ideologische Nähe zwischen Medium und Partei relevant war. Es ist daher durchaus wahrscheinlich, dass eine Untersuchung von Artikeln der eher konservativen *FAZ* zu einem ganz anderen Ergebnis geführt hätte.

9.2. Fazit

Das hauptsächliche Ziel dieser Arbeit war, das Verhältnis zwischen dem *Spiegel* und den PolitikerInnen zwischen 1955 und 1990 in Bezug auf die Gastarbeiter-Thematik (sowie die Entwicklung dieser) zu erforschen und daraus Rückschlüsse auf die im Untersuchungszeitraum getroffenen integrationspolitischen Maßnahmen zu ziehen.

Die Ergebnisse haben gezeigt, dass sich sowohl bei den *Spiegel*-JournalistInnen als auch bei den interviewten PolitikerInnen der Begriff, mit dem die angeworbenen Arbeitskräfte aus dem Ausland bezeichnet werden, im Laufe der Zeit ändert. Am Anfang wurden sie unisono als 'Gastarbeiter' bezeichnet, später dann als 'Ausländer'. Auch die thematischen Kontexte, in denen die *Spiegel*-JournalistInnen und PolitikerInnen von Gastarbeitern sprechen, ändern sich. Eine lange Zeit war das vorherrschende Hauptthema 'Wirtschaft und Arbeit', bis es dann schließlich in den 1980er Jahren von 'Gastarbeiter als Objekte des Ausländerrechts' abgelöst wurde.

Es gibt also deutliche Parallelen zwischen der *Spiegel*-Berichterstattung und den PolitikerInnen-Interviews was die Behandlung der Gastarbeiter-Thematik.

Was jedoch die konkreten politischen Vorschläge und Forderungen betrifft, so muss hier nach der Parteizugehörigkeit der PolitikerInnen differenziert werden. Während sich SPD-PolitikerInnen durchaus bestimmten Forderungen anschließen, die von *Spiegel*-JournalistInnen formuliert wurden (vor allem Öffnung des Arbeitsmarktes für nachziehende Arbeiterkinder und ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Ehepartnerinnen im Falle einer Scheidung), werben die CDU-PolitikerInnen für Maßnahmen, die von den *Spiegel*-JournalistInnen klar abgelehnt wurden (vor allem Rückkehrhilfe und die Senkung des Höchstalters für nachziehende Kinder auf sechs Jahre).

Neben den politischen Implikationen, auf die im nächsten Absatz eingegangen wird, lässt dieser Umstand auch Rückschlüsse in Bezug auf die dominante Kommunikationskultur zu. Demnach gab es im Untersuchungszeitraum nicht nur eine Kommunikationskultur, sondern mehrere. So kann die Kommunikationskultur zwischen den SPD-PolitikerInnen und dem *Spiegel* am ehesten als 'medienorientierte politische Kommunikationskultur' aufgefasst werden, und die Kommunikationskultur zwischen den CDU-PolitikerInnen und dem *Spiegel* am ehesten als 'strategische politische Kommunikationskultur'.

Grundsätzlich erscheint zumindest ein marginaler Einfluss des *Spiegels* auf die konkrete sozialdemokratische Regierungspolitik wahrscheinlich. An dieser Stelle muss hier angemerkt werden, dass sich der *Spiegel* vor allem in den 1970er Jahren massiv für eine Ausweitung der Gastarbeiter-Rechte eingesetzt hat. Tatsächlich war dies auch das Jahrzehnt, in der es mit Abstand am meisten rechtliche Verbesserungen für die Gastarbeiter gegeben hat (was zum Teil aber natürlich auch daran lag, dass die vorherigen und nachherigen Koalitionen unter christdemokratischer Führung gebildet wurden).

Abschließend kann gesagt werden, dass die Beziehung zwischen dem *Spiegel*

und den deutschen PolitikerInnen im Untersuchungszeitraum durchaus komplex war und es daher nicht möglich ist, dieser Beziehung eine einzige bestimmte 'Verfasstheit' oder 'Natur' zuzuschreiben. Die Ergebnisse haben jedoch gezeigt, dass die ideologische Nähe oder Distanz zwischen PolitikerIn und Medium durchaus eine Auswirkung auf die 'Verfasstheit' der Einzelbeziehungen zwischen dem *Spiegel* und den interviewten PolitikerInnen hat. Spinnt man diesen Gedanken nun weiter, erscheint es unsinnig, sich auf eine einzige im Untersuchungszeitraum in Deutschland vorherrschende Kommunikationskultur festzulegen. Diese Arbeit legt somit nahe, dass es im Hinblick auf die 'Gastarbeiter-Thematik' im Untersuchungszeitraum unterschiedliche Kommunikationskulturen gegeben hat.

11. Literaturverzeichnis

Im Literaturverzeichnis werden die Quellen angegeben und die Abbildungen aufgeführt.

11.1. Quellenverzeichnis

Altenmüller, Irene (2017): „Seit Jahrzehnten blickt Deutschland in den „Spiegel““ (04.01.2017), verfügbar unter: <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/4-Januar-1947-Der-erste-Spiegel-erscheint,spiegel1776.html> [Zugriff am 10.04.2020]

Anagnostidis, Homer (1981): „Gewerkschaften und Ausländerbeschäftigung“, In: Ernst Klee (Hrsg.): „Gastarbeiter: Analysen und Berichte“, S.?

Baumann, Eva & Keller, Katrin & Maurer, Marcus & Quandt, Thorsten & Schweiger, Wolfgang (2011): „Wie Medien genutzt werden und was sie bewirken“, verfügbar unter: <http://www.bpb.de/izpb/7543/wie-medien-genutzt-werden-und-was-sie-bewirken?p=all> [Zugriff am 03.03.2020]

Bennett, W. Lance & Manheim, Jarol B. (2006): „The One-Step Flow of Communication“, In: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, 608, S.213-232

Bodenbender, Wolfgang (1982): „Die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Ausländerpolitik“, In: Franz Ronneberger & Rudolf Vogel (Hrsg.): „Gastarbeiterpolitik oder Immigrationspolitik“, Südosteuropa-Studien Heft 31, Günter Olzog Verlag: München, S.33-52

Brugman, Britta C. & Christian Burgers, Christian & Steen, Gerard J. (2017): „Recategorizing political frames: a systematic review of metaphorical framing in experiments on political communication“, In: Annals of the International Communication Association, 41:2, S.181-197

Chiang, Su-Hui (2004): „Politische Eliten und ihre Images: Politikdarstellungen am Beispiel der fünf Präsidenten in Taiwan von 1950 bis 2002“, Dissertation: Universität Freiburg, Philosophische Fakultät

Chiellino, Carmine (1995): „Am Ufer der Fremde – Literatur und Arbeitsmigration 1870 – 1991“, J.B. Metzler Verlag: Stuttgart

De Bruijn, Hans (2019): „The art of political framing – how politicians convince us that they are right“, Amsterdam: Amsterdam University Press

Diamant, Doris (1981): „Ausländische Arbeiterkinder in der deutschen Schule“, In: Ernst Klee (Hrsg.): „Gastarbeiter: Analysen und Berichte“, S.?

Doehring, Karl (1965): „Neuregelungen des deutschen Fremdenrechts durch das „Ausländergesetz“

von 1965“, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches und Völkerrecht (Hrsg.), verfügbar unter: https://www.zaoerv.de/25_1965/25_1965_3_a_478_498.pdf [Zugriff am 17.03.2020]

Dohle, Marco & Blank, Christoph & Vowe, Gerhard (2012): „Wie sehen Parlamentarier den Einfluss der Medien? Ergebnisse einer Befragung der Bundestagsabgeordneten“, In: Zparl – Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jahrgang 43 (2012), Heft 2, S.376-388

Donges, Patrick & Jarren, Otfried (2007): „Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft – Eine Einführung“, In: Bentele, G & Brosius, H.B. & Jarren, O. (Hrsg.): „Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft“, Springer Fachmedien: Wiesbaden

Ennen, Ilka (2007): „Der lange Weg zum Triumph der „Willy-wählen“-Wahl: Willy Brandt als Wahlkämpfer – 1961 bis 1972“, In: Nikolaus Jakob (Hrsg.): „Wahlkämpfe in Deutschland“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S.176-193

Esser, Frank (2008): „Metaberichterstattung: Medienselbstthematisierung und Publicity-Thematisierung in amerikanischen, britischen und deutschen Wahlkämpfen“, In: Melischek, Gabriele & Seethaler, Josef & Wilke, Jürgen (Hrsg.): „Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S.120-157

Esser, Hartmut (2004): „Welche Alternativen zur ‚Assimilation‘ gibt es eigentlich?“, In: IMIS-Beiträge Nr. 23 (emenhe : Migration – Integration – Bildung): S.41-59

Fawzi, Nayla (2014): „Chronisten, Agenda-Setter oder Politikmacher?“, In: ZfP – Zeitschrift für Politik, Jahrgang 61 (2014), Heft 4, S.437-460

Fengler, Susanne & Vestring, Bettina (2009): „Politikjournalismus“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden

Franz, Fritz (1981): „Die Rechtstellung der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland“, In: Ernst Klee (Hrsg.): „Gastarbeiter: Analysen und Berichte“, S.?

Franz, Fritz (1982): „Thesen zur Rechtsangleichung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien“, In: Wilfried Röhrich (Hrsg.): „Vom Gastarbeiter zum Bürger – Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland“, Beiträge zur Sozialforschung Band 2, Duncker & Humblot: Berlin, S.71-81

Franz, Fritz (1984): „Ausländerrecht – Kritische Bilanz und Versuch einer Neuorientierung“, In: Hartmut M. Giese (Hrsg.): „Der gläserne Fremde – Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und der Ausländerpädagogik“, Leske + Budrich: Opladen, S.73-88

Geißler, Rainer (2005): „Vom Gastarbeiterland zum Einwanderungsland. Herausforderungen an das Mediensystem“, In: Rainer Geißler & Horst Pöttker (Hrsg.): „Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten“, transcript Verlag: Bielefeld, S.15-25

Giese, Hartmut M. (1984): „?“, In: Hartmut M. Giese (Hrsg.): „Der gläserne Fremde – Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und der Ausländerpädagogik“, Leske + Budrich: Opladen, S.?

Hallin, Daniel C. & Mancini, Paolo (2012): „Comparing Media Systems – Three Models of Media and Politics“, Cambridge University Press

- Hamburger, Franz (1984): „Erziehung in der Einwanderungsgesellschaft“, In: Hartmut M. Giese (Hrsg.): „Der gläserne Fremde – Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und der Ausländerpädagogik“, Leske + Budrich: Opladen, S.59-70
- Herbert, Ulrich (1982): „Die Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland“, In: Franz Ronneberger & Rudolf Vogel (Hrsg.): „Gastarbeiterpolitik oder Immigrationspolitik“, Südosteuropa-Studien Heft 31, Günter Olzog Verlag: München, S.?
- Hillmann, Karl-Heinz (1994): „Wörterbuch der Soziologie“, Alfred Kröner Verlag: Stuttgart
- Hoesch, Kirsten (2018): „Migration und Integration – Eine Einführung“, Springer Fachmedien: Wiesbaden
- Hoffmann-Riem, Wolfgang (2000): „Politiker in den Fesseln der Mediengesellschaft“, In: Politische Vierteljahresschrift 41. Jahrgang, Heft 1, S.107-127
- Jung, Dae Sue (2016): „Der Kampf gegen das Presse-Imperium – Die Anti-Springer-Kampagne der 68er-Bewegung“, transcript Verlag: Bielefeld
- Kehnscherper, Leonard (2016): „Adenauer und „Der SPIEGEL“: Wandel eines Politikerbildes“, Bachelorarbeit: Freie Universität Berlin, Diplom.de
- Kepplinger, Hans Mathias (2007b): „Reciprocal Effects: Toward a Theory of Mass Media Effects on Decision Makers“, In: Press/Politics 12 (2), S.3-23
- Kepplinger, Hans Mathias (2007a): „Politiker als Protagonisten der Medien“, In: ZfP – Zeitschrift für Politik, Jahrgang 54 (2007), Heft 3, S.272-295
- Kepplinger, Hans Mathias (2011): „Journalismus als Beruf“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden
- Kercher, Jan (2013): „Verstehen und Verständlichkeit von Politikersprache – Verbale Bedeutungsvermittlung zwischen Politikern und Bürgern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden
- Klee, Ernst (1981a): „Gastarbeiter als Subproletariat“, In: Ernst Klee (Hrsg.): „Gastarbeiter: Analysen und Berichte“, S.?
- Klee, Ernst (1981b): „Ein neues Wort für „Gastarbeiter“ - Vorschläge des WDR-Preissauschreibens“, In: Ernst Klee (Hrsg.): „Gastarbeiter: Analysen und Berichte“, S.149-157
- Kleinert, Hubert (2018): „Das geteilte Deutschland – Die Geschichte 1945-1990“, Springer Fachmedien: Wiesbaden
- Krauss, Marita (1997): „Integration und Akkulturation. Eine methodische Annäherung an ein vielschichtiges Phänomen“, In: „Migration und Integration“, Mathias Beer (Hrsg.), Franz Steiner

Verlag: Stuttgart

Kromrey, Helmut & Roose, Jochen & Strübing, Jörg (2016): „Empirische Sozialforschung“, UVK Verlagsgesellschaft: Konstanz und München

Köhl, Jürgen (1987): „Zur Bedeutung der Ausländerbeschäftigung für die Bundesrepublik Deutschland“, In: Helga Reimann & Horst Reimann (Hrsg.): „GASTARBEITER – Analyse und Perspektive eines sozialen Problems“, S.21-45

Lauff, Rudolf (1982): „Ausländerstatistik“, In: Winfried Schlaffke & Rüdiger von Voss (Hrsg.): „Vom Gastarbeiter zum Mitarbeiter – Ursachen, Folgen und Konsequenzen der Ausländerbeschäftigung in Deutschland“, S.342-359

Laws, David & Rein, Martin (2003): „Reframing practice“, In: M. Hajer & H. Wagenaar (Eds.), *Deliberative Policy Analysis: Understanding Governance in the Network Society* (Theories of Institutional Design, pp. 172-206). Cambridge: Cambridge University Press

Leiner, Dominik J. (2016): „Stabilität öffentlicher Meinung – Wie der Charakter einer Streitfrage den Einfluss der Medien begrenzt“, Springer Fachmedien: Wiesbaden

Leuninger, Herbert (1984): „Medien und Ausländer – Eine kritische (Nach-) Lese“, In: Hartmut M. Griesse (Hrsg.): „Der gläserne Fremde – Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und der Ausländerpädagogik“, Leske + Budrich: Opladen, S.103-114

Matuschek, Katrin & Lange, Valerie (2016): „Politik und Glaubwürdigkeit – so können Parteien und politische Akteure das Vertrauen der Bürger_innen zurückgewinnen“, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Brandt GmbH Druckerei und Verlag: Bonn

Mazzoleni, Gianpietro & Schulz, Winfried (1999): „Mediatization of Politics: A Challenge for Democracy?“, In: *Political Communication*, 16:3, S.247-261

Mehrländer, Ursula (1984): „Ausländerpolitik und ihre sozialen Folgen“, In: Hartmut M. Griesse (Hrsg.): „Der gläserne Fremde – Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und der Ausländerpädagogik“, Leske + Budrich: Opladen, S.89-102

Meier-Braun, Karl-Heinz (1998): „Aus „Gastarbeitern“ wurden Einwanderer“, In: Karl-Heinz Meier-Braun & Martin A. Kilgus & Wolfgang Niess (Hrsg.): „40 Jahre „Gastarbeiter“ - Deutschland auf dem Weg zur multikulturellen Gesellschaft“, Stauffenburg Discussion Band 9, S.223-231

Müller, Daniel (2005): „Die Darstellung ethnischer Minderheiten in deutschen Massenmedien“, In: Rainer Geißler & Horst Pöttker (Hrsg.): „Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten“, transcript Verlag: Bielefeld, S.83-127

Müller, Emil-Peter (1982): „Staatsbürger: Die politischen Rechte und Pflichten der Ausländer“, In: Winfried Schläffke & Rüdiger von Voss (Hrsg.): „Vom Gastarbeiter zum Mitarbeiter – Ursachen, Folgen und Konsequenzen der Ausländerbeschäftigung in Deutschland“, S.?

Nocker, Isabel (2007): „Der Wahlkampf für Ludwig Erhard 1965“, In: Nikolaus Jakob (Hrsg.): „Wahlkämpfe in Deutschland“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S.151-163

Nowotny, Hans Joachim (1987): „Gastarbeiterwanderungen und soziale Spannungen“, In: Helga Reimann & Horst Reimann (Hrsg.): „GASTARBEITER – Analyse und Perspektive eines sozialen Problems“, S.46-65

Petersen, Thomas (2007): „Helmut Kohls Wahlkämpfe“, In: Nikolaus Jakob (Hrsg.): „Wahlkämpfe in Deutschland“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S.194-214

Pew Research Center (2018): „Datenblatt: Nachrichtenmedien und politische Haltungen in Deutschland“ (30.11.2018), verfügbar unter: <https://www.pewresearch.org/global/fact-sheet/datenblatt-nachrichtenmedien-und-politische-haltungen-in-deutschland/> [Zugriff am 04.03.2020]

Pfetsch, Barbara (2003): „Politische Kommunikationskultur – Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden

Pfetsch, Barbara & Maurer, Peter (2008): „Mediensysteme und politische Kommunikationsmilieus im internationalen Vergleich: Theoretische Überlegungen zur Untersuchung ihres Zusammenhangs“, In: Melischek, Gabriele & Seethaler, Josef & Wilke, Jürgen (Hrsg.): „Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S.99-121

Popper, Karl (1959): „The Logic of Scientific Discovery“, Hutchinson: London

Pries, Ludger (2010): „Jenseits von 'Identität oder Integration: Grenzen überspannende Migrantenorganisationen“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden

Quaritsch, Helmut (1987): „Die Rechtstellung des Gastarbeiters in der Bundesrepublik Deutschland“, In: Helga Reimann & Horst Reimann (Hrsg.): „GASTARBEITER – Analyse und Perspektive eines sozialen Problems“, S.95-114

Reimann, Horst (1987): „Gastarbeiter und Massenmedien“, In: Helga Reimann & Horst Reimann (Hrsg.): „GASTARBEITER – Analyse und Perspektive eines sozialen Problems“, S.141-172

Reinemann, Carsten (2008): „Wandel beschrieben – Wandel erklärt? - Wahlkampfkommunikation im Langzeitvergleich“, In: Melischek, Gabriele & Seethaler, Josef & Wilke, Jürgen (Hrsg.): „Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich“, VS Verlag für Sozialwissenschaften:

Wiesbaden, S.179-199

Röhrich, Wilfried (1982): „Einleitung: Fragen der Eingliederung und die „Belange“ der Bundesrepublik Deutschland“, In: Wilfried Röhrich (Hrsg.): „Vom Gastarbeiter zum Bürger – Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland“, Beiträge zur Sozialforschung Band 2, Duncker & Humblot: Berlin, S.9-21

Salwen, Michael B. & Driscoll, Paul D. (1997): „Consequences of Third-Person Perception in Support of Press Restrictions in the O. J. Simpson Trial“, In: Journal of Communication, 47 (2), S.60-78

Sander, Uwe (2008): „Die Theorie der Schweigespirale“, In: Sander, Uwe & von Gross, Friederike & Hugger, Kai-Uwe (Hrsg.): „Handbuch Medienpädagogik“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S.278-282

Sarcinelli, Ulrich (2011): „Politische Kommunikation in Deutschland – Medien und Politikvermittlung im demokratischen System“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden

Schiller, Thomas (1997): „NS-Propaganda für den „Arbeitseinsatz“: Lagerzeitungen für Fremdarbeiter im zweiten Weltkrieg“, Lit Verlag: Hamburg

Schön, David & Rein, Martin (1994): „Frame reflection: Toward the resolution of intractable policy controversies“, New York: Basic Books

Schulz, Winfried (2011): „Politische Kommunikation – Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden

Stern, Carola (2017): „Willy Brandt“, Rowohlt Taschenbuch Verlag: Reinbek bei Hamburg

Strömbäck, J. & Nord, L.W. (2006): „Do politicians lead the tango? A study of the relationship between Swedish journalists and their political sources in the context of election campaigns“, In: European Journal of Communication, 21 (2), S.147-164

Sutter, Tilmann (2010): „Medienanalyse und Medienkritik – Forschungsfelder einer konstruktivistischen Soziologie der Medien“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden

Tausendpfund, Markus (2019): „Quantitative Datenanalyse – Eine Einführung mit SPSS“, Springer Fachmedien: Wiesbaden

Tausendpfund, Markus (2018): „Quantitative Methoden in der Politikwissenschaft – Eine Einführung“, Springer Fachmedien: Wiesbaden

Thranhardt, Dietrich (1984): „Ausländer als Objekte deutscher Interessen und Ideologien“, , In:

Hartmut M. Griesse (Hrsg.): „Der gläserne Fremde – Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und der Ausländerpädagogik“, Leske + Budrich: Opladen, S.115-132

Thränhardt, Dietrich (2019): „Bundesrepublik Deutschland: Entwicklung 1949-1990“, In Uwe Andersen et al. (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, S.67-79

Uhlemann, Ingrid Andrea (2012): „Der Nachrichtenwert im situativen Kontext – Eine Studie zur Auswahlwahrscheinlichkeit von Nachrichten“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden

Ulrich, Peter (1982): „Die ausländischen Mitbürger – Probleme der Integrationspolitik“, In: Wilfried Röhrich (Hrsg.): „Vom Gastarbeiter zum Bürger – Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland“, Beiträge zur Sozialforschung Band 2, Duncker & Humblot: Berlin, S.21-29

von Gross, Friederike (2008): „Agenda-Setting“, In: Sander, Uwe & von Gross, Friederike & Hugger, Kai-Uwe (Hrsg.): „Handbuch Medienpädagogik“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.282-286

Vowe, Gerhard (2002): „Politische Kommunikation. Ein historischer und systematischer Überblick der Forschung“, In: Der Rektor der TU Ilmenau (Hrsg.): „Diskussionsbeiträge – Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft“, S.3-38

Weber, Rolf (1982): „Arbeitsmarkt – Der Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland und die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer“, In: Winfried Schlaffke & Rüdiger von Voss (Hrsg.): „Vom Gastarbeiter zum Mitarbeiter – Ursachen, Folgen und Konsequenzen der Ausländerbeschäftigung in Deutschland“, S.23-37

Weber-Menges, Sonja (2005): „Die Wirkungen der Präsentation ethnischer Minderheiten in den deutschen Medien“, In: Rainer Geißler & Horst Pöttker (Hrsg.): „Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten“, transcript Verlag: Bielefeld, S.127-185

Zedler, Reinhard (1982): „Hilfsmaßnahmen – Aktivitäten des Staates“, In: Winfried Schlaffke & Rüdiger von Voss (Hrsg.): „Vom Gastarbeiter zum Mitarbeiter – Ursachen, Folgen und Konsequenzen der Ausländerbeschäftigung in Deutschland“, S.130-135

Zeitungsquellen

„Bedingt abwehrbereit“ (1962), In „Der Spiegel“ (10.10.1962), verfügbar unter:
<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25673830.html> [Zugriff am 11.03.2020]

„Vergessene Nachrichten 2019“ (2019): In „Deutschlandfunk.de“ (27.02.2019), verfügbar unter:

https://www.deutschlandfunk.de/wenn-wichtiges-in-den-medien-fehlt-vergessene-nachrichten.2852.de.html?dram:article_id=442176 [13.11.2020]

Bender, Justus & Frasch, Timo (2016): „Ich sehe den inneren Frieden in unserem Land in Gefahr“, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (10.02.2016), verfügbar unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/klaus-bouillon-cdu-im-interview-ueber-massenmigration-14060942.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 [Zugriff am 07.10.2020]

Biazza, Jakob (2018): „Wenn Menschen zur Naturkatastrophe werden“, In Süddeutsche Zeitung (03.07.2018), verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/framing-check-fluechtlingswelle-wenn-menschen-zur-naturkatastrophe-werden-1.4038753> [Zugriff am 16.10.2020]

Funk, Albert (2013a): „Der gekaufte Sieg“, In Der Tagesspiegel (01.08.2013), verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/themen/bundestagswahl-historie/serie-bundestagswahlen-1957-der-gekaufte-sieg/8582284.html> [Zugriff am 19.02.2020]

Funkt, Albert (2013b): „Der Beginn der Ära Brandt“, In Der Tagesspiegel (01.08.2013), verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/themen/bundestagswahl-historie/serie-bundestagswahlen-1961-der-beginn-der-aera-brandt/8582320.html> [Zugriff am 19.02.2020]

Funk, Albert (2013c): „Der Machtwechsel“, In Der Tagesspiegel (01.08.2013), verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/themen/bundestagswahl-historie/serie-bundestagswahlen-1969-der-machtwechsel/8582538.html> [Zugriff am 19.02.2020]

Funk, Albert (2013d): „Willy wählen“, In Der Tagesspiegel (01.08.2013), verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/themen/bundestagswahl-historie/serie-bundestagswahlen-1972-willy-waehlen/8582588.html> [Zugriff am 19.02.2020]

Funk, Albert (2013e): „Zwei Sieger namens Helmut“, In Der Tagesspiegel (01.08.2013), verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/themen/bundestagswahl-historie/serie-bundestagswahlen-1976-zwei-sieger-namens-helmut/8582636.html> [Zugriff am 20.02.2020]

Funk, Albert (2013f): „Wie ein wilder Stier“, In Der Tagesspiegel (01.08.2013), verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/themen/bundestagswahl-historie/serie-bundestagswahlen-1980-wie-ein-wilder-stier/8582662.html> [Zugriff am 20.02.2020]

Funk, Albert (2013g): „Die Wende“, In Der Tagesspiegel (01.08.2013), verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/themen/bundestagswahl-historie/serie-bundestagswahlen-1983-die-wende/8589000.html> [Zugriff am 20.02.2020]

Lauer, Christopher (2015): „Es ist einfacher, irgendeine Indiskretion über Parteifreunde in den Medien zu platzieren als ein politisches Konzept“, verfügbar unter: <https://www.zeit.de/2015/09/medien-politik-skandalisierung-berichterstattung/komplettansicht> [Zugriff am 26.02.2020]

Quellen aus dem Bundesgesetzblatt (BGBl.)

Verordnung über die Arbeitserlaubnis für nichtdeutsche Arbeitnehmer

(Arbeitserlaubnisverordnung) (1971). BGBl. I Nr. 17/1971, verfügbar unter: [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//*\[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27\]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl171s0152.pdf%27%5D__1586004583644](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//*[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl171s0152.pdf%27%5D__1586004583644) [Zugriff am 05.02.2020]

Vierte Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung (1978). BGBl. I Nr. 53/1978, verfügbar unter: [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//*\[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27\]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl178s1531.pdf%27%5D__1586006232544](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//*[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl178s1531.pdf%27%5D__1586006232544) [Zugriff am 05.02.2020]

Fünfte Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung (1980). BGBl. I Nr. 26/1980, verfügbar unter: [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//*\[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27\]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl180s0638.pdf%27%5D__1581024452004](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//*[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl180s0638.pdf%27%5D__1581024452004) [Zugriff am 05.02.2020]

Sechste Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung (1981). BGBl. I Nr. 41/1981, verfügbar unter: [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//*\[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27\]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl181s1042.pdf%27%5D__1581024264889](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//*[@attr_id=%27bgbl171s0152.pdf%27]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl181s1042.pdf%27%5D__1581024264889) [Zugriff am 06.02.2020]

Statistische Quellen

Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (1950): „Auflagenmeldungen“ (April 1950), verfügbar unter: https://www.ivw.de/ali/19501-1_ivw_auflagenliste.pdf [Zugriff am 22.03.2020]

Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (1963): „Auflagenmeldungen“ (Januar 1963) verfügbar unter: https://ivw.de/ali/19624_ivw_auflagenliste.pdf [Zugriff am 22.03.2020]

Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (1980): „Auflagenliste“, verfügbar unter: https://ivw.de/ali/19803_ivw_auflagenliste.pdf [Zugriff am 23.03.2020]

Statista (2020): „Einwohnerzahl in Hessen von 1960 bis 2018“, verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/155150/umfrage/entwicklung-der-bevoelkerung-von-hessen-seit-1961/> [Zugriff am 17.01.2020]

Statista (2020): „Einwohnerzahl in Baden-Württemberg von 1960 bis 2018“, verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/154878/umfrage/entwicklung-der-bevoelkerung-von-baden-wuerttemberg-seit-1961/> [Zugriff am 17.01.2020]

Statista (2020): „Einwohnerzahl in Bayern 1960 bis 2018“, verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/154879/umfrage/entwicklung-der-bevoelkerung-von-bayern-seit-1961/> [Zugriff am 18.01.2020]

Sonstige Quellen

Bundeswahlleiter (2015): „Wahlkampfphase“, verfügbar unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/w/wahlkampfphase.html> [Zugriff am 16.04.2020]

Bundeszentrale für politische Bildung (2017): „Frauenanteil im Deutschen Bundestag“, verfügbar unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49418/frauenanteil-im-deutschen-bundestag> [Zugriff am 10.02.2021]

CDU/CSU (1987): „Das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987“, verfügbar unter: https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Bundestagswahlen/BTW_1987-01-25_Teil1.pdf [Zugriff am 21.02.2020]

Deutscher Bundestag (2020): „Bundestagswahlergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen“, verfügbar unter: https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692 [Zugriff am 21.02.2020]

Duden (2020): „Integration, die“, verfügbar unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Integration> [Zugriff am 24.10.2020]

10.2. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: „70 Jahre Spiegel“

Abbildung 2: Der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Bayern, BW, Hessen, NRW (1980)

Abbildung 3: Die zahlenmäßig stärksten drei Gastarbeitergruppen für jedes Jahr von 1955 bis 1980

Abbildung 4: Der Anteil der zahlenmäßig stärksten Gastarbeitergruppen an der Gesamtheit der ausländischen Beschäftigten

Abbildung 5: Regierungskoalitionen und Integrationsmaßnahmen in der BRD (1955-1990)

Abbildung 6: Überblick über die Variablen / Ausprägungen

Abbildung 7: Jahr der Publikation (Artikel)

Abbildung 8: Jahr der Publikation (Interviews)

Abbildung 9: Kreisdiagramm Parteizugehörigkeit

Abbildung 10+11: Kreisdiagramm Bezeichnungen (Interviews und Artikel)

Abbildung 12: Kreisdiagramm genannte Herkunftsgruppe (Interviews)

Abbildung 13: Kreisdiagramm genannte Herkunftsgruppe (Artikel)

Abbildung 14: Kreisdiagramm Hauptthema des Interviews

Abbildung 15: Kreisdiagramm Hauptthema des Artikels

Abbildung 16: Kreisdiagramm Bewertung (Interviews)

Abbildung 17: Kreisdiagramm Bewertung (Artikel)

11. Anhang

11.1. Abstract (deutsch)

In der vorliegenden Masterarbeit untersuche ich im Rahmen einer quantitativen Inhaltsanalyse die Darstellung von Personen mit Gastarbeiterhintergrund durch JournalistInnen des *Spiegel*-Magazins und durch deutsche PolitikerInnen (die Interviews im *Spiegel* gegeben haben) im Zeitraum 1955 – 1990. Die Ergebnisse verknüpfe ich mit den im gleichen Zeitraum getroffenen integrationspolitischen Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland, um verstehen zu können, ob und wenn ja inwiefern, sich die im *Spiegel*-Magazin getätigten PolitikerInnen-Aussagen und die *Spiegel*-Berichterstattung zu diesem Thema in der Gesetzgebung niederschlagen. Weiterhin erlauben es mir die Ergebnisse, im Hinblick auf die Frage, ob im Untersuchungszeitraum bezüglich der Gastarbeiter-Thematik eher eine parteipolitische oder eine an der medialen Berichterstattung orientierte Kommunikationskultur vorgeherrscht hat, eine Einschätzung abzugeben.

11.2. Abstract (english)

In this Master's thesis, I am examining how foreign workers ('Gastarbeiter') in the Federal Republic of Germany were portrayed by reports as well as interviews with German politicians published by the *Spiegel* magazine. To achieve this, I am applying a quantitative content analysis. The research period is 1955 – 1990. The results are then related to integration measures introduced

by the German government during those years. My aim was to find out whether and to what extent these politicians' statements and also the the *Spiegel* reporting had an impact on German legislation. Furthermore, this study enables me to assess the nature of the relationship between the German media and the national political class concerning this issue (between 1955 and 1990) by applying Barbara Pfetsch's concept of 'communication cultures'.

11.3. Das Codebuch

Grundlegende Erläuterungen hinsichtlich der Vorgehensweise beim Codieren:

- zunächst muss der entsprechende Artikel beziehungsweise das entsprechende Interview im *Spiegel* komplett gelesen werden.
- Im nächsten Schritt werden dann zuerst die formalen Variablen und danach die inhaltsbezogenen Variablen

Die formalen Variablen für *Spiegel*-Artikel und Interviews sind folgende:

1.1. Jahr der Publikation

Hier wird das Erscheinungsjahr des Artikel beziehungsweise Interviews codiert. Monat und Tag gesondert zu codieren, ist aufgrund von Variable 1.2. nicht notwendig.

1.2. Jahrzehnt

Hier wird das Jahrzehnt in welchem der Artikel beziehungsweise das Interview erschienen ist, codiert. Das Jahrzehnt zu codieren ist zentral, um die zeitliche Entwicklung nachzeichnen zu können. Aufgrund der Tatsache, dass in den 1950er Jahren im Vergleich zu den anderen Jahrzehnten extrem wenige Artikel (3) zum Thema verfasst wurden, werden diese zu den 1960er Jahren dazugerechnet. Das Jahr 1990 (ebenfalls nur 3 Artikel) wird zu den 1980er Jahren dazugerechnet. Es gelten folgende Codes: 0 (= 1960er), 1 (= 1970er), 2 (=1980er).

1.3. Nummer der Ausgabe

Die Nummer der Ausgabe zu codieren ist zunächst notwendig, um das genaue Erscheinungsdatum des Artikels beziehungsweise des Interviews zu bestimmen. Dieses Datum ist weiterhin unverzichtbar, um bestimmen zu können, ob das Interview in die Wahlkampfzeit fällt oder nicht.

1.4. Titel

Die Hauptüberschrift des Artikels beziehungsweise des Interviews wird im Wortlaut eingefügt.

1.5.1. Textart

Weiterhin ist die Textart, wobei hier zwischen Artikel (*Code* = 0) und Interview (*Code* = 1) unterschieden wird, zu codieren.

1.5.2. Wenn 1.5.1. = 1, Wahlkampfzeit

Hier wird codiert, ob das Interview während der Wahlkampfzeit gegeben wurde oder nicht. Die Nummer der Ausgabe gibt darüber Aufschluss. Es gelten folgende Codes: 1 (= *Nein*), 2 (= *Ja*).

1.5.3. Wenn 1.5.1. = 1, Parteizugehörigkeit

Hier wird codiert, welcher Partei der Politiker / die Politikerin angehört. Meist

wird dies entweder zu Beginn oder am Ende des Interviews angegeben. Sollte das nicht der Fall sein, muss der Codierer dies selbst recherchieren. Es gelten folgende Codes: 1 (= *CDU*), 2 (= *SPD*), 3 (= *FDP*), 4 (= *Bündnis90 / Die Grünen*), 5 (= *andere Partei*).

1.5.4. Wenn 1.5.1. = 1, Geschlecht

Hier wird codiert, welches Geschlecht der Politiker beziehungsweise die Politikerin hat. Es gelten folgende Codes: 1 (= *männlich*), 2 (= *weiblich*).

1.5.5. Wenn 1.5.1. = 1, Situation der Partei

Hier wird codiert, ob die Partei, die der Politiker beziehungsweise die Politikerin repräsentiert, in der Regierung vertreten ist oder nicht. Es gelten folgende Codes: 1 (= *Regierung*), 2 (= *Opposition*)

Die **inhaltsbezogenen Variablen für *Spiegel*-Artikel und Interviews** sind folgende:

2.1. Bezeichnungen

Codiert wird hier, wie die aus dem Ausland angeworbenen Arbeiter und deren Nachkommen genannt werden. Es gelten folgende Codes: 0 (= *Gastarbeiter*), 1 (= *Ausländer*), 2 (= *Muslime*), 3 (= *Weder noch*). Sollten mehrere Bezeichnungen verwendet werden, wird entsprechend der am häufigsten vorkommenden codiert.

2.2.1. Nennung von Herkunftsgruppen

Codiert wird hier zunächst nur, ob konkret benannt wird, woher die Gastarbeiter stammen. Es gelten folgende Codes: 0 (= *Nein*), 1 (= *Ja*).

2.2.2. Wenn 2.2.1. = 1, welche

Codiert wird hier, welche Nationalität im Text genannt wird. Es gelten folgende Codes: 1 (= Türken) 2 (= *Italiener*), 3 (= *Jugoslawen*), 4 (= *Spanier*), 5 (= *Griechen*), 6 (= *Portugiesen*), 7 (= *Tunesier*), 8 (= *Marokkaner*), 9 (= *Zwei oder mehr Nationalitäten werden erwähnt*)

2.3.1. Hauptthema des Artikels

Codiert wird hier, was das Hauptthema des Artikels oder des Interviews ist. Meist wird das Hauptthema von *Spiegel*-Artikeln durch die Überschrift oder durch den ersten Absatz klar. Im Interview ergibt sich das Hauptthema aus dem Kontext. Sollte der Artikel oder das Interview mehrere Themen umfassen, werden die Zeilen gezählt und das Thema, dem am meisten Zeilen gewidmet sind, wird zum Hauptthema erklärt. Es gelten folgende Codes: A: 0 (= *Wirtschaft und Arbeit*), 1 (= *Kultur und Verhaltensweisen*), 2 (= *Religion*), 3 (= *Kriminalität*), 4 (= *Bildung bzw. Schulbildung der Kinder*), 5 (= *Immigration*), 6 (= *Integration*), 7 (= *Wohnen*), 8 (= *Gastarbeiter als Objekte des Ausländerrechts*), 9 (= *Gastarbeiter als Opfer von Fremdenfeindlichkeit/Rassismus*), 10 (= *Gesundheit*), 11 (= *Sport*), 12 (= *Kullinarik*), 13 (= *Religiös motivierte Kriminalität*), 14 (= *politisch motivierte Kriminalität*), 15 (= *Sonstiges*), 16 (= *Rückkehr in das jeweilige Heimatland*)

2.3.2. Nebenthema des Artikels

Codiert wird hier, ob noch ein Nebenthema angesprochen wird (das Thema des Artikels, dem am zweitmeisten Zeilen gewidmet werden). Es gelten folgende Codes: 0 (= *Nein*), 1 (= *Ja*).

2.3.3. Wenn 2.3.2. = 1, welches

Es gelten die gleichen Codes wie bei 2.3.1..

2.4. Bewertung

Codiert wird hier eine generalisierte Beurteilung oder anders gesagt eine Wertung der (Präsenz der) Gastarbeiter. Es gelten folgende Codes: 0 (*= es liegen mehr negative als positive Aussagen in Bezug auf die Gastarbeiter und auf deren Einfluss auf die deutsche Gesellschaft vor*), 1 (*= negative und positive Aussagen in Bezug auf die Gastarbeiter und auf deren Einfluss auf die deutsche Gesellschaft halten sich die Waage / es liegen keine wertenden Aussagen vor*), 2 (*es liegen mehr positive als negative Aussagen in Bezug auf die Gastarbeiter und auf deren Einfluss auf die deutsche Gesellschaft vor*).

Die negativen und positiven Aussagen werden dabei gezählt und miteinander verrechnet. Mehrere Sätze, die sich auf das gleiche Hauptargument stützen und dementsprechend werten, werden dabei nur als eine Aussage gezählt.

2.5.1. Bezugnahme auf eine (geplante) gesetzliche Regelung

Hier wird codiert, ob sich im Artikel auf eine gesetzliche Regelung (Gesetz, Verordnung etc.) bezogen wird. Entweder wird sich auf keine gesetzliche Regelung bezogen oder es wird sich auf eine bestehende oder geplante bezogen, wobei die jeweilige Regelung entweder positiv oder negativ beurteilt werden kann. Es gelten folgende Codes: 0 (*= Nein*), 1 (*= Ja/negativ*), 2 (*= Ja/positiv*).

2.5.2. Wenn 2.5.1. = 1 oder 2, welches

Hier wird der Name (die Namen) der gesetzlichen Regelung(en) eingefügt.

2.6.1. Vorschlag ein Gesetz zu ändern / zu schaffen / abzuschaffen oder anders umzusetzen

Hier wird codiert, ob im Artikel Vorschläge gemacht werden, bestehende gesetzliche Regelungen zu ändern beziehungsweise zu ergänzen oder neue gesetzliche Regelungen zu schaffen. Es gelten folgende Codes: 0 (*= Nein*), 1 (=

Ja).

2.6.2. Wenn 2.6.1. = 1, welches

Hier werden die Vorschläge zusammengefasst und eingefügt.